

Die Politische Meinung

AFRIKA

—
Im Dialog mit dem Nachbarkontinent

ZUM SCHWERPUNKT Achille Mbembe, Afrophobisches Afrika; Horst Köhler, Kann Europa von Afrika lernen?; Alain Mabanckou, Mythos „Schwarzer Kontinent“; Nuruddin Farah, Tamarinde und Weltläufigkeit; Bettina Rühl, Afrikanische Kindheiten

INTERVIEW Dieudonné Kardinal Nzapalainga über die bewaffneten Auseinandersetzungen in Zentralafrika und die Bedeutung des islamisch-christlichen Dialogs

DIALOG Die Künstlerin und Schriftstellerin Gabriele Stötzer im Gespräch mit Axel Reitel

9 €, Nr. 561, März/April 2020, 65. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de



Abiy Ahmed, Premierminister von Äthiopien, wird am 10. Dezember 2019 in Stockholm mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Foto: © picture-alliance/AP Photo

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Das Megathema Afrika hat es auch zu weniger dramatischen Zeiten in der deutschen Öffentlichkeit nicht leicht. Als im vergangenen Jahr der Premierminister von Äthiopien, Abiy Ahmed, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, interessierte die meisten Kommentatoren nur beiläufig, warum sich ausgerechnet dieser afrikanische Staatsmann 2018 am meisten um Weltfrieden und die Menschheit verdient gemacht haben sollte. Vielmehr reizte die rein hypothetische Frage, ob es gut und richtig war, dass der jungen Klimaaktivistin Greta Thunberg der Preis nicht zugesprochen wurde. Ist dies ein Beispiel für eurozentrische Selbstbezogenheit und notorisches Desinteresse gegenüber unserem südlichen Nachbarkontinent, deren Ursache afrikanische Beobachter im Fortwirken von Rassenvorurteilen sehen?

Vom Klimaschutz hängt das Überleben der Menschheit ab, aber die Menschheit ist von mehr als einer Überlebensfrage getrieben – besonders in Afrika. Nur in ihrer Verflochtenheit werden sich taugliche Lösungen finden lassen. Immer wieder weist der Historiker und Politologe Achille Mbembe darauf hin, dass Mitte des 21. Jahrhunderts die Mehrheit der Menschen aus Afrika stammen wird. Die hiesige Perspektive muss schon ziemlich verengt sein, um nicht zu erkennen, dass die großen globalen Aufgaben ohne ihren Beitrag ungelöst bleiben werden.

Rund ein Jahrhundert nach dem Ende des deutschen Kolonialreichs und sechzig Jahre nach dem „Afrikanischen Jahr“, als besonders viele afrikanische Staaten endlich ihre Unabhängigkeit erstritten, richtet diese Zeitschrift ihren inhaltlichen Fokus auf den großen Nachbarkontinent, dessen Entwicklungen endlich auf die Weltbühne gehören. Nicht eine möglichst umfassende Analyse der Probleme und Chancen, sondern die Suche nach vertiefenden Dialogansätzen war das Ziel dieser Ausgabe. Es ging uns darum, über und vor allem auch mit Afrika zu sprechen.

Im März 2020 hat die EU-Kommission ihre Afrika-Strategie vorgestellt und bekräftigt, dass auch dort ein Teil der Zukunft Europas auf dem Spiel stehe (Josep Borrell). Ein „neues Level“ gleichberechtigter Partnerschaft soll die künftige Zusammenarbeit prägen. Eurozentrische Selbstbezogenheit und notorisches Desinteresse sind dadurch noch nicht überwunden, aber ein weiterer wichtiger Impuls ist gesetzt.

Die Redaktion dankt Stefan Friedrich und Christoph Plate vom Team Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung, ohne deren konzeptionelle wie auch praktische Unterstützung dieses Heft nicht in dieser Form zustande gekommen wäre.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Afrika – im Dialog mit dem Nachbarkontinent

16 AFROPHOBISCHES AFRIKA

Achille Mbembe
Südafrikas Umgang mit „ausländischen Staatsbürgern“ und der Traum von einer afrikanischen Nationalität

24 DER KREATIVE KONTINENT

Horst Köhler
Kann Europa von Afrika lernen?

31 MYTHOS „SCHWARZER KONTINENT“?

Alain Mabanckou
Identität in Zeiten der Globalisierung

39 „SHARED HERITAGE“

Hermann Parzinger
Das Humboldt Forum und die Kolonialismusdebatte

46 TAMARINDE UND WELTLÄUFIGKEIT

Nuruddin Farah
Mogadischu und die Vernichtung des kosmopolitischen Geistes

53 ENTTÄUSCHTE ERWARTUNGEN?

Stefan Mair
Afrika drei Jahrzehnte nach Ende des Ost-West-Konflikts

61 KEIN KÖNIGSWEG

Peter Molt
Sechs Jahrzehnte deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Subsahara-Afrika

66 AFRIKANISCHE KINDHEITEN

Bettina Rühl
Auswege und Ausweglosigkeit

71 INTERVIEW: DER ANGST TROTZEN

Dieudonné Kardinal Nzapalainga über die bewaffneten Auseinandersetzungen in Zentralafrika und die Bedeutung des islamisch-christlichen Dialogs

82 AUTOBAHN UND FELDWEG

Jonathan Rosenthal
Die widersprüchliche Entwicklung afrikanischer Volkswirtschaften

89 EINE BEDROHTE ART

Christoph Plate
Journalisten in Afrika

97 PARTNERSCHAFT KONKRET

Michael Gahler
Die Europäische Union und Afrika

Spotlights

36 SHRINKING SPACES

Daniel El-Noshokaty
Einschränkung demokratischer Freiheiten in Tansania

58 FLUCHT ALS AUSWEG

Vladimir Kreck
Die Lage Nigerias

76 MEHR KOOPERATION!

Canan Atilgan
Nordafrika als Knotenpunkt der Migration

94 DOCH KEIN VORZEIGESTAAT

Thomas Volk
Gambia nach dem friedlichen Regierungswechsel

Dialog

102 „RAUS AUS DEM GLEICHKLANG DER HÖRIGKEIT“

Die Künstlerin und Schriftstellerin Gabriele Stötzer im Gespräch mit Axel Reitel

Gelesen

110 VERMÄCHTNIS EINES HAUPTSTADTPROFESSORS

Rainer A. Blasius
Hans-Peter Schwarz und die deutsche Außenpolitik

121 BISMARCK UND FRANKREICH

Reiner Marcowitz
Seine Frankreichpolitik und sein Frankreichbild in einer fundierten Gesamtschau

Erinnert

117 TAG DER BEFREIUNG

Matthias Oppermann
Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa

125 AUS DER STIFTUNG

128 FUNDSTÜCK



Jenseits von Afrika-Klischees

Die in der Elfenbeinküste aufgewachsene Schweizer Fotografin Flurina Rothenberger setzt einen Kontrapunkt zu westlichen Afrikabildern – also jenseits der klebrigen Exotik des „dunklen Kontinents“, des Afro-Pessimismus, der allein Hunger und Elend kennt, aber auch der Beschwörung des „neuen Afrika“ mit seinen Glitzerfassaden und Wachstumspotenzialen.

Vor allem über Alltagsporträts, die innerhalb von zehn Jahren in fünfzehn afrikanischen Ländern entstanden sind, nähert sich Flurina Rothenberger dem unermesslichen Kontinent. Eine Fülle von Lebensstilen fängt sie eher zufällig ein. Ihr Kamerablick ist auf Nüchternheit angelegt; umso souveräner erscheinen die meist jungen Menschen. Ohne Scheu wissen sie sich zu inszenieren. Ihre einzige Frage scheint zu sein: Wohin nur mit der ganzen Energie?

Flurina Rothenberger erhebt nicht den Anspruch, eine Gesamtschau des Kontinents zu vermitteln. Eher deckt sie Widersprüche auf. Auch in der Gegenüberstellung ihrer vielfältigen Afrikabilder ist nicht alles passend.

© Flurina Rothenberger

Afrika

—

Im Dialog mit dem Nachbarkontinent











Afrophobisches Afrika

—
Südafrikas Umgang mit „ausländischen Staatsbürgern“ und
der Traum von einer afrikanischen Nationalität

ACHILLE MBEMBE

Geboren 1957 in Malandè bei Otélé (Kamerun), Historiker, Politikwissenschaftler und Theoretiker des Postkolonialismus, Professor am Institute of Social and Economic Research, University of the Witwatersrand, Johannesburg (Südafrika).

Wir haben lange geglaubt, dass von allen Begriffen der menschlichen Sprache die Vernunft am besten für eine Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung geeignet sei. Heute leben wir in einer Zeit, in der die Vernunft selbst auf dem Prüfstand steht. Das gilt besonders dann, wenn es um die Anwesenheit afrikanischer Migranten in unserer Mitte geht.

Ich bin nicht in Südafrika geboren, aber ich habe den Großteil meines Lebens als Erwachsener hier verbracht. In Südafrika werde ich wahrscheinlich sterben, und hier wird meine Asche einmal verstreut werden.

Ich bin in Kamerun mit der Furcht groß geworden, dass ich jung sterben würde, aber auch mit der tiefen Überzeugung, ich würde niemals in der Fremde sterben. In jenen Jahren bedeutete der Tod in der Fremde den Tod im Ausland. Man war überzeugt, dass ein Tod in der Fremde das größte Unglück sei, das einem Menschen widerfahren könne, ein Unglück, das man nur seinen Feinden wünschte. Im Ausland zu sterben, war *eine* Sache; in der Fremde

begraben zu werden, war etwas ganz anderes. In der Fremde begraben zu werden, bedeutete, ganz und gar zu einem Fremden zu werden.

Man hat uns beigebracht, dass „Heimat“ das Land ist, zu dem man gehört und das einem selbst gehört. „Heimatangelegenheiten“ hatten mit gemeinschaftlichem Besitz und beiderseitigem Eigentum zu tun – nicht ganz dasselbe wie „Privatbesitz“. In den Darstellungen zur Autochthonie, die ich als Heranwachsender zu hören bekam, war Eigentum an Land gleichbedeutend damit, sich um dieses Land und um alles zu kümmern, was dort wohnte, sei es menschlich oder nicht menschlich. Eigentum hatte eine doppelte Bedeutung. Es ging darum, sich zu kümmern und Sorge zu tragen, sowohl im Gedenken an die Verblichenen als auch im Namen derer, die noch kommen. Wir waren weder Untertanen noch Bürger, sondern Treuhänder.

Bei Eigentum und Besitz ging es nicht um Privateigentum. Unbezahlbares, Unberechenbares und nicht Quantifizierbares kann nicht Gegenstand von Privatbesitz, sondern nur von Fürsorge sein, und Fürsorge kam dem Besitz am nächsten. Heimat war das Land oder genauer der Boden, die lebenswichtige Hülle, die *Heimstatt*, die den Körper schützen sollte, die Erde, zu der jedes vollwertige menschliche Wesen am Ende seiner Reise in einer großen Geste des Teilens (nicht der Inbesitznahme) und der kosmischen Reziprozität zurückzukehren hoffte.

DAS RECHT, DIE ERDE ZU BEWOHNEN

Im öffentlichen Denken Südafrikas ist der Ausdruck „ausländischer Staatsangehöriger“ ein Euphemismus, eine vermeintlich höfliche Bezeichnung für Menschen, die nicht dazugehören, Schwarzafrikaner, die anderswo zu Hause sind und von denen jetzt einige dorthin zurückkehren sollen, woher sie gekommen sind.

Nicht dazuzugehören, bedeutet nicht nur, kein Recht darauf zu haben, hier zu sein, wenn man nicht hier geboren ist. Es bedeutet auch, kein Recht darauf zu haben, hier zu sterben und begraben zu werden, denn wenn man begraben wird, hat man den ältesten afrikanischen Traditionen gemäß ein Anrecht auf das Stück Land, in dem die eigenen Überreste ruhen sollen – der Ursprung einer potenziellen Genealogie, weil dort das ruhen soll, was einst als lebendiger Mensch in der Welt stand.

Im öffentlichen Denken Südafrikas sind „ausländische Staatsangehörige“ zumeist Schwarze aus dem übrigen afrikanischen Kontinent und darüber hinaus aus der afrikanischen Diaspora anderswo auf der Welt. Aus südafrikanischer Sicht kennzeichnet diese sogenannten „ausländischen Staatsangehörigen“ ihre schwarze Hautfarbe und die Tatsache, dass sie nicht den geringsten Schutz eines einflussreichen Staates genießen, von Nigeria einmal abgesehen. Würde ihnen von Südafrika ernsthaft Schaden zugefügt, würde sich kein

verfasster Staat spontan auf ihre Seite stellen. Kurz gesagt: Es wird niemand für den Schaden verantwortlich gemacht. Würden sie im Verlauf einer der mittlerweile zur Gewohnheit gewordenen afrophobischen Ausbrüche getötet, wäre ihr Tod ein *wertfreier Verlust*. Ich verwende den Ausdruck „sogenannte ausländische Staatsangehörige“ ausschließlich aus folgendem Grund: Ich glaube nicht, dass überhaupt ein Afrikaner oder eine Person afrikanischer Abstammung in Afrika ein Ausländer sein kann, auch wenn es 54 nominell souveräne Staaten gibt.

Das bedeutet keineswegs eine Geringschätzung unserer heutigen Staaten und Regierungen, die als einzige völkerrechtlich anerkannt sind. Tatsächlich gestehe ich diesen Staaten das Recht zu, zu entscheiden, wen sie ihre jetzigen Grenzen überschreiten lassen und wen sie außerhalb dieser Grenzen haben wollen. Tatsächlich kann die Republik Südafrika morgen früh aufgrund ihrer eigenen Gesetze entscheiden, mich abzuschicken. Sollte das geschehen, könnte ich nicht viel dagegen tun. Aber wenn ich gezwungen würde, Südafrika zu verlassen, würde ich immer noch glauben, dass ich in Südafrika und überall sonst auf dem Kontinent ein Ausländer bin.

Ich spreche also nicht über die harten Fakten des geltenden Rechts oder über das geringe Maß an Willkür, das in jede Manifestation des Rechts bereits eingebaut ist. Ich spreche über etwas, das über das Prosaische des Rechts hinausgeht, über etwas, gegen das jedes Gesetz eben nur ein Gesetz ist, etwas Grundlegendes, das zu unser aller Recht in Beziehung steht, diese Erde zu bewohnen, das heißt, sie so gerecht wie möglich zu teilen, uns um sie zu kümmern und sie wiederherzustellen als Vorbedingung für ihre und unsere weitere Existenz und die der menschlichen Rasse und aller Lebewesen.

AFRIKA ALS TROJANISCHES PFERD

Offensichtlich sind heute viele in Südafrika nicht dieser Ansicht. Das gilt auch für den Bürgermeister von Johannesburg. Er spricht nicht von der Menschheit oder von anderen Lebewesen. Er hat sich eingeredet, dass die Politik des Überlebens jede andere Politik aussticht. Wenn er von Afrika spricht, behandelt er es fast immer wie einen Fremdkörper, eine Last, eine Verschwendung. In seiner Vorstellung ist Afrika weder eine Idee noch ein Projekt, sondern eine *tödliche Bedrohung* für Südafrika. Afrika ist das trojanische Pferd, das der Zerstörung von Südafrika vorangeht, und die muss um jeden Preis vermieden werden.

In seinen Augen besteht Südafrikas größtes Unglück darin, dass es in Afrika und nicht irgendwo anders auf dem Planeten liegt. Dass Südafrika nicht in der Lage ist, sich von dem Kontinent zu lösen, frustriert ihn maßlos. Dasselbe gilt für die Tatsache, dass Südafrika das Element „Afrika“ nicht loswerden kann, das Gott weiß warum leider an seinen Namen angehängt wurde; vielleicht wäre „Südrepublik“ geeigneter.

Der Bürgermeister hat gegen Migranten gewettert. Damit steht er nicht allein. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika wettert Präsident Donald Trump gegen Migranten. Am 1. Oktober 2019 meldete die *New York Times*, er habe, um Migranten fernzuhalten, „oft davon gesprochen, eine Grenzmauer mit einem wassergefüllten, mit Schlangen oder Alligatoren besetzten Graben zu verstärken“. Er wollte die Mauer elektrifizieren und mit Stacheln bestücken lassen, die menschliches Fleisch durchbohren können. Der Präsident will die Grenze komplett schließen. Dasselbe will der Bürgermeister von Johannesburg.

Ich weiß nicht, ob der Bürgermeister oder auch der Führer der *Democratic Alliance* von einer Grenzschließung à la Trump träumen, das heißt, ob sie wollen, dass die Grenzen Südafrikas zu einem Ort werden, an dem Menschenfleisch durchbohrt wird oder Menschen zu einem „Braai“ verarbeitet oder durch Stromschläge getötet werden. Ich weiß nur, dass jemand, der sich wünscht, ein anderer möge durchbohrt, durch einen Stromschlag getötet oder gebraten werden, kein menschliches Herz hat.

SCHWARZ-SCHWARZER RASSISMUS

Was sind nun die Fakten? Südafrika hat von fast allen afrikanischen Staaten die besten Leistungen vorzuweisen, was den Vollzug der Einwanderungsbestimmungen und die Kontrollkapazität betrifft. Schließlich wurde der südafrikanische Staat gegründet, um Schwarze rücksichtslos in starre Mobilitätsmuster zu pressen. Um sich quasi ein Monopol über ihre Bewegungen zu sichern, erfand er eines der brutalsten Systeme für Wanderarbeiter, das die Welt außer der Sklaverei kennt. Er hat den Raum in verschiedene abgegrenzte Bruchstücke aufgeteilt und mit verschiedenen Enklaven, mit Zonen des Wohlstands und der Vernachlässigung, mit Reservaten und Korridoren, Pufferzonen und Bantustans durchsetzt, alles unter den Vorzeichen von Rasse und Ethnizität.

Diese Maschinerie wurde zwar teilweise abgebaut, der Habitus aber ist am Leben geblieben. Zu ihm gehört die Befugnis, unerwünschte Ankömmlinge festzunehmen, zu inhaftieren, abzuschicken und gewaltsam zu entfernen, die es so in keinem anderen afrikanischen Staat gibt. Zur Umsetzung dessen gehören massive Gewaltanwendung genauso wie katastrophale und emotional traumatische Erfahrungen. Heute leiden viele schwarze „ausländische Staatsangehörige“ unter dieser Gewalt, die ursprünglich dafür vorgesehen war, schwarze Südafrikaner im Zaum zu halten. Das ist eine Tatsache.

Es ist auch eine Tatsache, dass die südafrikanische Einwanderungspolitik nur teilweise entrassifiziert worden ist. In Zeiten der Apartheid praktizierte das Land ein Einwanderungssystem mit zwei Türen. Wer aus einem weißen, europäischen Land kam, konnte die Vordertür benutzen. Für schwarze Südafrikaner galten Passgesetze, und schwarze Einwanderer aus den Nachbarstaaten konnten durch die Hintertür eintreten. Normalerweise waren

Schwarze von hier und Schwarze von anderswoher lediglich „Besucher auf Zeit“. Die Apartheid mag zwar abgeschafft sein. Die Tatsache jedoch bleibt. Für Schwarze von anderswoher hat die Einreisemaschinerie Südafrikas nach der Apartheid ihre Einstellungen geändert. Da es (besonders in den Bergwerken) kaum noch Arbeit gibt, steht die Logik der Erfassung nicht länger an erster Stelle. Sie wurde ersetzt durch die Logik der Zeitweiligkeit. Schwarze von anderswoher können und sollten nicht darauf hinarbeiten, dauerhaft in Südafrika ansässig zu werden. Ihr Aufenthalt in Südafrika kann nur zeitweilig sein. Ein dauerhafter Wohnsitz hier kann nur eine Ausnahme sein. Denn Schwarze von anderswoher müssen irgendwann einmal dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind. Verfassungsmäßig kann Südafrika nicht ihre Heimat werden, sowohl weil sie von anderswo sind als auch weil sie schwarz sind.

Also ist jetzt nach dem Alter des weißen Rassismus die Zeit des schwarzscharzen Rassismus angebrochen. Wie der französische Vordenker der Entkolonialisierung, Frantz Fanon, vor nicht allzu langer Zeit vorausgesehen hat, wandeln sich südafrikanische Formen des schwarzen Nationalismus zu virulenten Spielarten des schwarz-schwarzen Rassismus. Als ethnisch-rassistisches Projekt zielt diese neue Form des schwarzen Nationalismus auf eine Trennung von Afrika und seiner Diaspora ab. Sie hat sich zwei Feinde geschaffen: einen, den sie fürchtet und beneidet (Weiße oder weißes Monopolkapital), und einen, den sie verachtet und verabscheut (Schwarze von anderswoher). Eine wundersame Entwicklung hat zu der Überzeugung geführt, dass Xenophobie Arbeitsplätze schaffen, Verbrechen bekämpfen und Südafrika in einen irdischen Garten Eden verwandeln kann. Sie hat den weißen Rassismus verinnerlicht und setzt ihn als Waffe gegen schwarze Nichtbürger ein, wobei sie staatliche Einrichtungen bösartig zweckentfremdet.

Wenn die Aufgabe staatlicher Einrichtungen gestern darin bestanden hat, sich schwarzer Menschen zu bemächtigen, um sie als Arbeitskräfte auszubehuten, sind schwarze Nichtbürger heute die Zahnräder in der riesigen Abschiebungsmaschinerie, die Südafrika seit 1994 aufgebaut hat. Was Schwarze von anderswoher angeht, kreist das Immigrationssystem nach 1994 um das Konzept der Abfallentsorgung. Die beherrschende Zielsetzung, die jedem Versuch einer Neufassung des Einwanderungsrechts zugrunde liegt, besteht darin, sogenannte ungelernete Schwarze von anderswoher aus Südafrika herauszuhalten. Wenn es das Ziel des Apartheid-Staates war, Weiße ins Land zu holen, gilt für das demokratische Regime nach der Apartheid das Ziel, Schwarze von anderswoher auszuschließen. Bezeichnet werden sie dabei als „irreguläre, gering qualifizierte Migranten ohne Dokumente“.

Was die Flüchtlinge angeht, so haben verschiedene Gesetzesänderungen das, was sie erwarten können, auf ein Minimum reduziert. Ihr Anrecht auf eine grundlegende Gesundheitsfürsorge und eine Grundschulbildung wurde 2008 gestrichen. Nach den jetzigen Regeln wird ihre Bewerbung um

Asyl zwangsweise annulliert, wenn sie nicht neunzig Tage nach dem Ablaufdatum erneuert wird. Ihr Recht auf Arbeit ist auf bestimmte Kategorien beschränkt. Auf den Besitz eines abgelaufenen Asylbewerbervisums stehen Geldstrafen oder bis zu fünf Jahre Gefängnis.

Offiziell benötigt Südafrika sogenannte „qualifizierte Migranten“. Tatsächlich jedoch wurden die Kontingente für Arbeitserlaubnisse seit 2004 verkleinert. Die Richtlinien gelten jetzt für Personen, die einem bestimmten Beruf, einer Kategorie oder einer Klasse angehören. Eine beschränkte Aufenthaltserlaubnis gilt jetzt als „Visum“. Das Einspruchsfenster für Aufenthaltserlaubnisse wurde von zwanzig auf zehn Tage verkürzt. Die Zeit, die man mit einem Südafrikaner verheiratet sein muss, um einen Antrag auf Einbürgerung stellen zu können, wurde verlängert. Laut dem *Immigration Amendment Act* von 2011 ist es für ein Geschäftsvisum erforderlich, sich zu einer Mindestinvestition von fünf Millionen Rand in die südafrikanische Wirtschaft zu verpflichten. Das Geld muss dabei aus dem Ausland stammen.

BÜRGER DER WELT UND BÜRGERSCHAFT IN AFRIKA

Bis vor Kurzem mussten afrikanische Studenten noch eine Anzahlung für ihre Rückführung leisten. Die Klausel, laut der das Flüchtlingsgesetz unter Berücksichtigung der 1969 in Addis Abeba beschlossenen Flüchtlingskonvention der Organisation für Afrikanische Einheit (heute Afrikanische Union) sowie des Protokolls und der Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen (1951) umzusetzen ist, wurde aufgehoben. Asylsuchende werden nicht mehr als Flüchtlinge behandelt, bis ihr Status feststeht. Südafrika gibt sich nicht nur große Mühe, zu definieren, was sein afrikanisches Wesen ausmacht. Das Land wird von einer virulenten Form des Neonationalismus erschüttert. Diese repressive, isolationistische Entwicklung soll anscheinend durch die Einrichtung einer Grenzverwaltungsbehörde gekrönt werden.

In einem Artikel, der am 2. Oktober 2019 im *Daily Maverick* veröffentlicht wurde, erinnert der frühere Präsident Nigerias, Olusegun Obasanjo, an den Beitrag Nigerias „zu dem Kampf gegen den Kolonialismus im südlichen Afrika und die Apartheid in Südafrika“. Das war, so sagt er, „unsere Pflicht als Afrikaner“. Er fügt hinzu: „Als Schwarze glaubten wir und glauben immer noch, wir wären Weltbürger zweiter Klasse, wenn wir es zuließen, dass Schwarze irgendwo in der Welt, von Afrika nicht zu reden, aufgrund ihrer Hautfarbe als Bürger zweiter Klasse behandelt werden.“

Obasanjo hat recht, und die frühen Panafrikanisten in Südafrika waren sich dessen wohl bewusst. Unsere Eigenschaft als Bürger der Welt ist nicht von unserer Bürgerschaft zu Hause, in Afrika, zu trennen. In der Geschichte der Neuzeit war es nicht allen klar, dass wir, die Afrikaner, der Welt angehören. Jahrhundertlang haben Afrikaner und Menschen afrikanischer

Abstammung dafür gekämpft, sicherzustellen, dass das Schicksal Afrikas in der Welt fest in unseren eigenen Händen liegt. Um unseretwillen wie auch der Menschheit insgesamt zuliebe – denn unser Schicksal ist mit dem der anderen, aller anderen, untrennbar verbunden.

Daher beobachten wir gezwungenermaßen mit größter Sorge, wie Schwarze von anderswoher, aber auch Migranten jeder Art in Südafrika behandelt werden. Ich muss von den Afrikanern am unteren Ende der Verwundbarkeitsskala sprechen, denn sie sind exponierter und größerer Verachtung ausgesetzt als alle anderen. Afrikaner und Menschen afrikanischer Abstammung werden heutzutage verspottet, wenn sie uns an ihren bescheidenen Beitrag zum Kampf gegen die Apartheid erinnern. Auch im *African National Congress* sprechen viele heute nur noch von „nationaler Sicherheit“ und „nationalen Interessen“. Sie behaupten, Afrika nichts schuldig zu sein. Sie sind überzeugt, dass Afrika eine Last ist und dass Südafrika unserem Kontinent nichts schuldet. Jedoch, wie Olusegun Obasanjo sagt: „Wir haben es nicht wegen der Belohnung oder eines materiellen Nutzens getan. Wir haben es getan, weil wir überzeugt waren, dass es unsere Pflicht war, unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung gegenüber der Menschlichkeit und der schwarzen Rasse.“

Ich werde nicht von „der schwarzen Rasse“ reden. Aber eines weiß ich sicher: Kein Land der Welt ist der Menschlichkeit *nicht* verpflichtet. Südafrika setzt alles aufs Spiel, wenn es sich dafür entscheidet, nur auf die stets prekäre Politik der Macht zu setzen, anstatt seine Verpflichtung gegenüber der Menschlichkeit bewusst und getreulich zu erfüllen. Denn wenn Macht etwas bedeuten und Bestand haben soll, muss sie auf festen moralischen Grundmauern stehen.

EIN KONTINENT ALS FREIRAUM

Was ist also zu tun? Wir müssen allmählich die Grenzen abschaffen, die wir aus der Kolonialzeit ererbt haben. Wir müssen aus diesem Kontinent einen riesigen Freiraum, ein eigenes Zentrum schaffen.

1963 übernahm die Organisation für Afrikanische Einheit das Prinzip der Unantastbarkeit der kolonialen Grenzen. Die Zeit ist gekommen, diese Grenzen aufzutauen. Ich bezeichne das als „Entgrenzung“.

Ein entscheidender Schritt im Übergang zu einem grenzenlosen Afrika besteht darin, dass alle afrikanischen Staaten die Migration innerhalb unseres eigenen Kontinents grundsätzlich befürworten. Die Entkolonialisierung kann nur erreicht werden, wenn jeder Afrikaner und jede Person afrikanischer Abstammung das Grundrecht erhält, sich auf dem Kontinent unserer Vorfahren frei zu bewegen.

Sich frei und ohne Beschränkungen bewegen und sich niederlassen zu können, ohne sich und das eigene Menschentum ständig verteidigen zu

müssen, ohne ständig bedrängt und zur Rückkehr nach Hause aufgefordert zu werden, ist eines der tragischsten Probleme unserer Geschichte in der Welt der Neuzeit. Deshalb fordere ich ein Moratorium für Abschiebungen auf unserem Kontinent. Geben wir uns zehn Jahre Zeit, damit wir als Kontinent ein Großprojekt zur Umgestaltung der Grenzen für die Integration des Kontinents ins Leben rufen können.

Wir müssen keine bestehenden Grenzen schließen. Wir müssen massiv in ihre Modernisierung als einen notwendigen Schritt zu ihrer Stilllegung investieren. Um die Mobilität der Menschen auf unserem Kontinent besser steuern zu können, müssen wir Systeme und Technologien bereitstellen und Kompetenzen pflegen. Dazu gehört die Priorisierung von Einreiseerlaubnissen, die allgemeine Einführung von *One-Stop*-Grenzposten zur Erleichterung des Handels und zur Beschleunigung des Gütertransports, die Einführung biometrischer Systeme und elektronischer Systeme für die Zollfreigabe in einem Schritt sowie der Einsatz von Scannern und effizienten Fahrzeugen. Dazu gehört auch die Abschaffung der Visumpflicht für so viele afrikanische Länder wie möglich, die Straffung von Prozessen für diejenigen, die in unseren jeweiligen Regionen Geschäfte tätigen wollen, und die Vergabe von Visa bei der Ankunft.

Eröffnen wir jetzt ein Jahrzehnt, in dem wir den alten Traum von einer afrikanischen Nationalität dadurch wiederbeleben, dass wir entsprechend qualifizierten Personen die Bürgerrechte zuerkennen und einander sowie den Menschen afrikanischer Abstammung das gewähren, was in der Verfassung von Ghana als Aufenthaltsrecht bezeichnet wird.

Wir müssen in unserer irdischen Geschichte einen Punkt erreichen, an dem kein Afrikaner und keine Person afrikanischer Abstammung mehr abgeschoben werden kann, kein Afrikaner und keine Person afrikanischer Abstammung gezwungen werden kann, zu flüchten, das Leben bei dem Versuch aufs Spiel zu setzen, Berge, Wüsten, Flüsse und Meere zu überwinden, um an einen Ort zu gelangen, an dem er oder sie nicht willkommen ist, schwer misshandelt oder an Körper und Seele brutalisiert und erniedrigt werden könnte.

Ein für alle Mal – bringen wir das Zeitalter der Schande zu Ende. Möge Südafrika, die jüngste und gleichzeitig älteste Tochter unseres Kontinents, bei diesem unserem letzten Vorstoß zu unserer kollektiven Befreiung die Führung übernehmen!

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Vortrags des Autors zum Thema „Blacks From Elsewhere and the Right of Abode“, Ruth First Memorial Lecture 2019, Wits-Theater, Johannesburg (Südafrika), 3. Oktober 2019.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

Der kreative Kontinent

Kann Europa von Afrika lernen?

HORST KÖHLER

Geboren 1943 in Skierbieszów (Polen), 2004 bis 2010 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, 2017 bis 2019 Sondergesandter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Westsahara, Honorarprofessor an der Universität Tübingen.

In der öffentlichen Diskussion, in Medien und Politik werden eigentlich nach wie vor nur zwei Geschichten über Afrika erzählt: Die eine ist eine Geschichte des Leids, die Mitleid hervorruft, also das uns vertraute Afrika des Hungers, der Armut und der Kriege. Die andere ist eine Geschichte der Bedrohung, die Angst hervorruft; im Grunde ist auch dies ein jahrhundertealtes Motiv der Furcht vor dem

„schwarzen Mann“, der Europa überrennt, ein Motiv, das im Zuge der alles dominierenden Migrationsdebatte wieder stark geworden ist. Beide Diskurse, der des Mitleids und der der Angst, verengen unseren Blick auf die afrikanische Wirklichkeit, und sie produzieren Lösungen, die ebenso verengt und damit irreführend sind. Deshalb ist es gut, dass in dieser Themenausgabe nicht nur über Afrika berichtet wird, sondern auch Autoren des Kontinents selbst zu Wort kommen.

Die Blickrichtung zu ändern – genau das will auch ich versuchen. Und fragen: „Kann Europa von Afrika lernen?“ Wohlgemerkt nicht: „Was kann Europa von Afrika lernen?“ Dann könnte man allzu schnell bei einer mehr oder weniger überzeugenden Liste von Klischees landen, die Europäer an

Afrika faszinierend finden, die Lebensfreude etwa oder das Rhythmusgefühl oder die Naturverbundenheit. Und schon hätte man Afrika wieder reduziert, nämlich auf die Erfüllung europäischer Phantasien. „Kann Europa von Afrika lernen?“ – dies zu fragen, lenkt den Blick weg von Afrika, auf die Lernfähigkeit Europas. Können wir Europäer überhaupt die Vorstellungskraft entwickeln, Afrika in einer anderen Rolle zu sehen als jener, die wir unserem Nachbarkontinent über die Jahrhunderte hinweg zugewiesen haben? Haben wir ein Bewusstsein dafür, wie sehr die Geschichte, die wir seit Generationen über Afrika erzählen, im Grunde *unsere* Geschichte ist; und wie sehr das Bild, das wir von Afrika haben, viel mehr über *uns* aussagt als über Afrika? Haben wir schon ausreichend erkannt, wie sehr unser eigenes Schicksal mit der afrikanischen Zukunft zusammenhängt? Und schließlich, welche Chance darin läge, wenn die Afrikaner endlich ihre eigene Geschichte erzählen könnten und wenn es uns gelänge, Afrika und Europa als voneinander Lernende zu begreifen?

KNICK IN UNSERER OPTIK

Wer der Norm entspricht, der kann es sich leisten, die Existenz dieser Norm zu bezweifeln. Deshalb bin ich mir manchmal nicht sicher, ob wir, die weißen Europäer, uns überhaupt bewusst sind, wie belastet, wie verengt unser Blick auf Afrika ist; ob wir überhaupt wahrnehmen, wie sehr die Welt nach unserer Norm, der Norm des weißen Europäers, strukturiert ist, oder präziser noch: wie sehr wir sie nach unserer Norm *strukturiert haben*, in einem jahrhundertelangen, oft brutalen Prozess der Unterdrückung und Ausbeutung. Als 1884/85 die Kolonialmächte bei der Berliner Konferenz den afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten, war das ein Akt der Strukturierung der Welt nach der Norm des weißen Mannes, eine Strukturierung, die sich um die afrikanische Realität nicht kümmerte. Die Folgen halten bis heute an, nicht nur in Form von Grenzen auf Landkarten, sondern auch in Form von Zuschreibungen in unseren Köpfen, und die Afrikaner kämpfen bis heute mit der Lücke zwischen den stereotypen Zuschreibungen von außen und ihrer eigenen vielfältigen Realität. Der Nullmeridian verläuft durch Greenwich, London, und bis heute nehmen wir Europäer die Welt, und vor allem Afrika, fast ausschließlich in ihrem Bezug auf Europa wahr – übrigens vor allem in ihrem *defizitären* Bezug auf Europa. Die grundlegende Frage ist: Wer hat eigentlich die Deutungshoheit darüber, was Mensch sein bedeutet, darüber, was Entwicklung bedeutet, was afrikanisch ist? Ich will das an drei Beispielen illustrieren: aus der Mode, aus der Entwicklungspolitik und aus der Welt der Kunst und Kultur.

Deutungshoheit, *erstes* Beispiel: Es gibt in Afrika einige Länder mit einer aufstrebenden Modedesign-Industrie, in Westafrika etwa im Senegal, in Ostafrika zum Beispiel in Kenia. Die dortigen Designerinnen sind auf dem

internationalen Modemarkt zunehmend erfolgreich, sehen sich aber oft mit einem absurden Vorwurf konfrontiert: dass ihre Mode nämlich nicht afrikanisch genug sei. Offenbar sucht die globale Modeindustrie zwar einerseits gern nach Inspiration vom Kontinent, will aber andererseits „authentisch afrikanische“ Mode haben, konform mit westlichen Klischeebildern. Die kenianische Designerin Katalungu Mwenda fragt in einem Interview entnervt: „Meinen Sie etwa, dass meine Mode immer bunt und gemustert sein muss, nur weil ich von diesem riesigen und unglaublich diversen Kontinent komme?“

Deutungshoheit, *zweites* Beispiel: Ich habe in meiner Zeit als Bundespräsident eine Initiative ins Leben gerufen, die „Partnerschaft mit Afrika“ hieß. Bis heute bekomme ich Presseanfragen hierzu, die sie als „Partnerschaft für Afrika“ betiteln. Die Definition von oben und unten, die Unterscheidung zwischen Handelnden und Behandelten, beides schlummert offenbar tief in unserem europäischen Bewusstsein. Wer sich mit der Sprache des zivilisatorischen Eifers auseinandersetzt, mit dem unsere kolonialen Vorfahren ihre Unterdrückungskampagnen in Afrika rechtfertigten, der merkt schnell, dass das nicht weit entfernt ist von so manchem gutgemeinten Sprechen über Afrika heute.

Deutungshoheit, *drittes* Beispiel: Schätzungsweise neunzig Prozent aller afrikanischen Kunstschätze befinden sich außerhalb von Afrika, vor allem in französischen, britischen und deutschen Museen. Der überwiegende Teil dieser Kunstwerke – Schmuck, Statuen, Masken, Schwerter, Türen, Throne – wurde von den Kolonialherren geraubt oder in höchst ungleichem Tausch erworben. Mit der Plünderung seiner Kunst wurde der afrikanische Kontinent massiv in seiner kulturellen Identität geschwächt, und das setzt sich bis in die Gegenwart fort, solange die Auseinandersetzung mit diesen Objekten und ihrer Geschichte von den Europäern gesteuert wird. Und manche tun sich schwer damit, etwas von ihrer gewohnten Deutungshoheit abzugeben. Ein bekannter französischer Kunsthistoriker erklärte im Fernsehen, die Schätze seien erst dadurch zur Kunst geworden, dass die Europäer sie zur solchen erklärt und sie in ihren Museen ausgestellt hätten. Auch von so mancher deutscher Edelfeder konnte man lesen, dass man den Afrikanern lieber nichts ihrer Kunst zurückgeben sollte, denn die könnten ja sowieso nicht ordentlich damit umgehen. Der südafrikanische Satiriker Trevor Noah, der in den USA die „Daily Show“ moderiert, hat dieses europäische Argument gegen die Restitution auf bissige Weise zusammengefasst (und ich zitiere, wie er die Europäer nachahmt): „Ihr Afrikaner könnt nicht auf eure Kunst aufpassen! Wir wissen das, schließlich haben wir sie von euch gestohlen!“

Es geht mir mit diesen Beispielen nicht um Selbstgeißelung oder Schuldzuweisungen. Es geht darum, dass wir den Knick in unserer Optik erkennen, dass wir zumindest anerkennen, wie sehr wir uns daran gewöhnt haben, die Deutungshoheit zu besitzen, den Diskurs nach unserer Perspektive

zu strukturieren. Es geht darum, dass die Perpetuierung kolonialer Denkweisen, so subtil sie auch sein mögen, eben auch die Probleme perpetuiert, welche durch diese Denkweisen erzeugt wurden.

Beispiel Korruption: Ja, in Afrika gibt es korrupte Präsidenten und Regierungen. Viel zu viele. Um es ganz klar zu sagen: Die Verantwortung für die Zukunft Afrikas tragen in allererster Linie die Afrikaner selbst. Doch die Klage über die endemische Korruption in Afrika, die hierzulande ein beliebtes Totschlagargument zu sein scheint, ist in der Sache sicherlich nicht falsch; ich halte sie im Tonfall jedoch auch für wenig hilfreich, bisweilen gar für verärrerisch: weil sie verschweigt, dass oft nicht nur afrikanische Eliten, sondern auch Akteure von außen massiv an der Korruption beteiligt sind; weil sie oft nur eine Ausrede für die eigene strategische Rat- und Tatenlosigkeit gegenüber Afrika ist; weil die lautesten und mutigsten Proteste gegen die Korruption aus der afrikanischen Zivilgesellschaft selbst kommen und weil sie den Blick verstellt auf die vielen Fortschritte, die es in vielen Teilen des Kontinents unbestreitbar gibt.

Im *Ease of Doing Business Index* der Weltbank, der weltweit umfangreichsten Studie zur Unternehmensregulation, liegt das bestplatzierte afrikanische Land, Mauritius, neun Plätze vor Deutschland; Ruanda liegt vor Portugal und Kenia vor Italien. Im Korruptionsindex von *Transparency International* ist Botswana besser platziert als Polen und Namibia besser als Italien. Das alles macht die herrschende Korruption in vielen Ländern Afrikas nicht besser, rückt aber so manches Pauschalurteil in eine andere Perspektive. Der von der Mo-Ibrahim-Stiftung erarbeitete, umfangreiche Index für gute Regierungsführung in Afrika stellt fest, dass es in den vergangenen zehn Jahren bei Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit klare Verbesserungen gegeben hat – wenn auch in den letzten fünf Jahren verlangsamt.

EINSEITIGER ENTWICKLUNGSBEGRIFF

Müssen wir uns über die Zukunft der Demokratie aber nicht auch bei uns Sorgen machen, wenn wir den global aufkommenden Autoritarismus beobachten oder von den Möglichkeiten der Manipulation demokratischer Wahlen im Zeitalter der Digitalisierung erfahren? Vielleicht sollten wir die Diskussion um die afrikanische Demokratie mit etwas weniger Selbstgerechtigkeit führen, sondern in einen größeren Kontext stellen, was eigentlich die Voraussetzungen für Demokratie sind und wie diese zu erhalten ist, bei uns und woanders.

Könnten wir den Dialog über die Probleme Afrikas, die es ja unbestritten gibt, nicht tatsächlich mit einem neuen Bewusstsein unserer eigenen Unzulänglichkeiten führen? Es würde unsere Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Demokratie umso glaubwürdiger

machen. Vielleicht liegt darin ja auch eine Chance: wegzukommen von der Vorstellung von Entwicklung als rein linearem Prozess des Aufholens, mit uns als Vorbild und den Afrikanern als Nachzüglern, Nachahmern. Können wir uns eine afrikanische Moderne vorstellen, die sich nicht an uns orientiert, sondern die etwas Eigenes ist, etwas Pluralistisches, sich in viele Richtungen Entfaltendes, ein Nebeneinander von Lokalem und Globalem, von Tradition und Innovation, kurz: eine afrikanische Moderne sui generis? Afrikas Entwicklung kann nur aus sich selbst heraus erwachsen, nicht aus unserem Sendungsbewusstsein und nicht aus unseren Belehrungen.

Und dann, weiter noch, könnte daraus vielleicht ein Entwicklungsbegriff entstehen, der nicht mehr einteilt in „Entwicklungsländer“ und „entwickelte Länder“, sondern der deutlich macht, dass wir im 21. Jahrhundert überall Entwicklung brauchen, im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen; eine große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die der unentrinnbaren Interdependenz auf diesem Planeten Rechnung trägt – ich nenne nur die Stichworte Ressourcenknappheit, Klimawandel, Terrorismus, Pandemien. Aus einem solchen neuen Entwicklungsbegriff entstünde dann auch ein neuer Blick auf das Verhältnis Europas zu Afrika, das trotz aller bestehenden Asymmetrien Augenhöhe ermöglichte, ohne Mitleid und Angst, nur mit Neugier und ein wenig Demut, weil wir uns als gemeinsam Lernende begriffen.

KONTINENT DER JUGEND

Mit dieser Haltung könnten wir die Afrikaner endlich ihre eigenen Geschichten erzählen lassen. Ich lasse sie mir am liebsten von jungen Afrikanern erzählen. Denn wenn es ein Pauschalurteil gibt, das über den gigantisch diversen afrikanischen Kontinent zulässig ist, dann jenes, dass dies ein Kontinent der Jugend ist. Die Bevölkerung wird sich bis ins Jahr 2050 vermutlich auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln. Dann werden etwa 25 Prozent der Weltbevölkerung Afrikaner sein, nur etwa fünf Prozent Europäer; dann wird einer alternden europäischen Gesellschaft die größte Jugendbevölkerung in der Geschichte der Menschheit gegenüberstehen – schon heute ist die Hälfte aller Afrikaner jünger als achtzehn Jahre. Hier wächst eine Macht heran, mit der zu rechnen ist – im Guten wie im Schlechten. Ich sage bewusst „Macht“ – weil ich glaube, dass genau das die richtige politisch-strategische Einordnung ist, mit der wir auf diese globale Herausforderung blicken sollten; genauso, wie wir auch den Aufstieg Chinas oder die Digitalisierung als neue Machtfaktoren in der Weltpolitik begreifen.

Zuhören sollten wir ihnen also, diesen jungen Menschen. Das gilt übrigens vor allem auch für die afrikanischen Führer selbst: Nirgendwo ist der Abstand zwischen dem Durchschnittsalter der Bevölkerung und dem

Durchschnittsalter der politischen Führung so groß wie in Afrika. Deshalb ist die Frage der Jugendpartizipation in Afrika eine der wichtigsten Fragen für die afrikanische Demokratie überhaupt. Die Kernfrage, die über Afrikas Zukunft, aber auch über unsere eigene entscheiden wird: Schaffen wir es, die große Wagnisbereitschaft, Kreativität und Hartnäckigkeit der afrikanischen Jugend zur transformativen Kraft auf ihrem Kontinent werden zu lassen?

Wann immer ich die Gelegenheit habe, treffe ich mich mit Gruppen junger Afrikaner und frage nach ihren Versuchen, sich eine Existenz aufzubauen und anderen mit ihren Ideen zu helfen, nach ihrem mutigen Einsatz für demokratische Machtwechsel. Immer wieder beeindruckt mich die unglaubliche Energie und Kreativität dieser Generation. Da ist ein Einfallsreichtum, ein Wissensdurst, wie man ihn im gesättigten Deutschland nur noch selten antrifft. Und die Spannung zwischen eigenen Ambitionen und den vielen großen und kleinen Problemen im täglichen Leben gebiert einen Unternehmergeist, ein immer wieder aufs Neue Sich-zurechtfinden, Problemlösen, das durchaus afrikanisch genannt werden darf.

Wo echter Bedarf und Kreativität aufeinandertreffen, entsteht Innovation. Das ist an vielen Ecken des Kontinents zu spüren. Nirgendwo auf der Welt verändert die Digitalisierung den Alltag schneller. Die Elfenbeinküste hat eine bessere 4G-Netzabdeckung als Deutschland. In Ruanda werden Blutkonserven mit Drohnen verschickt. Kenia ist weltweit einer der Vorreiter beim bargeldlosen Bezahlen. Wenn wir über die Zukunft der Weltwirtschaft nachdenken, dann sollten wir vielleicht öfter nach Afrika blicken.

GEBURTSWEHEN EINES NEUEN ZEITALTERS

Wer genau hinhört und hinschaut, wird Zeuge einer Transformation von historischem Ausmaß. Das heutige Afrika ist ein Kontinent der rastlosen Bewegung, der permanenten Veränderung. Es ist deshalb eine Transformation voller Ambivalenzen. Nicht alles erschließt sich sofort, denn Afrika verändert sich viel schneller als unser Bild von ihm. Klar ist nur: Dieser Weltteil wird die Geschichte des 21. Jahrhunderts prägen. Und dieser Prägungsprozess hat längst begonnen, auch wenn wir erst allmählich begreifen, was das auch für uns bedeutet.

Vielleicht war die Flüchtlingskrise der Moment, in dem die Welt zurückstarrte auf ein Europa, welches daran gewöhnt war, dass die Richtung unserer Beziehungen zur Welt immer von Norden nach Süden verlief. Vielleicht erkennen wir derzeit erschrocken und verunsichert, dass uns von der gemeinsamen, fragilen Menschlichkeit mit unserem Nachbarkontinent nicht mehr trennt als ein paar Kilometer Meerenge. Wenn das so ist, dann könnten wir im Einüben eines neuen, wechselseitigen Blicks zwischen Afrika und

Europa auch lernen, was wir offenbar dringend lernen müssen: nämlich uns in einer Welt zurechtzufinden, in der unsere Perspektive, die europäisch-westliche Perspektive, nicht mehr die einzige maßgebende in dieser Welt ist. Eine Welt, in der unsere Kreativität nicht mehr die allein treibende ist. Ich glaube, dass die gegenwärtigen Umbrüche die Geburtswehen eines neuen Zeitalters sind, in dem die von uns strukturierte Welt an Bedeutung verliert, in der jedoch gleichwohl unser Wohlstand zum global gültigen Maßstab geworden ist, an dem sich die Ambitionen einer gigantischen Jugendbevölkerung orientieren – ein Wohlstand, der mit einem solchen Ressourcenverbrauch einhergeht, dass er angesichts der Grenzen unseres Planeten physisch nicht universalisierbar ist.

GEMEINSAME ERZÄHLUNG DER ZUKUNFT

Den geopolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Transformationsprozess, den dieser Widerspruch zwangsläufig auslöst, kann man betrauern, man kann ihn verleugnen, auf ihn angstvoll reagieren, aber aufhalten kann man ihn nicht. Die Alternative ist nicht, sich dieser neuen Welt einfach zu ergeben, sie ist nicht Passivität und nicht Selbstverleugnung. Die Alternative ist, wieder neu Lust zu bekommen, die Welt zu gestalten, zu strukturieren, und zwar so, dass es eine Vielzahl von Perspektiven zulässt. Eine Welt, in der alle Menschen ein Leben in Würde leben können, ohne den Planeten dabei zu zerstören. Diese Alternative wurde 2015 mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen formuliert. Wir sollten diese Agenda ernst nehmen und sie – mutig – als Hoffnungsgeschichte erzählen in diesen mutlosen Zeiten. Vielleicht können wir dadurch auch ein neues Kapitel in der Geschichte des Europäisch-Seins aufschlagen – eines, das nicht auf Überlegenheit, sondern auf Empathie und Neugier basiert. Könnte es sein, dass wir im Westen den Glauben an eine bessere Zukunft verloren haben? Fehlt uns vielleicht tatsächlich mittlerweile die Phantasie, die Utopiefähigkeit, uns in ein besseres Morgen hineinzudenken, und zwar ein Morgen, in dem es allen Menschen auf der Erde gut geht? Wenn das so ist, dann könnten wir tatsächlich etwas von Afrika lernen. Nicht, weil Afrika uns leidet, nicht, weil wir Angst vor Afrika haben, sondern weil wir, die alternden Gesellschaften des Nordens, dringend diesen jungen Partner im Süden brauchen. Wenn Afrika und Europa es schaffen, eine gemeinsame Erzählung der Zukunft zu schreiben, dann habe ich keinen Zweifel daran: Das Beste liegt noch vor uns.

Der Beitrag basiert auf einer Rede gleichen Titels, gehalten auf der Konferenz „Africa and Europe Moving Forward“, Leuphana Universität Lüneburg, 24. Januar 2019.

Mythos „Schwarzer Kontinent“?

—
Identität in Zeiten der Globalisierung

ALAIN MABANCKOU

Geboren 1966 in Pointe-Noire (Republik Kongo-Brazzaville), Poet und Schriftsteller, Professor für Literatur und Kreatives Schreiben, Fakultät für Französische und Frankophone Studien sowie am African Studies Center der University of California (UCLA), Los Angeles (USA).

In Afrika, in Kongo-Brazzaville geboren, verbrachte ich einen Großteil meiner Jugend in Frankreich, bevor ich mich in den Vereinigten Staaten niederließ. Im Kongo befindet sich meine Nabelschnur, Frankreich ist die Wahlheimat meiner Träume, und von Amerika aus betrachte ich die Spuren meiner Ruhelosigkeit. Aber es kommt durchaus vor, dass ich mir sage, ich bin ein Europäer, ob ich will oder nicht.

Was ist eigentlich ein Europäer für einen Kongolesen? Das ist schwer zu sagen. Ich habe lange nach einer Erklärung gesucht, aber niemals eine gefunden. Außerdem ist Europa ja auch ein Konzept, das sich wandelt. Es lässt sich von den Strategen, von den Marktschreibern des utopischen Mainstream-Konformismus nicht fassen.

Sollte der Afrikaner am Ende unfähig sein, eine eigene Definition zu formulieren? Das Wörterbuch definiert „europäisch“ als „aus Europa stammend“, „seine Einwohner betreffend“. Aber von welchem Europa ist hier die Rede? Von welchen Einwohnern? Wer sind diese? Am wichtigsten – und genau das betrifft mich selbst – ist die Definition von Europa, die der Verlag *Dictionnaires Le Robert* uns Afrikanern in einem seiner auf die französische Sprache spezialisierten Wörterbücher zuschreibt. Für diese sei ein Europäer nur ein „nicht afrikanischer weißer“ Mensch. Afrika hätte damit eine rassische – glücklicherweise keine rassistische – Vorstellung von Europa. Alle „nicht afrikanischen“ Weißen seien in unseren Augen Europäer. Geht man dieser „afrikanischen“ Definition auf den Grund, stellt man allerdings fest, dass sie gleichwohl die „afrikanischen Weißen“ zulässt, denen wir „afrikanischen Schwarzen“ fast den „Status“ als Europäer absprechen. Diese Darstellung ist sehr problematisch, weil sie einengt, begrenzt, abgrenzt, spaltet, herabsetzt. Meine Auffassung von *Identität* geht sehr weit über die Begriffe *Territorium* und *Blut* hinaus. Jede Begegnung bringt mir etwas. Es ergäbe keinen Sinn, sich auf das Territorium zu beschränken und die vielfältigen Überlappungen sowie darüber hinaus die Komplexität dieses neuen Zeitalters zu ignorieren, das uns miteinander verbindet, ganz unabhängig von geografischen Gegebenheiten.

In Amerika bin ich oft auf Franzosen gestoßen, die mich *tatsächlich* als einen Landsmann ansahen, womit sie mir den Eindruck vermittelten, dass die Franzosen, egal welcher ethnischen Herkunft, im Ausland endlich ihre Auffassung von Staatsangehörigkeit erweitern. Als ob wir unser heimatliches Territorium verlassen und uns an einem anderen Ort treffen müssten, wo unsere Kultur endlich zum entscheidenden Bindeglied wird, um besser definieren zu können, was eine Nation ist.

NOTWENDIGE ERFINDUNG DES „ICH“

Wenn das Territorium nun überdacht werden muss, verhält es sich mit der „Identität“ ebenso. Es ist sicher erforderlich, noch einmal den Ursprung des Wortes anzuschauen und zu erkennen, wie diejenigen, deren Geschäft die Angst ist, vorgehen, um einen sich wandelnden Begriff in eine statische und für die Nation selbstzerstörerische Ideologie zu verzerren. Erteilen wir in dieser Debatte doch den Wörterbüchern das Wort: „Identität“, lateinisch *identitas*, „ein und dasselbe bedeutend“, ist ein Wort, das wiederum vom lateinischen *idem*, „derselbe, dasselbe“, abgeleitet ist. Die Identität drückt also die „Eigenschaft zweier identischer Gedankenobjekte“ aus, und später „das Ein und Dasselbe“. Das *Dictionnaire historique de langue française* definiert das Wort rechtlich und landläufig als „die Tatsache, dass ein Mensch ein bestimmtes Individuum und als solches anerkannt ist“. Letztendlich ist die Identität zuallererst

mit dem Selbst verknüpft, mit dem Ich, mit der Existenz des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft. Sie macht die Einzigartigkeit des Individuums oder der Gruppe aus. Genauso, wie es einen Personalausweis für ein Individuum gibt, könnte es auch einen für die Gruppe geben. Aber welche Informationen würde man in einen solchen Gruppenausweis aufnehmen?

In diesem Zusammenhang bräuchte es, in Abwandlung des Titels einer Veröffentlichung des französischen Soziologen Jean-Claude Kaufmann, die „Erfindung des Ich“. Denn Kaufmann schlägt vor, „dem Einzelnen die Anerkennung, die Zustimmung und die Liebe der anderen zu verschaffen, die er braucht, um zu spüren, dass er als vollständiges Individuum existiert“, weil das „Ich ohne die anderen nichts ist“. Das Individuum existiert nur wirklich, wenn es von der Gruppe anerkannt ist, umso mehr, als das Gesetz eben dieser Gruppe den Rahmen der persönlichen Mobilität vorgibt. Mangels einer solchen Anerkennung durch die Republik sind in Frankreich mancherorts Widerstandszellen entstanden. Gruppen erlassen ihre eigenen Gesetze, wobei diejenigen als Zielscheibe genommen werden, die diese „Zonen“ niemals betreten haben, die aus den Festungen der Eliteschulabsolventen heraus jedoch mit dem Finger auf sie zeigen. Es sind „Zonen-Identitäten“ entstanden, welche die kollektiven Standards zurückdrängen, die augenscheinlich immer unerbittlicher mit denjenigen umgehen, die sich als die Ausgestoßenen unserer Zeit betrachten.

ZWEIGETEILTE WELT

Heutzutage finden die größten Wanderungsbewegungen zwischen Afrika und Europa oder gar Amerika statt. Die Welt hat sich in zwei Teile gespalten: Norden und Süden. Der Norden steht für Entwicklung und Wirtschaftsmacht. Der Süden wird als rückständiger Raum mit Republiken aus politischen Einheitsparteien und mit Präsidenten auf Lebenszeit gesehen. Angesichts dessen besteht der Traum des Afrikaners darin, in den Norden zu gelangen, um den Lauf seines Schicksals zu verändern. Aber im Norden ist die Situation nicht so einfach, wie der afrikanische Migrant denkt, der dort strandet und mit der harten Realität zurechtkommen muss. So wird die Immigration zu einer der großen Herausforderungen des afrikanischen Kontinents und zu einem Problem für die Industrienationen. Die Durchquerung des Südens in Richtung Norden hat Auswirkungen auf den Afrikaner und seine Kultur, weil er sozusagen das Zeitalter der Globalisierung betritt. Nun bietet Afrika trotz dieser Globalisierung weiterhin viel Stoff für die schlimmsten Nachrichten und vermittelt dabei den Eindruck, vom Rest der Welt losgelöst zu sein und fortwährend auf die Hilfe der Industrieländer zu warten. In den meisten ehemaligen afrikanischen Kolonialgebieten haben wir Tragödien erlebt – und erleben sie immer noch – aufgrund von Bürgerkriegen und neu

errichteten Diktaturen. Hinzu kommen die Verstöße gegen die Menschenrechte, Misswirtschaft durch die Regierenden. Als wäre das noch nicht genug, ist der afrikanische Kontinent den Plagen der letzten Jahrzehnte mit am stärksten ausgesetzt. Diese Dramen sind nicht geeignet, den kulturellen Reichtum dieser Weltregion herauszustellen.

„NEGRITUDE“ DANK DIASPORA

Dabei ist dies kein unabwendbares Schicksal, und noch weniger lastet ein Fluch auf dem Kontinent. Es geht einzig und allein um unser Eintreten in dieses neue Zeitalter, das eine Neudefinition nicht nur der Mentalität des Afrikaners, sondern auch des Blicks der anderen auf unseren Kontinent erfordert. Die afrikanische Kultur ist so vielfältig – ganz im Gegensatz zu dem Bild, das einige von Afrika haben: ein eindimensionaler Kontinent, mit einer einzigen Kultur. Heutzutage kann Afrika auf den Beitrag der sogenannten „schwarzen Diaspora“ zählen. Die schwarze Diaspora illustriert sehr gut den Export der schwarzen Zivilisation überall in die Welt, und es entsteht eine Kultur, die mitunter im Widerspruch zu den Kulturen auf dem afrikanischen Kontinent steht. Man muss dieser Diaspora das Verdienst zuschreiben, zur Dynamik der afrikanischen Kulturen beizutragen. So stand sie etwa am Ursprung der meisten ideologischen und philosophischen Bewegungen mit einer Verbindung zum afrikanischen Kontinent: Die *Négritude*, um nur dieses Beispiel zu nennen, ist in Frankreich entstanden, begründet von Aimé Césaire (Martinique), Léon Gontran Damas (Guyana) und Léopold Sédar Senghor (Senegal). *Harlem Renaissance* wurde von den amerikanischen Schwarzen ins Leben gerufen, während der Panafricanismus mit Führungspersonlichkeiten wie Marcus Garvey oder Malcolm X seinen Ursprung ebenfalls auf amerikanischem Boden hat. Die schwarze Diaspora wird damit zu einer Art „mobilem Afrika“, zu einer Plattform afrikanischer Kulturen. Wir erleben die Entstehung einer neuen Identität, die nicht zwangsläufig mit dem afrikanischen Ursprungskontinent verbunden ist, sondern eine Eigenständigkeit entwickelt.

Müssen wir damit auf eine gewisse Einheitlichkeit der schwarzen Diaspora schließen? Welche Verbindungen lassen sich zwischen den in Europa geborenen Afrikanern und denjenigen erkennen, die in Afrika geblieben sind? Es handelt sich um zwei Kulturen, die sich – manchmal feindselig – gegenüberstehen, weil sie nicht dieselbe Vision von Afrika haben, weil Afrika für manche ein *Traum* ist, für andere eine *Realität*. Der auf einem anderen Kontinent geborene Afrikaner erkennt sich nicht mehr unbedingt im Afrika seiner Vorfahren wieder, das ihm fern vorkommt, verzerrt durch die Reportagen über einen Kontinent, der unaufhörlich von Tragödien heimgesucht wird und unfähig ist, aus seinen immensen Reichtümern Vorteile zu ziehen. Gleichzeitig wird dieser auf einem anderen Kontinent geborene Afrikaner

in seiner Wahlheimat nicht anerkannt, wo die Einwanderungsgesetze und die Politik der europäischen Staaten immer stärker zu hartem Durchgreifen neigen. Er ist nicht mehr von „dort“, er ist aber auch „hier“ nicht anerkannt. Wie kann er also reagieren? Er muss eine Möglichkeit finden, seine Situation darzustellen, und so erleben wir die Entstehung einer afrikanischen „Subkultur“.

Zwar sind sich die Afrikaner der Diaspora ihrer Verbindung mit Afrika bewusst, aber sie verherrlichen diesen Kontinent als einen Mythos und wenden sich verstärkt der amerikanischen schwarzen Kultur zu, die ihnen näherzustehen scheint. Muss noch daran erinnert werden, dass die amerikanischen Schwarzen – die sich „Afroamerikaner“ nennen lassen – ihrerseits den Schwarzen Kontinent zum Mythos erheben? Damit überleben zwar afrikanische Kulturen, aber es handelt sich eher um ein utopisches, auf einer bestimmten Vorstellung von Afrika beruhendes Überleben. Wenn der Schwarze aus der Diaspora wieder afrikanischen Boden betritt, verspürt er meistens ein Gefühl der völligen Loslösung. Die Welt, auf die er stößt, hat keine Ähnlichkeit mit seiner Vorstellung von dem Kontinent. Man muss sich nur anschauen, welche Beziehungen die afrikanischen Afrikaner, die amerikanischen Schwarzen und die anderen Völker schwarzer Hautfarbe untereinander haben. Das Unverständnis, das unter ihnen herrscht, zeigt, wie schwierig die Definition ist, was man unter „afrikanischer Identität“ verstehen könnte, ganz einfach, weil es sie nicht gibt – und gar nicht geben kann. Weil diese Identität eine Folge der Erfahrungen der Schwarzen überall in der Welt ist. Der Afrikaner in Afrika erlebt nicht die gleichen Situationen wie der Afrikaner in Europa; der amerikanische Schwarze hat eine Geschichte, die der afrikanische Afrikaner gar nicht begreifen kann. Der farbige Amerikaner musste die Migration als historische Tatsache hinnehmen: durch Sklavenhandel. Er musste jahrzehntelang für seine Bürgerrechte und die Anerkennung als Bürger der Vereinigten Staaten kämpfen. Der afrikanische Afrikaner dagegen kämpft gegen das diktatorische Regime seines Landes, den Hunger, die Folgen der Unterentwicklung, während der europäische Afrikaner täglich seinen Platz in der Gesellschaft hinterfragt.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, bedeutet der Eintritt in das Zeitalter der Globalisierung, dass man sich als Element einer größeren, komplexeren Kultur erkennt, die die eigenen Erfahrungen einschließt. Und wenn wir uns die Folgen der Globalisierung anschauen, überrascht es nicht mehr, dass Afrika in den Hintergrund tritt, während die Migration doch Teil seiner kulturellen Grundlage ist und die Bedeutung von Höflichkeit und Gastfreundschaft oft als eine der stolzen Errungenschaften des Schwarzen Kontinents betrachtet wurde.

Übersetzung aus dem Französischen: Ralf Pflieger, Straßburg

Shrinking Spaces

Einschränkung demokratischer Freiheiten in Tansania

Die Entwicklung in Tansania seit 2016 kann als ein Paradebeispiel für die Bedeutung des Begriffs der *Shrinking Spaces* („schrumpfende Räume“) herangezogen werden. Die massive Einschränkung demokratischer Freiheiten ist weitgehend unbemerkt geblieben, denn Tansania galt bislang als Insel des Friedens auf dem krisengeschüttelten Kontinent. Insbesondere nach der Einführung des Mehrparteiensystems 1995 war ein kontinuierlicher Zuwachs freiheitlicher Räume zu erkennen. Oppositionsparteien forderten die Regierung heraus, zivilgesellschaftliche Akteure wurden sichtbarer, und die freie Meinungsäußerung wurde toleriert. Höhepunkt dieser positiven

Entwicklung war das Jahr 2015, als sich die Bevölkerung in einem transparenten Prozess an der Ausarbeitung eines neuen Verfassungstextes beteiligen konnte. Der Entwurf sah eine erhebliche Verbesserung des politischen Systems hin zu Gewaltenteilung, Dezentralisierung und einem Mehr an Demokratie vor. Das zweite ermutigende Zeichen war, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Landes öffentlich darüber diskutiert wurde, dass ein Machtwechsel bei den anstehenden Wahlen möglich sein könnte.

Diese Entwicklung brachte das Weltbild der Regierungspartei und ihres Kandidaten ins Wanken, die seit der Unabhängigkeit Tansanias 1962 unangefochten an der Macht und damit die am längsten regierende Partei Afrikas ist. Zwei Ereignisse markieren den Wendepunkt für die demokratische Rückentwicklung des Landes: Nicht nur wurde der Prozess für eine neue Verfassung beendet; darüber hinaus werden seit der Machtübernahme durch Präsident John Magufuli im November 2015 Freiheitsrechte sukzessive eingeschränkt. Ergebnis dieser autoritären Politik ist es, dass die Opposition, die Medien und die Zivilgesellschaft so stark unter Repressionen und Verfolgung leiden, dass seitens dieser Akteure kaum noch Kritik gegenüber dem antidemokratischen Kurs des Präsidenten geäußert wird. Oppositionelle werden öffentlich gebrandmarkt und sehen sich restriktiven Gesetzen ausgesetzt. Diejenigen, die es wagten, Kritik zu äußern, wurden getötet, inhaftiert oder sind seit Jahren verschollen. Selbst Vertreter internationaler Organisationen, die dem Regime zu kritisch waren, werden des Landes verwiesen, wie die Landesdirektorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme*, UNDP) und der Leiter der EU-Delegation.

Kritik aus der Zivilgesellschaft beantwortet das Regime mit Repressionen. Höhepunkte dieser Entwicklung waren die Aufforderung an alle Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sich neu registrieren zu lassen, und die Verschärfung des NGO-Gesetzes, die die Offenlegung aller Zuwendungen aus dem Ausland vorsieht. Zuletzt beschuldigte Präsident Magufuli im Dezember 2019 einige internationale NGOs, unter dem Deckmantel der Demokratisierung gegen seine Regierung zu arbeiten.

Am augenscheinlichsten sind die *Shrinking Spaces* jedoch im Hinblick auf die politische Opposition im Land. Diese hat den Kurs des Präsidenten bereits sehr früh zu spüren bekommen. Im Dezember 2015 wurde die TV-Direktübertragung der Parlamentssitzungen eingestellt. Seit Juni 2016 herrscht ein faktisches Versammlungsverbot. Der Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionspartei wurde im September 2017 niedergeschossen und überlebte das politisch motivierte Attentat nur knapp. Im Februar 2018 wurden zwei oppositionelle Mandatsträger getötet. Gegen fast alle Parteiführer der Opposition laufen Ermittlungsverfahren oder Prozesse, und auch ordentliche Parteimitglieder sind betroffen. Insgesamt

gibt es mehr als 400 Verfahren. Abgeordnete und einfache Mitglieder werden teils mehrere Tage in Polizeigewahrsam genommen, ohne einem Richter vorgeführt zu werden. Im Parlament wird die Opposition regelmäßig an der Ausübung ihrer Aufgaben gehindert: Abgeordnete wurden mit Polizeigewalt aus dem Parlament entfernt und einige für mehrere Monate von den Sitzungen ausgeschlossen. Trauriger Höhepunkt der Einschränkungen gegen die Opposition war der Ausschluss von über 95 Prozent ihrer Kandidaten bei den Kommunalwahlen im November 2019 aufgrund angeblich falsch ausgefüllter Antragsformulare.

Auch die Pressefreiheit in Tansania unterliegt immer größeren Einschränkungen. Ein Grund dafür sind die 2015 und Anfang 2016 erlassenen neuen Mediengesetze. Das Hauptproblem an dem *Cyber Crimes Act*, dem *Media Service Act* und dem *Statistics Act* ist, dass die darin enthaltenen Vorgaben nicht klar formuliert sind. Niemand, außer den Strafverfolgungsbehörden, weiß genau, was verboten und was erlaubt ist. Diese Einschränkungen der Medien führen im Ergebnis zu einer Selbstzensur. Ein weiteres Beispiel ist das Verschwinden eines renommierten Journalisten im November 2017 und die Verhaftung eines weiteren im Juli 2019. Beide hatten sich kritisch gegenüber der Regierung geäußert. Präsident Magufuli hatte bereits im März 2017 unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass sein Verständnis von Pressefreiheit „Grenzen“ habe. Diese Grenzen mussten mittlerweile fünf Zeitungen erfahren, die gänzlich oder für eine gewisse Zeit verboten wurden. Auch die sozialen Medien unterliegen Restriktionen. Selbst Privatpersonen, die sich darin kritisch gegenüber dem Präsidenten geäußert hatten, wurden angeklagt und verurteilt.

Die besorgniserregende Situation der zivilgesellschaftlichen Akteure, der politischen Opposition und der Medien verdeutlicht, dass demokratische Werte in Tansania seit der Wahl von Präsident Magufuli deutlich zurückgedrängt werden. Er gibt seinen Kritikern zu verstehen, sie sollten ihn bis zu den nächsten Wahlen 2020 „seine Arbeit machen lassen und bis dahin Ruhe geben“. Er müsse sich um die Entwicklung des Landes kümmern, die weitere Demokratisierung könne so lange warten.

Tansania hat sich in einem Rekordtempo zu einem Land mit einem repressiven Regime entwickelt, das Kritiker mit allen Mitteln zum Schweigen bringt. Abweichende Stimmen werden unterdrückt, und die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit werden massiv eingeschränkt. Auch die Bevölkerung äußert sich in Gesprächen kaum noch politisch. All das beeinflusst die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung negativ und ist Ausdruck von *Shrinking Spaces*.

Daniel El-Noshokaty

Auslandsbüro Tansania der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Shared Heritage“

Das Humboldt Forum und die Kolonialismusdebatte

HERMANN PARZINGER

Geboren 1959 in München, Prähistoriker, seit 2008 Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin.

Was für eine Transformation! Rund 120 Jahre lang war der ehemalige deutsche Gouverneurspalast in der togoischen Hauptstadt ein für die breite Öffentlichkeit verbotener Ort. Ende November 2019 wurde das Prunkgebäude nach

gut zwanzig Jahren des Leerstands und Verfalls als „Palais de Lomé“ wiedereröffnet. Was einst in Togo als Symbol der Unterdrückung galt, ist jetzt mit Kunst und Kultur aufgeladen. Ein zweifelsohne wegweisendes Projekt, weit über die Landesgrenzen hinaus. Rund ein Jahr zuvor eröffnete in Dakar das *Musée des civilisations noires*, ein beeindruckender, in seiner Form traditionellen Rundhütten nachempfundener Bau. In Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, entsteht derzeit ein neues historisches Museum, und in Benin City (Nigeria) soll ein zentrales Museum künftig Teile

der weltberühmten Benin-Bronzen zeigen, die derzeit noch in diversen europäischen Museen liegen. Die afrikanische Museumswelt ist in Aufbruchstimmung.

Im Gegensatz dazu beschränkt sich die öffentlich geführte Debatte hierzulande leider fast ausschließlich auf das Thema Restitutionen. Eine Einengung des breiten Themenfeldes, die im Vergleich mit den der Zukunft zugewandten Kulturprojekten in vielen Teilen Afrikas irgendwie auch wieder sehr eurozentrisch wirkt. Um eines klarzustellen: Die Debatte über den richtigen Umgang mit Kulturgütern aus kolonialem Kontext ist richtig und überfällig, und gegenüber Restitutionen dürfen wir uns keinesfalls verschließen, und zwar dort, wo sie geboten sind. Bedauerlich ist die derzeit fast ausschließliche Fokussierung auf Rückgaben und das weitgehende Aussparen der vielen anderen Facetten, die eine partnerschaftliche und nachhaltige Zusammenarbeit von Museen in Afrika und Europa ermöglichen könnte. Das Humboldt Forum in Berlin wirkt dabei gleichermaßen als Projektionsfläche wie als Katalysator. Doch es geht nicht allein um das neue Schloss und die vergleichsweise kurze, aber nicht minder gewalttätige und mit Schuld beladene koloniale Vergangenheit Deutschlands, sondern längst um eine Diskussion von gesamteuropäischer Dimension.

PRIMAT DER PROVENIENZFORSCHUNG

Ein kurzer Rückblick: Die Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron in Ouagadougou (Burkina Faso) im November 2017, in der er erstmals die Rückgabe afrikanischer Kulturgüter versprach, war ein Paukenschlag und stieß auf überwältigende Resonanz auch in den Medien. Doch wie würde es dort weitergehen? Schon im Titel des Berichtes, den Bénédicte Savoy und Felwine Sarr im Auftrag Macrons ausgearbeitet haben, wird eine Maximalforderung an die französische Regierung ablesbar: „Die Restitution des afrikanischen Kulturerbes“. In mehreren Etappen sollten grundsätzlich alle Kulturgüter aus Afrika zurückgegeben werden. Dabei sei es völlig gleichgültig, ob die Stücke aus militärischen Strafexpeditionen stammten, geraubt, von Sammlern erworben oder bei Expeditionen von Forschern zusammengetragen wurden. Provenienzforschung und wissenschaftliche Aufarbeitung von Objektbiographien seien nicht wirklich zentral und würden von den Museen doch nur vorgeschoben, um auf Zeit zu spielen und einen bereits erwiesenen Unrechtszustand beliebig zu perpetuieren. Schließlich sei es nicht wichtig, zu wissen, in welchem Koffer die Objekte nach Europa gelangt waren; welch fundamentales Unverständnis dessen, worauf Provenienzforschung und Objektbiographien wirklich abzielen!

Die ersten Reaktionen auf das französische Papier in Deutschland waren geteilt. Anhänger postkolonialer Paradigmata nannten die Initiative eine

Zeitenwende, eine Entscheidung von globaler Bedeutung, von der es jetzt kein Zurück mehr gäbe. Andere kritisieren dagegen den postkolonialen Jargon des Papiers, der von einer Ideologie des Sühnens und Büßens beherrscht war, ohne der Komplexität des Themas wirklich gerecht zu werden.

In den vergangenen Monaten machte sich nach der ersten Euphorie Ernüchterung breit. Fast nichts sei geschehen, sagte Felwine Sarr Ende Juli in einem *ZEIT*-Interview und attestierte der in Deutschland geführten Debatte, dass sie gar eine der fortschrittlichsten in Europa sei. Dies bestärkt uns in unserer Strategie des Primats einer gründlichen Provenienzforschung, allerdings immer gemeinsam mit Partnern und Akteuren aus den Herkunftsländern und Ursprungsgesellschaften, ohne die die Erforschung der Sammlungen nicht gelingen kann. Für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und ihre Staatlichen Museen zu Berlin gehört die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern aus zahlreichen Herkunftsländern seit geraumer Zeit zum Tagesgeschäft. Derzeit laufen verschiedene kooperative Forschungsprojekte und Vorhaben, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Gestaltung der Ausstellungsflächen im Humboldt Forum.

Es sind Schritte, die zusammen mit den Herkunftsländern geplant und ins Werk gesetzt werden, deren Bedürfnisse wir dabei aber auch bewusst in den Mittelpunkt stellen. Wir haben uns an unseren Partnern in Afrika, Asien, Amerika oder Ozeanien zu orientieren – nicht umgekehrt. Die wahre Komplexität des Themas ist ihnen sehr wohl bewusst. Auch sie wollen wissen, welche Geschichten hinter den Objekten stehen, das hören wir in unseren Gesprächen immer wieder. Und diese Geschichten lassen sich nur gemeinsam entschlüsseln. Auch sie wissen, dass ethnologische Sammlungen nicht nur Kunstwerke oder Objekte religiös-spiritueller Bedeutung umfassen, sondern zu großen Teilen auch Alltagsgegenstände oder gezielte Produktionen für den europäischen Sammlermarkt.

GEMEINSAME FORSCHUNGSARBEIT

Blicken wir nach Afrika. Die Forderung des wilhelminischen Deutschland nach einem „Platz an der Sonne“ hatte nicht nur im heutigen Namibia, sondern auch im Osten Afrikas gravierende Folgen für die dort lebenden Gemeinschaften. Die Kolonialisierung Tansanias stieß auf breitere Gegenwehr und war blutiger, als allgemein bekannt ist. Dem Maji-Maji-Krieg, den die Deutschen – unterstützt von Askaris und weiteren Hilfstruppen – mit äußerster Brutalität und nach dem Prinzip der verbrannten Erde führten, fielen Hunderttausende zum Opfer, die zum großen Teil infolge der Zerstörung von Dörfern, Feldern und damit des Entzugs jeglicher Lebensgrundlage ihr Leben verloren.

Rund 10.000 Objekte umfasst die Tansania-Sammlung des Ethnologischen Museums heute; eine Anzahl hiervon ist leider untrennbar mit der damaligen Gwalt Herrschaft verbunden. Dieser Tatsache sind wir uns als Stiftung Preußischer Kulturbesitz sehr bewusst und stellen uns daher unserer Verantwortung. Bereits seit Juni 2016 läuft am Ethnologischen Museum das Pilotprojekt „Tansania–Deutschland: Geteilte Objektgeschichten?“, das ein Rahmenkonzept für die Erforschung der Provenienz problembeladener, insbesondere in der Kolonialzeit gesammelter Bestände entwickelt. Im Zuge der gemeinsamen Provenienzforschung wurden so 32 Objekte, unter anderem Gewehr-kugeln, ein Pulverhorn, ein Beutel mit medizinischen und anderen rituellen Utensilien sowie eine Herrschertrommel, als eindeutig im Zusammenhang mit dem Maji-Maji-Krieg stehend identifiziert. Zusammen mit Wissenschaftlern aus Tansania wird diese Geschichte erforscht und im Humboldt Forum erzählt, und zwar in der Verantwortung von Kuratorinnen und Kuratoren aus Tansania. Es ist an der Zeit, diesen vergessenen Krieg in das Bewusstsein auch der Menschen in Deutschland zurückzuholen. Museen sind geradezu ideale Orte dafür, weil sie Millionen von Besucherinnen und Besuchern erreichen und sie mit schwierigen Kapiteln unserer Geschichte konfrontieren, die im Schulunterricht weitgehend unbeachtet bleiben.

ERGEBNISOFFENER PROZESS

Einen ähnlichen Grundansatz verfolgt unsere Zusammenarbeit mit Namibia; sie geht aber auch neue Wege. Im Rahmen einer Partnerschaft zwischen der *Museums Association of Namibia* (MAN) und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz waren seit Frühjahr 2019 mehrere Forscherinnen und Forscher aus Namibia zu Gast im Ethnologischen Museum. In enger Absprache mit Community-Vertretern wurden 23 Objekte aus dem Gesamtbestand der 1.400 Nummern umfassenden Sammlung ausgewählt, die bald nach Namibia reisen. Erstmals in Deutschland findet ein solch ergebnisoffener Prozess der Zusammenarbeit statt, der maßgeblich von den namibischen Partnern bestimmt wird. Vor Ort sollen die Objekte in den kommenden drei Jahren weiter erforscht werden und in Namibia zeitgenössischen Künstlern für eine kreative Auseinandersetzung zur Verfügung stehen. Im Laufe dieses Projektes werden wir gemeinsam entscheiden, welche Objekte nach Namibia zurückkehren und welche in Berlin verbleiben sollen. Zurück in die koloniale Vergangenheit ebenso wie nach vorn in eine kreative Zukunft blicken wir im Humboldt Forum außerdem mit einer von der namibischen Modedesignerin Cynthia Schimming geschaffenen Kunstinstallation. Auch mit dem Nachbarland Angola haben wir 2018 eine Kooperation abgeschlossen; ein Restaurierungsworkshop hat bereits im Mai 2019 in Luanda stattgefunden, und zahlreiche weitere Vorhaben sind angelaufen.

Weithin bekannt sind die berühmten Benin-Bronzen. Als britische Truppen als Vergeltung für die Ermordung britischer Gesandter 1897 den Palast des Königs von Benin im heutigen Zentralnigeria plünderten, gelangte mit das Beste und Teuerste nach Europa, was die Kunst Afrikas zu bieten hatte: Gedenkköpfe aus Bronze, Reliefplatten und Figurengruppen aus Messing und prunkvoll geschnitzte Elfenbeinzähne rissen bei ihrer Ankunft in Europa Kunsthistoriker zu begeisterten Vergleichen mit Werken der europäischen Renaissance hin. Die Benin-Dialoggruppe, der Vertreter aus Nigeria sowie aller zumeist europäischen Museen mit Werken aus Benin angehören, widmet sich seit einigen Jahren diesen Sammlungen und soll Wege eines künftigen gemeinsamen Umgangs erarbeiten. Erklärtes Ziel ist die Errichtung eines großen Museums in Benin-City, das wechselnd mit Benin-Bronzen aus verschiedenen europäischen Museen bespielt werden soll. Eingedenk der Erwerbungs umstände dieser Kunstwerke kann und wird es dabei gewiss nicht bei Leihgaben bleiben können; Rückgaben sind in Betracht zu ziehen.

„TEILHABE“ ALS SUPRANATIONALE IDEE

Wenn auch das Konzept von *Shared Heritage* – „Geteiltes Erbe“ – wie so vieles im Umgang mit nicht europäischen Kulturgütern nicht unumstritten ist, halte ich den grundlegenden Gedanken, dass das kulturelle Erbe von Museen lediglich verwahrt wird, aber als Besitz der ganzen Menschheit gilt, was viele verschiedene Möglichkeiten des Umgangs damit eröffnet, für einen vielversprechenden und zukunftsfähigen Weg. Anwendbar ist dieses Konzept jedoch nur unter der Voraussetzung legalen Erwerbs. *Shared Heritage* bedeutet für mich nicht „teilen“, sondern „Teilhabe“ und ist damit in gewisser Weise eine supranationale Idee. Das bedeutet, dass das in Deutschland und anderswo in Europa verwahrte kulturelle Erbe von anderen Kontinenten auch den Herkunftsländern und Ursprungsgesellschaften zur Verfügung stehen muss. Ein solches Konzept ist ohne wirkliche Dekolonisierung und Demokratisierung von Museen nicht denkbar.

Wichtig sind dabei *erstens* der Einbezug von Kuratoren aus den Herkunftsländern und Ursprungsgesellschaften sowie das Aufbrechen alter Deutungshierarchien. Das wird vor allem dort wichtig, wo es darum geht, die vielfältigen Perspektiven und Bedeutungsebenen der Objekte zu erschließen und den Besucherinnen und Besuchern im Museum zu vermitteln, den Ursprungsgesellschaften damit eine Stimme zu geben.

Zweitens ist entscheidend, dass das hier versammelte materielle Wissen über die Kulturen der Welt jedermann allumfänglich zugänglich ist, weshalb die digitale Bereitstellung mit Angabe sämtlicher zur Verfügung stehenden Informationen und deren kontinuierliche Ergänzung im Zuge der fortschreitenden Erforschung eine zentrale Verpflichtung ist. Derzeit werden – finanziert

durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft – sämtliche Erwerbungsakten des Ethnologischen Museums in Berlin von Anbeginn bis 1947 digitalisiert. Zukünftig wären die Transkription der in Sütterlin oder in Kurzschriften der vorletzten Jahrhundertwende verfassten Unterlagen sowie eine Übersetzung ins Englische wünschenswert. Hier ist noch viel Arbeit zu leisten, und schnelle Erfolge sind in der Forschung nur selten zu erzielen. Wer dies als Verzögerungstaktik abtut und die Ernsthaftigkeit dieser Anstrengungen bezweifelt, versteht nur wenig von der Komplexität von Sammlungs- und Provenienzforschung.

Drittens sollte man Teile der Sammlungen häufiger reisen lassen und sie dadurch mehr Menschen zugänglich machen, mit den Museen der Herkunftsländer in eine viel engere Kooperation eintreten und Bestände zeitweise für Wechselausstellungen austauschen, und zwar ebenso in die eine wie in die andere Richtung. Das Humboldt Forum könnte ein Epizentrum einer solch neuartigen Beziehung mit der Welt sein. Wir haben den Eindruck, dass dies gerade für unsere Kolleginnen und Kollegen in Afrika ein ganz wichtiges Anliegen darstellt.

Und *viertens* muss zu einer gleichberechtigten Partnerschaft auch die Rückgabe von Objekten gehören, die nachweislich aus Unrechtskontexten stammen oder wenn sie für die Ursprungsgesellschaft von besonderer Bedeutung sind. *Shared Heritage* kann immer nur so gut sein wie die Erforschung der Erwerbungsstände und die Rekonstruktion der Objektbiographien.

RÜCKGABE MENSCHLICHER GEBEINE UNERLÄSSLICH

Ganz anders verhält es sich bei den großen anthropologischen Sammlungen mit Tausenden menschlicher Gebeine und Schädel. Hier ist ganz klar: Provenienzforschung darf bei *Human Remains* aus kolonialen Kontexten nicht klären helfen, ob wir diese zurückgeben oder nicht, sondern sie dient ausschließlich der Klärung der Frage, an wen sie zu repatriieren sind. Und es ist unsere Pflicht, menschliche Gebeine mit allen bei uns und anderswo noch verfügbaren Informationen zurückzugeben.

Ob Kulturgüter oder anthropologische Sammlungen: Es geht um Langfristigkeit und Nachhaltigkeit, gerade in der Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und den betroffenen indigenen Gemeinschaften. Entscheidend muss sein, dass diese Forschungen nicht wieder allein von Europäern, sondern gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Afrika, Asien, Ozeanien oder Amerika initiiert, geplant und realisiert werden. Auf dieser Grundlage kann ein neues Miteinander entstehen, bei dem Augenhöhe eine Selbstverständlichkeit ist. Ohne ein stärkeres Engagement der öffentlichen Hand ist das jedoch nicht zu leisten.

Es ist richtig, dass Kolonialgeschichte immer eine Geschichte von ungleicher Macht, Repression und Rassismus ist. So wie jede Geschichte ihre zwei Seiten hat, wird der Besucher bei der Präsentation der bronzenen Reliefplatten aus Benin künftig auf der Vorderseite die kunstvollen Darstellungen dieser Stücke bewundern können, während ihn die Rückseiten mit der Erwerbungs-geschichte konfrontieren: Interviews, Filme und Fotos thematisieren dort Ursache und Folgen der Kolonialisierung mit den Stimmen der Opfer; auch das ist *Shared Heritage*. Deshalb ist die Befürchtung abwegig, eine Ausstellung mit in dieser Zeit entstandenen Sammlungen im Humboldt Forum würde unweigerlich noch im 21. Jahrhundert koloniale Präsentationsmuster im Sinne einer Zurschaustellung exotischer Kuriositäten auf Kosten der Ursprungskulturen reproduzieren und perpetuieren.

KUNSTWERKE GEMEINSAM ENTSCHLÜSSELN

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir ohne das Humboldt Forum im wieder aufgebauten Berliner Schloss die Debatte über den deutschen Kolonialismus und seine Folgen heute anders führen würden. Deutschland hat viele völkerkundliche Sammlungen und wunderbare Museen, aber kein Haus, das Europa und Globalisierung, Menschheitsgeschichte in ihrer ganzen historischen Tiefe und aktuelle Debatten der Gegenwart zugleich zum Thema haben wird. Im Sinne von *Shared Heritage* müssen wir die Objekte und Kunstwerke gemeinsam entschlüsseln und ihnen ihre Geschichten entlocken. Nur dann können sie neues Wissen über die Welt vermitteln und alte und falsche Denkmuster aufbrechen. Nur so lassen sich den Menschen Toleranz und Respekt gegenüber anderen Kulturen vermitteln. Und das ist die heute vielleicht wichtigste Mission des Humboldt Forums im neuen Berliner Schloss.

Tamarinde und Weltläufigkeit

Mogadischu und die Vernichtung des kosmopolitischen Geistes

NURUDDIN FARAH

Geboren 1945 in Baidoa (Somalia), gilt als einer der bedeutendsten afrikanischen Schriftsteller der Gegenwart.

In Somalia trifft man häufig in der Nähe der Gerichtsgebäude auf kleine Gruppen herumlungender Männer. Einige der Männer, die sich an den Eingängen herumdrücken, wollen Ihnen vielleicht mit Ihren Briefen helfen, weil

Sie Analphabet sind; andere suchen für Sie kurzfristig nach einem Anwalt. Die meisten jedoch sind da, um falsch Zeugnis abzulegen. Gut angezogen, aber so, dass es nicht auffällt, warten sie so geduldig wie Geier, die auf dem First eines Daches in der Nähe eines Schlachthofs hocken. An ihnen allen ist ein Schauspieler verloren gegangen, und so unterhalten sie sich mit humorigen Anekdoten von Klienten in Not, denen sie gegen ein Honorar geholfen

haben. So aufgeweckt sind diese Profis, dass sie beim Anblick eines leichtgläubigen Mannes oder einer Frau mit einem Problem sofort aktiv werden. Ihre Dienste haben ihren Preis – in bar. Ihre Fähigkeit, die Notlage eines Menschen zu erkennen, sobald er oder sie in Sicht kommt, ist ein sehr nützlicher Vorteil. Genau genommen ist alles Teil einer Aufführung: Die Richter wissen, wer falsches Zeugnis ablegt, genauso wie die Geschworenen und sogar die Öffentlichkeit. In der Gegend von Somalia, aus der ich komme, sprechen wir von „Carais Ciise“, wenn wir andeuten wollen, dass dieser oder jener falsch Zeugnis ablegt oder wissentlich lügt und daraus Nutzen zieht.

Ich kenne viele Zeugen dieser Art; auch einige bekannte Schriftsteller gehören dazu. Da sie sich der Wahrheit nicht verpflichtet fühlen und über keine tiefen Kenntnisse der Bereiche verfügen, über die sie schreiben, fallen diese falschen Zeugen unverzüglich auf, besonders den Ortsansässigen. Das gilt aber nicht für viele ihrer Leser, und schon gar nicht für die, die nicht mit den entlegenen Gebieten vertraut sind, über die diese falschen Zeugen schreiben. Ich werde diese Schriftsteller nicht beim Namen nennen – das wäre kein gutes Benehmen. Stattdessen würde ich gern ein anderes Zeugnis ablegen in einer Zeit, in der der Gedanke der Wahrheit von einer ganzen Gruppe von Fachleuten auf unvorstellbare Weise missbraucht und beeinträchtigt wird. Ich beziehe mich hier auf Kommentare und Berichte von Journalisten, Schriftstellern und politischen Analysten, die uns zu Somalia fehlgeleitete Informationen anbieten, obwohl sie es besser wissen sollten. Damit will ich sagen, dass vieles von dem, was zu dem Bürgerkrieg in Somalia gesagt wird, sich auf eine falsche Prämisse gründet, auf ein Klischee, einen einfachen Aufhänger für eine fehlgeleitete Theorie.

„TIMIR“ UND „HIND“, DATTELN UND INDIEN

Wieder und wieder wird uns gesagt, dass der Bürgerkrieg in Somalia auf einen uralten Konflikt zwischen Clans zurückzuführen ist, der erst vor Kurzem aus dem Ruder lief. Viele Kommentatoren betrachten den Clan als das Wichtigste überhaupt, denn er hetzt eine Familie oder eine Gruppe blutsverwandter Familien gegen andere Familien, die nicht blutsverwandt sind. Diese Ansicht vertreten auch zahlreiche Somalis, die es besser wissen müssten, aber nicht wirklich wissen – meiner Ansicht nach aufgrund einer Art intellektuellen Trägheit. Von allen Wahrzeichen von Mogadischu erinnere ich mich am besten an den Tamarindenmarkt. Wie so oft gibt es viele falsche Bezeichnungen auch in dieser Stadt mit ihren weit zurückreichenden mündlichen Überlieferungen, einer Stadt, deren Erinnerung weit komplexer ist als das Leben der Menschen, die sie heute bewohnen. Selbst wenn man alles versucht, die Dinge bis zu ihrem Ursprung zurückzuverfolgen, wird man doch feststellen,

dass niemand auch nur die geringste Vorstellung davon hat, warum ein Markt, der nicht unserer Vorstellung von einem afrikanischen Markt entspricht, „Tamarindenmarkt“ genannt wurde.

Getrieben von Ihrer besessenen Suche nach einer ewig schemenhaften Erklärung, werden Sie auch auf andere falsche Bezeichnungen stoßen. Vielleicht überrascht es Sie, wenn Sie hören, dass der Begriff „Tamarinde“ an sich eine falsche Bezeichnung ist. Er besteht aus zwei arabischen Wörtern, *timir* und *Hind* – Datteln und Indien. Was haben aber Datteln und Tamarinde gemeinsam? Bevor Sie diese Frage beantworten, lassen Sie mich – wenn ich abschweifen darf – eine weitere stellen, auch wenn das indiskret erscheinen mag. Wissen Sie, was Tamarinde wirklich ist? Haben Sie sie schon gesehen, gegessen, geschmeckt? Oder ist sie Ihnen nur vage bekannt, so, wie ein Kind in den Tropen den Schnee kennt, weil es ihn im Fernsehen gesehen hat oder über ihn in einem Märchen gelesen hat? Mit anderen Worten: Haben Sie sich gefragt, warum die Araber, die mit Datteln vertraut waren und sie in Massen anbauten, den Namen „Datteln von Indien“ der Frucht gegeben haben, die wir heute als „Tamarinde“ kennen? Vielleicht vergleichen wir ja hier ganz prosaisch zwei ungleiche Objekte miteinander: eines, das den Namensgebern bekannt ist, und ein anderes, unbekanntes? Vielleicht sollten wir es einfach dabei belassen? Genauso gut könnten wir annehmen, dass die klebrige Masse, die die Araber „Datteln aus Indien“ nannten, den Indern als Tamarinde bekannt ist. Doch das ist leider anscheinend nicht der Fall!

STOLZ AUF MOGADISCHU

Wie dem auch sei, ich kann mich gut an die Begeisterung der 1970er-Jahre erinnern, die alle Somalis freudig feierten. In dieser längst vergangenen Zeit haben wir uns für vieles begeistert. Wir waren begeistert von der politischen Selbstständigkeit, die damals gerade ein Jahrzehnt alt war. Begeistert waren wir auch von unserem jeweiligen kulturellen und sprachlichen Erbe sowie von der beneidenswerten Tatsache, dass unser Land das einzige auf dem afrikanischen Kontinent war, dessen große Bevölkerung nur eine Sprache sprach, nämlich Somali. Und viele von uns hätten einen weiteren wichtigen Punkt erwähnt, auf den wir sehr stolz waren: Wir wussten, dass die Stadt, in der wir lebten, Mogadischu, nicht nur eine der hübschesten und farbigsten auf der Welt war, sondern auch die älteste in Afrika südlich der Sahara und älter als viele hochgeschätzte mittelalterliche Städte in Europa. Eines der am besten gehüteten Geheimnisse Mogadischus war das vor Ort als Tamarindenmarkt bekannte Einkaufszentrum. Es brummte Tag und Nacht, und die engen Gassen waren voller Kauflustiger. Ganze Familien strömten in die Gassen und Plätze, wobei einige nach Kleidern suchten, während andere kaufen wollten, was sie an goldenen oder silbernen Halsketten finden konnten, die häufig auf

Bestellung angefertigt wurden. Viele Geschichten erzählten von Käufern, die manchmal sogar vom Arabischen Golf herkamen, um Geschäfte abzuschließen, weil sie sehr wohl wussten, dass sie für dieselben Artikel zu Hause in den Emiraten oder in Saudi-Arabien viel mehr hätten bezahlen müssen. Damals wäre keine Braut bereit gewesen, sich ohne eine Sammlung nach Wunsch angefertigter Gold- oder Silberschmuckstücke von einem der dortigen Handwerker zu verheiraten. Für Maßgeschneidertes ging man hinter den Markt, wo Hemden, Kleider, Hosen, Mützen, Jacketts oder ein Paar Lederstiefel angepasst wurden, alles zu günstigen Preisen. Die Geschichte von Mogadischu, wie die Stadt entstand und was aus ihr wurde, nachdem sie zum Ende des Bürgerkriegs in Flammen aufging, sind für mich mit der Geschichte und dem Schicksal der kleinen kosmopolitischen Gemeinde verknüpft, die den Tamarindenmarkt betrieb.

BRANDSCHATZUNG UND HEMMUNGSLOSE PLÜNDERUNG

Diese kleine Gemeinde geht bis auf das 10. Jahrhundert zurück, als Mogadischu noch ein Stadtstaat war, dessen vernachlässigbar kleine Verwaltung nur dem Nutzen der bürgerlichen Elite diente, von der viele Vertreter aus dem Ausland stammten: Iran, Indien und Arabien. Mit dem wachsenden Zuzug von Fremden aus dem Ausland nahm die Stadt einen unverwechselbar kosmopolitischen Charakter an. Es war eine offene Stadt ohne Mauern, in die jeder kommen konnte, vorausgesetzt, er lebte mit denen, die bereits dort wohnten, in Frieden und Harmonie zusammen. Sie war so klein wie damals viele andere Städte anderswo auf der Welt und umfasste wahrscheinlich nicht mehr als vier Quadratkilometer. Und sie war wohlhabend dank ihrer Bürger, von denen viele Handwerker waren, die ursprünglich aus dem Nahen Osten oder dem indischen Subkontinent stammten. Parallel zu der offenen Stadt gab es innerhalb von ein paar Kilometern in allen Richtungen eine ländliche Gemeinschaft, die gänzlich aus Somalis bestand, die praktisch an der Peripherie der Städte und ihrer kosmopolitischen Lebensart existierten. Der Verkehr floss hauptsächlich in eine Richtung: Die Zahl der Landbewohner, die in die Stadt zogen, um die dortige Bildungsinfrastruktur zu nutzen, war zunächst gering, wuchs aber später. In jeder anderen Hinsicht existierten die städtischen und die ländlichen Gemeinschaften getrennt voneinander, es sei denn, der eine verkaufte dem anderen etwas. Jedoch betrachteten sie einander stets mit Misstrauen. Das Hirtenvolk der Somalis, von Natur aus urbophob veranlagt, betrachtete die Stadt als etwas Fremdes und Parasitäres, und weil sie einen nicht genau definierten Platz in ihren Herzen und Köpfen einnahm, wurde es ihr gegenüber immer feindseliger, bis es schließlich ihre Zerstörung wollte. Die Brandschatzung der Stadt 1991, als der Tamarindenmarkt hemmungslos

geplündert wurde, war nicht das erste Mal, dass die Stadt von einer Gruppe Hirten unter dem Kommando von in der Stadt ansässigen Hitzköpfen verwüstet wurde, die sie von „fremden“ Elementen befreien wollten. Laut mündlichen Überlieferungen geschah dasselbe bereits zwischen 1530 und 1580 – vor mehr als vierhundert Jahren. Die Art, wie die Stadt im 16. Jahrhundert verwüstet wurde, ähnelt auf verstörende Weise der Plünderung von 1991; in beiden Fällen wurde sie von entrechteten Hirten heimgesucht, die von Städtern geführt wurden und alte Ungerechtigkeiten ins Feld führten, die zu gerechtfertigten Beschwerden umfunktioniert worden waren.

Rückblickend würde ich sagen, dass die jüngste Plünderung sehr viel mit der italienischen Kolonisierung zu tun hatte, die zu massiven Änderungen der städtischen Demografie führte. Schließlich war es Italien, das viele Somalis für seinen kolonialen Expansionskrieg in Äthiopien rekrutierte. Dass viele derjenigen, die für die Polizei und die Streitkräfte angeworben wurden, aus somalischen Regionen außerhalb der in Stadtnähe lebenden Gemeinschaften stammten, störte auf perverse Art das demografische Gleichgewicht. Nach dem Ersten Weltkrieg vergrößerte der Zustrom neuer Migranten die Zahl derer, die bereits ortsansässig waren, und die derer, die ich als „semi-pastoral“ bezeichnen würde, weil sie mit einem Bein im ländlichen und mit dem anderen im städtischen Bereich standen. Diese stellten die meisten Neuankömmlinge. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit waren weitere Hirten bereit, in die Städte und schließlich in die einzige Großstadt im Lande zu ziehen, nämlich nach Mogadischu.

PRÄSENTER TYRANN

Die Wanderung in die Stadt weg von saisonalen Dürren und Missernten bedeutete auch riesige demografische Umwälzungen und damit für Somalia eine der höchsten urbanen Migrationsraten in Afrika. In den späten 1970er-Jahren führte nach einem weiteren Krieg zwischen Somalia und Äthiopien wegen des Ogadens eine riesige Zahl von Flüchtlingen zusätzlich zu einer gewaltigen internen Migration aus wirtschaftlich darniederliegenden Gebieten zu einer alarmierenden Beschleunigung des städtischen Wachstums. Damals war Somalia bereits ein Staat mit einer Stadt, die von einem Tyrannen beherrscht wurde – Siyad Barre. Ende der 1980er-Jahre kam es dazu, dass die Stadt sich langsam selbst vernichtete, weil sie nicht länger über die Annehmlichkeiten verfügte, die man normalerweise mit einer Stadt in Verbindung bringt. Trotzdem fühlten sich alle zu ihr hingezogen: um Arbeit zu finden, um dort zu sein, wo etwas los war, wo die Industrie war, wo die einzige Universität war, und wo man einen Augenarzt oder einen Herzspezialisten konsultieren konnte. Die Macht war in der Person des Tyrannen konzentriert, und er war auch präsent. Laut mündlicher Überlieferung schlugen enge

Berater 1989 dem „Bürgermeister von Mogadischu“ – der Name, unter dem der Tyrann damals bekannt war – kurz vor dem Einmarsch der bewaffneten Milizen vor, die Stadt zu verlassen. Die Arroganz, mit der er den Vorschlag ablehnte, erscheint heute hellseherisch, denn er soll geantwortet haben, er werde das ganze Land mit sich in den Ruin nehmen, wenn irgendjemand versuchen sollte, ihn aus der Stadt zu vertreiben.

FASZINIERENDE GESCHICHTE EINER STADT

Über Mogadischu wissen wir nur sehr wenig mit absoluter Sicherheit. Eine Stadt mit mehreren Namen, einige uralt und örtlichen Ursprungs, andere jahrhundertealt und ausländischer Abstammung. Die Stadt beansprucht eine Vielzahl von Erinnerungen und Quellen, teils nicht afrikanisch, teils afrikanisch. Jedoch weiß niemand, wann oder von wem der Name „Mogadischu“ zuerst verwendet wurde. Besteht er aus den zwei Somali-Wörtern *maqal* und *disho* – „der Ort, wo Schafe geschlachtet werden“ –, die darauf hindeuten, dass es sich um einen Schlachthof gehandelt hat? Oder ist die Etymologie nicht indigen und aus dem Arabischen abgeleitet, das einstmals die *Lingua franca* des Stadtstaates war? Mit anderen Worten: Handelt es sich um ein Kompositum, nämlich *maqad ul Shah*, das heißt „Hauptquartier des Schah“? Bezeichnet ihr örtlicher Name *Xamar* eine auf „rotem Sand“ gebaute Stadt? Oder bezieht sich die rote Färbung, die das Wort *Xamar* impliziert, ein Volk von rötlicher Farbe? Ich persönlich finde es faszinierend, dass es zur Geschichte der Stadt so viele Argumente und Gegenargumente, Behauptungen und Gegenbehauptungen gibt, dass wir sie nicht einfach links liegen lassen oder für bare Münze nehmen können.

Wenn es jedoch etwas gibt, dessen wir absolut sicher sein können, dann ist es die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen den Stadtmenschen und den Viehzüchtern gereizt waren, egal, ob es um das 16. Jahrhundert geht oder um die Brandschatzung von 1991. In beiden Fällen wurde etwas, für dessen Aufbau die kosmopolitischen Gemeinschaften mehrere Jahrhunderte benötigt hatten, in sehr kurzer Zeit durch Horden von Viehzüchtern und Stadtrandbewohnern zerstört, die der kulturellen Melange der Stadt gleichermaßen feindselig gegenüberstanden. Die Plünderung von 1991 richtete mehr Schaden an, weil Mogadischu bis dahin zum Faktotum der Nation geworden war und alle verfügbaren Ressourcen in die Stadt gepumpt wurden. Sie ähnelte aber auch in vieler Hinsicht ihrem Vorläufer aus dem 16. Jahrhundert, denn auch hier handelte es sich um einen Stadtstaat, der von der ihn umgebenden kargen Kulturlandschaft getrennt war, eine kosmopolitische Stadt mit einer vernachlässigbaren Verwaltung. Für die meisten Somalis lag die Macht der Stadt in den Händen von Menschen, die ihnen fremd waren, „Ausländer“ gewissermaßen und elitär obendrein.

Vielleicht war das, was die Kriegsherren und ihre Freischärler in Somalia zerstören konnten, nicht die Infrastruktur der Stadt, die recht unbedeutend war, oder ihre Grundmauern, die kaum erhaltenswert waren. In Wirklichkeit vernichteten sie den Geist eines Ortes wie der Tamarindenmarkt, ermordeten die Menschen, die ihn betrieben, und vertrieben die, die ihn besuchten, kurz: Sie vernichteten das Konzept der Weltläufigkeit. Bei meinem letzten Besuch in Mogadischu fehlten mir die Worte, das zu beschreiben, was ich anstelle des Tamarindenmarkts sah: ein Schlachtfeld. Für mich gab es einen Anlass zu trauern: den Mord an dem kosmopolitischen Geist des Marktes.

An seiner Statt war ein neuer Markt eingerichtet worden, um die Bedürfnisse einer Stadt zu befriedigen, die mittlerweile kaum noch Kosmopoliten beherbergte: der Bakhaaraha-Markt. Auf diesem „Markt der Silos“ herrschen die Kräfte des Marktes, und „der Clan“ steht über allem. Die Tragödie einer Nation hat dann ihren Höhepunkt erreicht, wenn diejenigen, die sie geplündert und damit ihre Lebensart zerstört haben, aus dem Mord einen Gewinn schlagen können. Ein militaristischer Kapitalismus erlangt die Oberhand, und der Gedanke der Weltläufigkeit ist tot und begraben. Die Zerstörung des Tamarindenmarkts ist dann ein schlechtes Vorzeichen, wenn man wie ich der metaphorischen Wahrheit der Vorstellung von der Tamarinde anhängt: ein immergrüner Baum aus der Familie der Erbsengewächse, der in Zentralafrika zu Hause ist. Die Samen der essbaren Frucht sind in das Fruchtfleisch der Tamarinde eingebettet, das weich, braun oder rötlich schwarz ist und gleichermaßen als Nahrungsmittel und als Medizin verwendet wird. Nicht so der Bakhaaraha-Markt. Für mich bedeutet ein Silo etwas, das stolz ist auf seine Eigenständigkeit, intolerant, parasitär und unproduktiv.

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag des Autors auf einem Symposium anlässlich des 100. Jahrestages der Verleihung der ersten Nobelpreise im Dezember 2001 in Stockholm. Die Rede wurde erstmals 2003 in dem Band „Witness Literature, Proceedings of the Nobel Centennial Symposium“, herausgegeben von Horace Engdahl, veröffentlicht.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

Enttäuschte Erwartungen?

Afrika drei Jahrzehnte nach Ende des Ost-West-Konflikts

STEFAN MAIR

Geboren 1959 in München, 1997 bis 2002 Leiter der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika, 2002 bis 2010 Mitglied der Institutsleitung, Stiftung Wissenschaft und Politik; seit 2010 Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Berlin.

Anfang der 1990er-Jahre war Afrika den Medien stets nur eine Randnotiz wert. Das Augenmerk war auf die Umbrüche in Osteuropa und den Zusammenbruch des Sowjetsystems gerichtet. Simbabwe galt als „Africa for beginners“ beziehungsweise als Insel der Seligen in einer Region, die vom Apartheidssystem in Südafrika und von den Bürgerkriegen in Angola und Mosambik geprägt war und wo in Zaire (so hieß die heutige Demokratische

Republik [DR] Kongo damals), Malawi und Sambia mehr oder weniger korrupte und autoritäre Führer herrschten. Allerdings erfasste im Laufe des Jahres 1990 die Demokratisierungswelle auch Afrika: Im Dezember 1990 war Benin der erste Einparteiensstaat des Kontinents, der erst eine Mehrparteienvfassung einführt und dann entsprechende Wahlen abhielt. Sambia folgte

im August 1991. Beide Fälle wirkten wie ein Dambruch auf die meisten autoritären Staaten Afrikas. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre fanden eine beeindruckende Serie von Mehrparteienwahlen und in einigen Fällen sogar Machtwechsel statt.

Das Ende der Geschichte schien also auch vor Afrika nicht haltzumachen. Nicht nur das Vorbild der Umbrüche in Osteuropa bewirkte diesen Wandel. Zu dürftig war die Entwicklungsbilanz afrikanischer autoritärer Systeme, zu groß der Druck auf wirtschaftliche Reformen seitens der internationalen Finanzinstitutionen und zu gering die Bereitschaft westlicher Geberländer, ohne den Konkurrenzdruck des Ost-West-Konflikts das politische Überleben korrupter und unfähiger Autokraten zu sichern, als dass diese sich an der Macht hätten halten können. Das Ende des Kalten Krieges erleichterte auch das Ende des südafrikanischen Apartheidsystems. Die Hoffnung war groß, dass die neu erstandene Regenbogennation zur wirtschaftlichen Lokomotive Afrikas werden könne. Schnell wurde jedoch offensichtlich, dass der formale politische Systemwechsel keinesfalls gleichbedeutend mit einem Wechsel der Funktionsweise der Politik war. Klientelistische Machtbeziehungen wurden in die neuen Systeme überführt. In manchen Staaten Afrikas glichen Wahlen einer ethnischen Volkszählung. Dort, wo eine Ethnie die absolute Mehrheit der Bevölkerung stellte oder ethnische Allianzen stabil waren, war die Aussicht auf einen Machtwechsel durch Wahlen gering. Dort, wo Machtwechsel stattfanden, sprachen Beobachter zum Teil vom „Elitenrecycling“. Zudem war auch die Fähigkeit der neuen Machthaber begrenzt, eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten und den Herausforderungen einer schnell wachsenden Bevölkerung, eines niedrigen Bildungsstands, eines dysfunktionalen Gesundheitswesens und einer maroden Infrastruktur Herr zu werden.

„DER ERSTE AFRIKANISCHE WELTKRIEG“

Zudem bot das Lüften des autoritären Deckels nicht nur zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Opposition neuen Freiraum, sondern ließ auch ethnische oder Clangengensätze offen zutage treten. Anfang der 1990er-Jahre schien es noch so, dass ein Ende der jahrzehntelangen, vom Ost-West-Konflikt überwölbten Bürgerkriege in Äthiopien, Mosambik und Angola eine Periode des Friedens in Afrika einleiten würde. Das Aufbrechen eines neuen Bürgerkriegs in Somalia galt einigen als vorübergehender Modernisierungskonflikt, andere sahen in ihm einen dem allgemeinen Trend zuwiderlaufenden Einzelfall, dem man durch ein breit getragenes Engagement internationaler Blauhelme schnell begegnen könne. In Wirklichkeit war es ein Menetekel für das, was in den nächsten Jahren folgen sollte. Der Genozid in Ruanda 1994 mit etwa 800.000 Toten war der Auftakt einer langen Phase von Konflikten an

den Großen Seen, der sich angesichts der großen Zahl der am Krieg beteiligten Staaten zu Recht den Titel des ersten afrikanischen Weltkrieges verdiente. Er brachte 1997 den Sturz eines der korruptesten afrikanischen Staatsführer, Mobutu Sese Seko, aber auch Hunderttausenden, wenn nicht gar Millionen von Opfern direkt oder indirekt den Tod. Der andere grenzüberschreitende Großkonflikt Ende der 1990er-Jahre fand in den Anrainerstaaten des Golfs von Guinea statt. Forciert durch den libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi, bekriegten sich vor allem in Liberia und Sierra Leone politische Rivalen, ethnische Machthaber und organisierte Kriminelle. In beiden Fällen, im Konflikt an den Großen Seen und in dem am Golf von Guinea, etablierten sich Kriegsökonomien, die ihren Reichtum aus der Ausbeutung von Gold, Diamanten, Coltan und anderen wertvollen Rohstoffen schöpften.

STAATSVERSAGEN UND AFRIKANISCHE RENAISSANCE

Nachdem die internationale Gemeinschaft aus den Erfahrungen in Somalia die falsche Lehre gezogen hatte, sich in afrikanische Bürgerkriege nicht einzumischen, und die ruandischen Tutsi dafür einen hohen Preis zahlen mussten, setzte sich zum Jahrtausendwechsel die Erkenntnis durch, dass diese Großkonflikte ohne den Einsatz groß angelegter Friedensmissionen mit robustem Mandat ganz Afrika in den Abgrund stürzen würden. Vor allem dem Einsatz der Vereinten Nationen (VN) und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (*Economic Community of West African States*, ECOWAS) ist es zu verdanken, dass der Konflikt am Golf von Guinea beigelegt und der an den Großen Seen deutlich deeskaliert werden konnte. Viele Hunderttausend Tote konnten in diesen Regionen dadurch vermieden werden – ein leider viel zu häufig vernachlässigter Fakt in der kritischen Bilanz internationaler Friedensmissionen. Allerdings wurde die Hoffnung enttäuscht, ein Ende der gewaltsamen Konflikte könnte der Auftakt zu Wiederaufbau und Entwicklung sein. Stattdessen fielen die DR Kongo und Guinea in die Kategorie der *failing states*, die durch Somalia definiert worden war und in der gut und gern ein Viertel der Staaten Subsahara-Afrikas Platz finden würde – mit oder ohne Bürgerkrieg. Ein Fanal dieses Staatsversagens ist das periodische Wiederaufflammen der Ebola-Pandemie in Zentral- und Westafrika.

Mit dem Ende beziehungsweise dem Abflauen beider afrikanischer Großkonflikte schwand auch das Interesse der internationalen Gemeinschaft wieder. Der südafrikanische Staatschef Thabo Mbeki versuchte, dem entgegenzuwirken, indem er zu Beginn des neuen Jahrtausends die sogenannte afrikanische Renaissance propagierte, dafür um die Unterstützung der G7 warb und versuchte, seine afrikanischen Amtskollegen zu motivieren, sich einem sogenannten *African Peer Review Mechanism* (APRM) zu unterwerfen.

Der Impetus dieser Renaissancebewegung verpuffte allerdings mehr und mehr, als sich die Geber weigerten, die Ergebnisse des *Peer Review* als Determinanten ihrer Entwicklungshilfeszahlungen zu akzeptieren, sich autoritäre Führer wie Gaddafi und der algerische Abd al-Aziz Bouteflika als Protagonisten der Renaissance gerierten und die reformierte Afrikanische Union Anstrengungen unternahm, den Prozess unter Kontrolle zu bekommen. Den Todesstoß versetzte dem APRM der Erfinder selbst, als die südafrikanische Regierung den *Peer Review* über das eigene Land ablehnte, weil dort zu kritisch über fremdenfeindliche Tendenzen in der Kaprepublik geurteilt wurde.

LETZTE FRONT DER GLOBALISIERUNG

Darüber hinaus erlosch das internationale Interesse an Afrika südlich der Sahara weitgehend beziehungsweise wurde fast völlig von der Aufmerksamkeit absorbiert, die sich nach dem 11. September 2001 auf den islamistischen Terrorismus richtete. Dessen Ausbreitung in Somalia, in Nord-Nigeria und den Sahel-Staaten waren die wenigen innerafrikanischen Entwicklungen von internationalem Nachrichtenwert – ergänzt um die Abspaltung des Südsudan, den Konflikt in der sudanesischen Darfur-Provinz und Ausbrüche von Ebola. Das Absinken der Aufmerksamkeit war nicht unbedingt zum Schaden Afrikas, da einige Regierungen und Gesellschaften daraus den Schluss zogen, dass es an ihnen selbst sei, die Lebensbedingungen im eigenen Land zu verbessern. Länder wie Ghana, Ruanda und Kenia, aber auch Nigeria und Äthiopien erreichten durchaus eine Stabilisierung ihrer politischen Lage und beträchtliche wirtschaftliche Wachstumsraten. Befördert wurde das durch das Auftreten eines neuen machtvollen Akteurs: der Volksrepublik China. Nicht an politischer Transformation, sondern allein an wirtschaftlicher Nutzenmaximierung interessiert, investierten der chinesische Staat und chinesische Unternehmer massiv in politische Beziehungen und in die Infrastruktur afrikanischer Länder. Als Gegenleistung erhielten sie exklusive Lizenzen zur Ausbeutung strategisch bedeutsamer Rohstoffe und Marktzugang für chinesische Produkte. Der Erfolg chinesischer Unternehmen in Afrika warf zu Beginn der 2010er-Jahre verstärkt die Frage auf, warum denn europäischen Unternehmen nicht das Gleiche gelänge beziehungsweise warum sie so wenig Marktchancen in Afrika nutzen würden. Die Einschätzung schien sich immer mehr Bahn zu brechen, dass Afrika der letzten Front der Globalisierung gleiche, wo Marktanteile noch nicht weitgehend verteilt seien und wo ein nach wie vor hohes Bevölkerungswachstum und ein hoher Anteil der Unter-Fünfzehn-Jährigen eine beträchtliche demografische Dividende versprächen.

Diese sich herausbildende Weltsicht wurde paradoxerweise durch die Flüchtlingskrise 2015 sowohl konterkariert als auch verstärkt. Zwar gab es schon zuvor furchtbare Flüchtlingsdramen untergehender Schlauchboote

im Mittelmeer, aber erst der massive Flüchtlingszustrom vorwiegend aus dem Nahen Osten nach Europa ließ das Bewusstsein wachsen, dass unsichere Lebensverhältnisse und das Wohlstandsgefälle zwischen Europa und Afrika Migrationsbewegungen auslösen könnten, die die Zahlen von 2015 bei Weitem übertreffen und europäische Gesellschaften massiv überfordern würden. Die Schlussfolgerung vor allem deutscher Politik war, dass man diesen Zustrom nur zurückführen könne, wenn sich die Lebensbedingungen für afrikanische Bevölkerungen wesentlich verbessern würden, was wiederum die Schaffung von Arbeitsplätzen erforderte. Dies sei nicht nur Erfordernis – und hier das Paradoxon –, sondern auch Gelegenheit, da eben gerade die deutsche Wirtschaft Marktchancen in Afrika verpasse. Entwicklung durch privatwirtschaftliches Engagement auch durch deutsche Unternehmen war ein Kernelement des Marshallplans mit Afrika, den das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2017 vorlegte, und des *Compact with Africa*, den das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zusammen mit dem Bundeskanzleramt im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft im gleichen Jahr entwickelte.

Der Grundgedanke hatte große Attraktivität: Wir schaffen Arbeitsplätze in Afrika, damit sich Afrikaner nicht auf den gefährvollen und häufig tödlichen Weg durch die Sahara und das Mittelmeer machen müssten und zugleich europäischen Gesellschaften übergroßer Migrationsdruck erspart bliebe. Doch standen hinter dieser Annahme falsche Erwartungen: aufseiten des BMZ und des BMF, dass die Vereinbarung von Reformpartnerschaften ausreiche, um deutsche Unternehmen zu Investitionen in afrikanischen Ländern zu motivieren; und aufseiten der Regierungen der afrikanischen Partnerländer, dass die Bundesregierung deutsche Unternehmen anweisen könne, in ihren Ländern zu investieren. Tatsächlich sind es jedoch nicht ehrgeizige Regierungspläne, die Investitionsentscheidungen bestimmen, sondern Marktgröße und Marktchancen, Rechtssicherheit, geringe Korruption und funktionierende staatliche Institutionen, der Ausbildungsstand der Arbeitskräfte und der Zustand von Straßen, Schienen, Häfen, Energie- und Wasserversorgung. Zurzeit bieten nur wenige afrikanische Staaten auf diesen Feldern günstige Voraussetzungen. Sich auf sie zu konzentrieren und sie als Naben für regionale Ausstrahlungseffekte zu nutzen, scheint ein überzeugenderer Weg denn das Setzen auf Reformpartner zu sein, deren Hauptqualifikation darin besteht, rechtzeitig politisches Interesse bekundet zu haben. Simbabwe gehört leider zu keiner dieser beiden Kategorien. Stattdessen richten die Nachfolger des ehemals greisen, 2019 verstorbenen Diktators Robert Mugabe das Land weiterhin zugrunde. Hoffnung macht jedoch, dass einige afrikanische Länder, die Anfang der 1990er-Jahre im Entwicklungsstand weit hinter Simbabwe rangierten, mittlerweile gute Aussichten bieten, in der nächsten Dekade einen großen Sprung nach vorn zu machen.

Flucht als Ausweg

—
Die Lage Nigerias

Nigeria ist mit etwa 200 Millionen Einwohnern nicht nur das bevölkerungsreichste Land Afrikas, sondern auch seit einigen Jahren die größte Volkswirtschaft des Kontinents. Das Land ist reich an Öl-, Gas- und weiteren natürlichen Vorkommen. Allein der Erdölexport spült jedes Jahr Milliarden US-Dollar ins Land. Nigeria ist der weltweit größte Produzent von Maniok, noch vor Thailand. Das Land verfügt über eine große Kakaoindustrie. Trotzdem verlassen jedes Jahr Tausende Menschen das Land und machen sich auf den Weg nach Europa, um dort Asyl zu beantragen. 2018 verzeichneten die europäischen Statistiken für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) etwa 25.000 nigerianische Asylanträge und damit die meisten aus einem afrikanischen Land. In der Asylstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) belegt Nigeria seit Jahren einen Platz unter den Top-5-Herkunftsländern. 2019 stellten erneut mehr als 10.000 Nigerianer Asylanträge in Deutschland.

In den deutschen Medien ist Nigeria vor allem aufgrund des Konflikts mit der islamistischen Terrormiliz Boko Haram und deren Splittergruppe Islamischer Staat Westafrika-Provinz (ISWAP) präsent. Die Islamisten terrorisieren den Nordosten des Landes seit nunmehr zehn Jahren. Der Konflikt dürfte bereits mehr als 30.000 Todesopfer gefordert haben und vertrieb etwa zwei Millionen Menschen, die überwiegend als

Binnenflüchtlinge in Lagern leben. Auch über andere gewaltsame Konflikte wird in Deutschland berichtet, so zum Beispiel über die tödliche Auseinandersetzung um die Landnutzung in Zentralnigeria zwischen christlichen Bauern und muslimischen Viehhirten. Doch die teilweise prekäre Sicherheitslage des Landes ist nur selten ein Grund, warum die Menschen Nigeria in Richtung Europa verlassen. Im verarmten Norden des Landes können nur wenige das Geld für eine Flucht aufbringen.

Die bei Weitem größere Zahl von Nigerianern, die in Europa ankommen, stammt aus dem vergleichsweise friedlicheren und wohlhabenderen Süden des Landes. Diese Menschen sind irreguläre Migranten, die sich eine wirtschaftliche Perspektive in der EU erhoffen. Häufig sammeln Familien oder ganze Dörfer Geld, um ihnen die Reise zu ermöglichen. Dies geschieht in der Hoffnung, dass sie in der EU wirtschaftlich Fuß fassen und Geld an ihre Familien oder Gemeinschaften zurückschicken. Dabei haben diese Menschen eigentlich keine Chance auf ein Bleiberecht. In Deutschland werden jedes Jahr mehr als neunzig Prozent der nigerianischen Asylanträge abgelehnt. Gegenwärtig müssten etwa 12.000 Nigerianer Deutschland verlassen. Etwa 20.000 weitere warten auf die gerichtliche Entscheidung über eine Anerkennung als Flüchtlinge.

Dennoch ist zu erwarten, dass die Zahl der Menschen, die Nigeria in Richtung Europa verlassen, in den nächsten Jahren nicht sinken, sondern eher steigen wird. Das hat damit zu tun, dass Nigeria nur auf den ersten Blick ein Wirtschaftsriese ist. Das im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten hohe Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist insbesondere eine Folge der Bevölkerungsgröße. Das BIP pro Kopf hingegen liegt nur bei etwa 2.000 US-Dollar und damit deutlich unter dem von Südafrika, der zweitplatzierten Volkswirtschaft des Kontinents. Nigerias Wirtschaftskraft ist zurzeit eher mit der von Zimbabwe oder der Republik Kongo zu vergleichen.

Ein Grund dafür ist, dass Nigerias Wirtschaft in hohem Maße von der traditionell beschäftigungsarmen Ölindustrie abhängig ist. Rohölexporte machen etwa neunzig Prozent des nigerianischen Gesamtexports aus und finanzieren den staatlichen Haushalt mit bis zu siebzig Prozent. Damit ist das Land besonders anfällig für volatile Entwicklungen auf dem internationalen Rohstoffmarkt. Dies machte sich zuletzt 2014 negativ bemerkbar. Mit dem damaligen Ölpreisverfall ist Nigeria in eine schwere Wirtschaftskrise geraten, von der es sich nur schleppend erholt. Eine hohe Arbeitslosigkeit hat seitdem dazu beigetragen, dass die ohnehin große Armut im Land gestiegen ist. Laut *World Poverty Clock* fristen heute etwa 95 Millionen Nigerianer und damit etwa 48 Prozent der Gesamtbevölkerung ihr Dasein unterhalb der Armutsgrenze. 2018 überholte Nigeria sogar Indien als das Land, in dem weltweit die meisten Menschen in extremer Armut leben.

Nigeria verzeichnet darüber hinaus ein rasantes Bevölkerungswachstum. Die Geburtenrate liegt bei etwa 5,5 Kindern pro Frau. Die Bevölkerung wächst jedes Jahr um rund zwei Prozent und damit gegenwärtig um fünf Millionen Menschen. Die Vereinten Nationen (*United Nations*, UN) schätzen, dass Nigeria 2050 mit mehr als 400 Millionen Einwohnern nach Indien und China und noch vor den USA die drittgrößte Bevölkerung der Welt ernähren muss. Experten sind sich einig, dass nur ein zweistelliges Wirtschaftswachstum diese Entwicklung auffangen kann. Von einer solchen Wachstumsrate ist Nigeria mit gegenwärtig etwa zwei Prozent jedoch weit entfernt. Das rasante Bevölkerungswachstum bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum verschärft somit die Armut im Land.

Das Thema „Migration nach Europa“ spielt auf der Agenda der politischen Entscheidungsträger keine entscheidende Rolle. Denn das Land steht vor anderen immensen Herausforderungen. In den nächsten Jahren gilt es nicht nur, die Sicherheitsprobleme im Norden Nigerias zu bewältigen und die Wirtschaft anzukurbeln. Die Kriminalität, auch die organisierte, breitet sich im gesamten Land aus. Sechzig Prozent der Bevölkerung sind nicht an das ohnehin häufig kollabierende Stromnetz angeschlossen. Die bereits marode Straßeninfrastruktur verfällt zunehmend. Laut Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF steht Nigeria mit 13,5 Millionen Kindern, die keine Schule besuchen, weltweit am Ende der Statistik. Außerdem schätzt die Weltgesundheitsorganisation auf Grundlage von Daten aus 2015, dass jährlich etwa 58.000 Frauen bei Geburten sterben. Verantwortlich für den gegenwärtigen Zustand des Landes ist zu großen Teilen die Korruption unter den politischen Eliten, die der Entwicklung des Landes seit Jahrzehnten Milliarden US-Dollar illegal entziehen.

Im gegenwärtigen Umfeld bleibt vielen Menschen nur der Versuch, den gefährlichen Weg nach Europa auf sich zu nehmen, und es hat sich längst eine illegale Industrie im Süden des Landes und vor allem in den Bundesstaaten Edo und Delta etabliert, die gegen viel Geld die illegale Migration ermöglicht. Im kinderreichen Nigeria trifft es oft junge Frauen, die von ihren Familien sogar in die Sklaverei verkauft werden. Sie müssen dann, einmal in Europa angekommen, als Prostituierte auf den Straßen von Rom, Paris oder Berlin arbeiten. Ob die Informationsveranstaltungen der nigerianischen Regierung und der europäischen Organisationen, mit denen die Menschen im Süden für die Gefahren entlang der Flüchtlingsrouten und für die geringe Chance auf ein Bleiberecht sensibilisiert werden sollen, eine baldige Trendwende einleiten, bleibt mit Blick auf die schwierige Lage im Land fraglich.

Vladimir Kreck

Auslandsbüro Nigeria der Konrad-Adenauer-Stiftung

Kein Königsweg

Sechs Jahrzehnte deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Subsahara-Afrika

PETER MOLT

Geboren 1929 in Stuttgart, 1960 Leiter der Politischen Akademie Eichholz und gleichzeitig ab 1962 Leiter des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, ab 1966 Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes, später beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, zuletzt Beauftragter für die Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Ruanda sowie Lehrtätigkeit an der Universität Trier.

Bis zur Mitte der 1950er-Jahre prägten der Wiederaufbau der Wirtschaft, die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen, die Teilung des Landes und das Streben nach Sicherheit im Kalten Krieg die deutsche Politik. Die Bedeutung der Entkolonialisierung, eines der zentralen geschichtlichen Ereignisse des 20. Jahrhunderts, spielte für die Außenpolitik im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg kaum eine Rolle. Erst als dieser Prozess ab 1956 auch Afrika erfasste, wurde die Frage, wie sich die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch dazu verhalten sollte, aktuell. Allerdings hielten

Bundesregierung und Bundestag, aber auch die Presse in erster Linie die bisherigen Kolonialmächte für die wirtschaftliche Entwicklung der nach Unabhängigkeit strebenden Gebiete für zuständig. Mit Beiträgen zu den Organisationen der Vereinten Nationen, dem Europäischen Entwicklungsfonds und einem kleinen bilateralen Programm der technischen Hilfe glaubte die Bundesregierung einen ausreichenden Beitrag zu leisten.

Als in den letzten Amtsjahren von US-Präsident Dwight D. Eisenhower und den ersten von US-Präsident John F. Kennedy viele afrikanische Kolonien selbstständig wurden und die Sowjetunion politischen Einfluss zu erlangen suchte, verlangte die Regierung der Vereinigten Staaten eine namhafte Beteiligung der Bundesrepublik an der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der afrikanischen Staaten.¹ Angesichts der durch die Deutschlandpolitik der Sowjetunion auch in Europa angespannten Sicherheitslage beschloss die Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer eilig ein Finanzpaket, mit dem die Bundesrepublik Deutschland schlagartig zum viertgrößten Geberland für die Entwicklungsländer wurde.

Die Umsetzung der bereitgestellten Mittel in Entwicklungsprojekte erwies sich allerdings als schwieriger als zunächst gedacht, da die Bundesregierung nicht die amerikanischen Vorgaben annehmen, sondern ein eigenes Profil entwickeln wollte. Dafür fehlten zunächst Fachleute mit entsprechenden Erfahrungen. Auch entstand ein erbitterter Kampf um die Zuständigkeit zwischen dem neuen Entwicklungsministerium (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ), dem Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium. Es dauerte ein Jahrzehnt, bis der organisatorische Aufbau schließlich zum Abschluss gebracht werden konnte. Erst 1971 wurde das erste entwicklungspolitische Konzept der Bundesregierung beschlossen. 1972 erhielt das BMZ endlich auch die Kompetenz für die Kapitalhilfe. In der langen Aufbauzeit gewann das Entwicklungshilfeministerium jedoch in Subsahara-Afrika das erstrebte eigene Profil.

MIT DER GIESSKANNE?

Durch die breite geografische Streuung, die später auf große Kritik stieß, gewann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erst nach und nach die erforderlichen Erfahrungen. So erhielten in den ersten zwölf Jahren alle fünf Länder Nordafrikas und dreißig von den damals 33 Ländern Subsahara-Afrikas Leistungen, obwohl dadurch das finanzielle Volumen für einzelne Länder begrenzt wurde. Die Bundesrepublik erreichte allerdings auch nie das bereits 1972 von den Vereinten Nationen vorgegebene Ziel einer ODA-Quote² (= Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, BNE) von 0,7 Prozent. Diese blieb bis 1992 bei einem Mittelwert von 0,4 Prozent. Überdies war

der Anteil Subsahara-Afrikas an der gesamten deutschen Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance*, ODA) geringer als derjenige der anderen großen Geber. Er stieg von ursprünglich jährlich etwa dreizehn Prozent bis 1988 auf dreißig Prozent und schwankte dann bis 2006 zwischen 25 und etwa dreißig Prozent.³ Danach fiel er zeitweilig auf zwölf Prozent, um erst ab 2018 wieder zuzunehmen. Da trotz wiederholter Absichtserklärungen die Zahl der afrikanischen Empfängerländer nur langsam reduziert wurde, blieben die deutschen Leistungen in vielen Ländern dem Engagement anderer Geber nachgeordnet. Das bedeutete allerdings auch, dass der deutsche Einfluss auf die Gestaltung der staatlichen, regionalen und kommunalen Verwaltung und des Bildungswesens sowie auf die Ausrichtung der Exportwirtschaft gering war.

Die deutsche Projekthilfe fügte sich in die Vorgaben ein, das heißt in den ersten Jahrzehnten in die zentral gelenkte Staatswirtschaft mit der Priorität für Vorhaben der Infrastruktur. In den 1970er-Jahren kamen Projekte der Grundbedürfnisstrategie hinzu, mit denen vor allem breite Bevölkerungsschichten in ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen gefördert werden sollten. Nach der weltpolitischen Wende 1990 verlagerte sich der Schwerpunkt auf die Förderung der Marktwirtschaft und privater Investitionen, guter Regierungsführung, des Rechtsstaats und der Achtung der Menschenrechte, ergänzt durch Hilfen für die Sozialarbeit und Allgemeinbildung. Auch beteiligte sich Deutschland um die Jahrtausendwende an der Entschuldungsinitiative.

UNSICHERE VORAUSSAGEN

Die Umsetzung der weltweiten Strategien in praktische Programme benötigte jedoch viel Zeit; daher verschoben sich die Schwerpunkte der Zusammenarbeit nur langsam. In einigen Fällen behinderten wirtschaftspolitische Rücksichten die konsequente Anwendung der Prinzipien. Da Voraussagen wirtschaftlichen Wachstums, politischer Stabilität und möglicher interner und externer Konflikte gerade in Subsahara-Afrika oft sehr unsicher sind, wurden auch Regierungen gefördert, deren Unterstützung man nachträglich bedauern muss. Andere, die mehr Unterstützung und eine engere Zusammenarbeit vermutlich besser genutzt hätten, gingen leer aus.

Subsahara-Afrika blieb nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch für die deutschen Interessen unter den Kanzlern Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder ein nachgeordnetes Feld. Eine Ausnahme war nach 1990 das einige Jahre andauernde intensive Engagement für die Transformation Südafrikas und Namibias von der Apartheid zur Demokratie. Motiviert war dies durch die Geschichte, durch viele persönliche Verbindungen und durch wirtschaftliche Beziehungen.

Neu waren nach der deutschen Wiedervereinigung die Verstärkung des Engagements der kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklungs- und Hilfsorganisationen und die vielen, auf persönlichem Engagement gründenden örtlichen Initiativen. Das führte neben einem im internationalen Vergleich hohen Spendenaufkommen zu vermehrten öffentlichen Zuwendungen für ihre meist an den Grundbedürfnissen orientierten Projekte. Sicher waren viele einzelne Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit mit Subsahara-Afrika, ob öffentlich oder privat finanziert, erfolgreich, weil sie Menschen in Not halfen und weil sie zur allgemeinen Gesundheit, Wohlfahrt und Bildung beitrugen.

SIND STAATEN DIE RICHTIGEN PARTNER?

Insgesamt jedoch ist Subsahara-Afrika auf dem Weg zu friedlichem Zusammenleben und politischer Stabilität, sozialem und wirtschaftlichem Wohlstand noch nicht weit genug vorangeschritten. Unter den fünfzig Ländern der Welt mit dem geringsten Index der menschlichen Entwicklung (*Human Development Index*, HDI)⁴ sind 37 Länder Subsahara-Afrikas; lediglich Südafrika, Namibia und Botswana sowie die Inselstaaten Mauritius und Kap Verde rangieren etwas weiter oben. Vor allem die ärmeren Entwicklungsländer hatten immer größere Schwierigkeiten, sozial und wirtschaftlich produktive Vorhaben zu entwickeln und den Anforderungen der wuchernden Entwicklungsbürokratien öffentlicher und privater Hilfsorganisationen gerecht zu werden. Ein Königsweg zur Entwicklung wurde nicht gefunden und konnte auch nicht gefunden werden, weil die Rolle des Staates und seiner Bürokratie, die Machtverteilung unter den politischen Kräften und Institutionen und die Prinzipien des gesellschaftlichen Miteinanders, das heißt der Übergang von Tradition zur Moderne kontrovers blieben. Die Geberländer setzten letztlich immer auf die übergeordnete Rolle des Staates, seiner Regierung und der zentralen Verwaltung. Dies entsprach ihren eigenen geschichtlichen Erfahrungen auf dem Weg in die Moderne. Sie beachten bis heute nicht in genügendem Maße, dass innerer Frieden, wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit auf den kulturellen, moralischen und sozialen Werten, die eine Gesellschaft und ihre Institutionen prägen, beruhen und dass Kapitaltransfer und die Vermittlung technischen und organisatorischen Wissens sich nur dann auswirken können, wenn dafür die staatlichen Institutionen und die gesellschaftlichen Strukturen ausreichende Voraussetzungen erfüllen. Dass es daran in Subsahara-Afrika mangelt, hat viele Ursachen. Die Staatsbildung auf der Grundlage kolonialer Grenzen, die mangelnde Vorbereitung der Unabhängigkeit, das Erbe einer autoritären Kolonialverwaltung, die einseitige Wirtschaftsentwicklung, die postkoloniale Förderung des Militärs, Stellvertreterkriege

und ausländische Interventionen sind nur einige Stichworte zur Erklärung für die Schwierigkeiten, einen geeigneten Rahmen für eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu schaffen.

Die Afrikaner müssen ihren eigenen Weg in die Zukunft finden. Dafür genügt ein einheitliches und unilinear auf sein Ziel gerichtetes „westliches“ Modell nur bedingt. Es werden vielmehr multiple Wege der Modernisierung,⁵ die regionale und lokale Entwicklungen als konstitutive Bausteine für die staatliche Ordnung beinhalten, gefunden werden müssen. Die westlichen Länder und ihre Bürger können dazu durch ihre Solidarität und Unterstützung derjenigen beitragen, die bereit sind, Verantwortung in Gesellschaft und Staat dafür zu übernehmen, dass auch in Afrika junge leistungswillige Menschen bessere Chancen für ihre Zukunft haben. Das ist in den letzten Jahrzehnten schwieriger geworden. So ist, wie Europäer aus eigener Erfahrung wissen, der schwierige Übergang von der traditionellen Kleinbauernwirtschaft zu einer produktiven und nachhaltigen Landwirtschaft schwierig. Eine die Umwelt schonende Entwicklung einer flächendeckenden Energieversorgung, wertschöpfender arbeitsintensiver Industrien und Dienstleistungen steht immer noch am Anfang.

Durch das hohe Bevölkerungswachstum gibt es inzwischen viele Millionen vor allem junger Menschen, die ohne Arbeit oder unproduktiv tätig sind. Das kann zu Hungersnöten führen, aber auch Volksaufstände, Flüchtlings- und Migrantenströme auslösen, wenn nicht eine „neue“ Entwicklungspolitik⁶ wirklichen Wandel schafft. Sie ist deshalb nicht mehr nur eine Wiedergutmachung für den Kolonialismus oder eine Verpflichtung aus solidarischer Nächstenliebe, sondern liegt im unmittelbaren Interesse Europas für seine eigene Zukunft. Wie die Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mit Blick auf die Ausbreitung des islamistischen Terrorismus und der illegalen Migration in der Sahelzone in einer Grundsatzrede feststellte, wächst eine Bedrohung der europäischen und deutschen Sicherheit, der sich Deutschland und Europa stellen müssen.⁶

¹ Dazu Peter Molt: *Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer*, Düsseldorf 2018.

² Anteil der ODA (Official Development Assistance am Bruttoinlandsprodukt, definiert vom Development Assistance Committee (DAC) der OECD; Zahlen in US-Dollar 2017 (Constant Prices), <https://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=TABLE2A> [letzter Abruf: 07.01.2020].

³ Ohne den auf dem G8-Gipfel in Köln 1998 beschlossenen Schuldenerlass für hochverschuldete Entwicklungsländer.

⁴ United Nations Development Programme: *Human Development Report 2017*, www.hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi [letzter Abruf: 07.01.2020].

⁵ Dazu u. a. Shmuel N. Eisenstadt (Hrsg.): *Multiple Modernities*, New Brunswick 2002.

⁶ Annegret Kramp-Karrenbauer, 32. Bundesparteitag der CDU, Leipzig, 22.11.2019.

Afrikanische Kindheiten

—
Auswege und Ausweglosigkeit

BETTINA RÜHL

Geboren 1965 in Bad Homburg vor der Höhe, Journalistin. Sie wurde mit mehreren Hörfunkpreisen für ihre Radio-Features über das politische und soziale Innenleben Afrikas ausgezeichnet.

Wer jemals in Afrika unterwegs war, kennt diese Szene: Man hält in einem Dorf und ist Sekunden später von Kindern umringt, die vor Neugier zu platzen scheinen, ihre Augen nicht abwenden können. Und die beim geringsten Anlass in ausgelassenes Gelächter ausbrechen. Man guckt sich um – und sieht nur Kinder.

Afrika ist ein junger Kontinent. Laut dem Statistik-Portal Statista liegen neunzehn der zwanzig Länder mit dem niedrigsten Durchschnittsalter in Afrika, angeführt vom westafrikanischen Niger: Dort sind die Menschen durchschnittlich 15,2 Jahre alt. Zum Vergleich: In Deutschland liegt das

Durchschnittsalter bei knapp 46, in Japan sogar bei über 48 Jahren. Das erklärt, warum Kinder in afrikanischen Ländern im Straßenbild allgegenwärtig sind. Das Leben der meisten hat allerdings wenig mit dem zu tun, was wir uns in Deutschland unter einer „Kindheit“ vorstellen; also einer Zeit, in der die Belastung zwar mit steigendem Alter stetig zunimmt, die aber noch eine Schonfrist ist, ehe wir uns den Anforderungen des Lebens voll und ganz stellen müssen. In Afrika ist das für viele Kinder anders. Wirklich „Kind“ sind sie womöglich nur in Momenten der selbstvergessenen und ungezügelten Neugier, des ausgelassenen Lachens. Davon abgesehen ist ihr Leben sehr viel stärker durch Arbeit, Disziplin und Pflichten geprägt als bei den jüngeren Generationen in Deutschland. Und das gilt nicht nur für diejenigen, die in Armut leben, sondern auch für den Nachwuchs der Mittel- und Oberschicht.

Bildung, vor allem die Bildung der Kinder, gilt in vielen Ländern Afrikas als Ausweg aus der Armut und wird entsprechend hoch geschätzt. Die Eltern investieren viel in die schulische (und universitäre) Ausbildung ihrer Kinder, etliche sparen sich das Geld dafür buchstäblich vom Munde ab. Für die Kinder der städtischen Mittel- und Oberschicht bedeutet die hohe Wertschätzung der Bildung jedoch auch, dass sie schon früh einem immensen Leistungsdruck ausgesetzt sind. In Kenia zum Beispiel ist die Selbstmordrate unter Kindern und Jugendlichen hoch. Darüber sind sich die Vereinten Nationen und Kinderrechtsorganisationen einig, obwohl es keine verlässlichen Zahlen gibt. Nicht zuletzt, weil Selbstmord in Kenia verboten ist, sodass die Fälle möglichst nicht gemeldet werden. In Kenia haben viele Schulkinder im Alltag keinerlei freie Zeit, ihr Leben ist mit Ganztagsunterricht und zusätzlichen Hausaufgaben so streng durchgetaktet wie das eines berufstätigen Erwachsenen. Darüber hinaus leben viele Kinder – nicht nur der Oberschicht – von ihren Familien getrennt in Internaten, weil Boarding-Schools als besser gelten. Oder weil die Eltern hoffen, dass ihre Sprösslinge im Internat gezwungen sind, noch disziplinierter zu lernen.

IN DEN SLUMS VON NAIROBI

Besonders hart ist das Leben derjenigen, die in Armut aufwachsen und womöglich sogar für das Haushaltseinkommen verantwortlich sind. Vielleicht sind beide Elternteile verstorben oder verschwunden, vielleicht sind die Eltern nicht in der Lage, für die Familie zu sorgen. Eins von diesen Kindern war Kevin Obara, ein inzwischen 23-jähriger Kenianer. Kevin kann seine „Kindheit“ sehr anschaulich schildern – eine Kindheit, die auf dem Kontinent nicht ungewöhnlich ist. Dabei fing bei ihm alles vielversprechend an: Seine Eltern gehörten zur Mittelschicht, der Vater war Universitätsdozent in einer Kleinstadt unweit der Hauptstadt Nairobi, sein Einkommen reichte problemlos für die vierzehnköpfige Familie. Als Kevin neun Jahre alt war, brach

sein behütetes Leben zusammen. In kurzer Folge verlor er vier seiner Geschwister durch Gewalttaten. Drei Jahre später erlagen zwei weitere seiner Schwestern unterschiedlichen Krankheiten. Sein Vater machte Kevins Mutter dafür verantwortlich, dass sechs ihrer Kinder gestorben waren. Kevins Eltern trennten sich.

Seine Mutter zog mit ihm und seinen verbliebenen fünf Geschwistern nach Nairobi, in den Slum Korogocho. Sie, die Hausfrau gewesen war und keinen Beruf erlernt hatte, hätte nun die Familie durchbringen müssen – und schaffte es nicht. Stattdessen fing sie an zu trinken, und Kevin blieb kaum etwas anderes übrig, als für das Überleben seiner Familie zu kämpfen. Der Neunjährige überlegte also, wie er an Geld kommen könne. In den Slums von Nairobi gibt es keine Müllabfuhr, und in dem allgegenwärtigen Dreck in Korogocho sah Kevin seine Chance. Er verteilte Papiertüten, in denen die Slumbewohner ihren Müll sammeln konnten. Eine Woche später holte er die vollen Tüten wieder ab, gegen ein Entgelt von zwanzig Kenia-Schilling pro Haushalt, umgerechnet etwa zwanzig Eurocent. Kevin erklärte seinen Kunden, er werde den Abfall an eine Stelle bringen, wo er von der Regierung abgeholt werde. In Wirklichkeit kippte er ihn irgendwo aus, was er ungestört tun konnte, denn in Korogocho scherte sich niemand um weitere Berge von Müll. Von dem wenigen Geld, das er verdiente, musste Kevin noch mehrere Gangs bezahlen, die von seinem kleinen Kuchen etwas abhaben wollten.

„GHETTO CLASSICS“

Ein harter Job also, aber Kevin gab nicht auf. Nur für die Schule hatte er keine Zeit. Das änderte sich erst, nachdem seine zwei älteren Brüder ausgezogen waren, denn von da an musste Kevin nur noch seine Mutter und zwei weitere Geschwister versorgen. Er traute sich zu, das auch neben dem Unterricht zu schaffen, und bemühte sich darum, wieder lernen zu können. Wenig später bekam er einen Platz in einer katholischen Schule, die keine Gebühren verlangte. Trotz der vielen Schuljahre, die er versäumt hatte, fand er den Anschluss und machte sein Abitur. Außerdem hatte er nun auch Zeit, sich mit Musik zu beschäftigen. Schon als Elfjähriger hatte er von dem Projekt „Ghetto Classics“ gehört, der Initiative einer Kenianerin, in dessen Rahmen Kinder aus dem Slum ein klassisches Instrument erlernen können. Jetzt endlich konnte Kevin mitmachen und lernte, diverse Instrumente zu spielen. Die Musik sei für ihn ein wichtiger Schlüssel gewesen, sagt Kevin heute. Denn als Kind habe er hart mit sich kämpfen müssen, um nicht kriminell zu werden. Mehrfach habe er regelrecht am Scheideweg gestanden: Er brauchte Geld und hatte keins. Er wollte etwas zu essen, und es gab nichts. Er wünschte sich, dass seine Mutter ein gutes Leben habe, aber er konnte ihr das nicht bieten. Er hatte nichts von dem, was er brauchte oder sich wünschte. Da war es naheliegend,

zum Dieb zu werden. In Korogocho sei das so einfach, wie Wasser zu trinken, meint Kevin. Er habe oft den Drang gehabt, etwas zu stehlen, aber er habe den Gedanken daran immer niedergekämpft. Hätte er die Musik nicht gehabt, hätte er das vermutlich nicht geschafft, wäre wohl kriminell geworden. Aber dank der Musik hatte er eine ernsthafte Beschäftigung, die ihn in ihren Bann zog. So gelang es ihm, sich selbst immer wieder vom Stehlen abzubringen und sich darauf zu konzentrieren, für sich und seine Familie eine legale Lebensgrundlage aufzubauen. Dank des Projektes „Ghetto Classics“ konnte er in Deutschland einen mehrmonatigen Kurs als Instrumentenbauer machen; danach kehrte er nach Kenia zurück. Dort verdient er nun seinen Lebensunterhalt, indem er die Geigen, Celli, Trompeten oder Posaunen des Projekts wartet.

Kevin hat die harten Jahre seiner Kindheit durchgehalten und seine Familie durchgebracht. Andere sehen ihre einzige Überlebenschance darin, aus ihrer Familie zu fliehen. Die Schätzungen, wie viele Kinder auf der Straße leben, sind vage. Für Kenia stammen die letzten – geschätzten – Zahlen aus 2007, von der internationalen Hilfsorganisation *Consortium of Streetchildren*. Auf deren Schätzungen beruft sich auch das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF. Demnach leben in Kenia 250.000 bis 300.000 Kinder auf der Straße, 60.000 davon in Nairobi. Sie verlassen ihre Eltern, weil sie zu Hause nichts zu essen bekommen, weil die Eltern trinken und dann gewalttätig sind, weil sie als Hausmädchen arbeiten müssen und schlimmstenfalls auch sexuell missbraucht werden. Wer großes Glück hat, findet dank einer Hilfsorganisation doch noch Unterkunft, in Nairobi beispielsweise in dem katholischen Auffangzentrum für Straßenkinder „Kwetu Home of Peace“, „Unser Heim des Friedens“. Dort wurde auch der zwölfjährige Josphat aufgenommen, nachdem er fünf Jahre lang auf der Straße gelebt hatte.

JOSPCHAT UND DAS „KWETU HOME OF PEACE“

Die Jahre in Josphats Familie waren geprägt von Alkohol und Gewalt. Seinen Erzählungen zufolge waren beide Eltern Alkoholiker, vor allem sein Vater sei gegen die Mutter und die Kinder immer wieder gewalttätig geworden. Josphat erzählt von der Gewalt in seiner Familie im gleichen Tonfall, als würde er seine tägliche Routine schildern, das Zähneputzen und die Pflege seiner Kaninchen. Als sein Vater wieder einmal betrunken nach Hause kam, habe seine Mutter eines Tages beschlossen, ihren Mann zu töten und in Stücke zu hacken. Sie konnte ihren Vorsatz nicht ganz umsetzen, aber Josphats Vater musste stationär behandelt werden, seine Mutter wurde für ein halbes Jahr inhaftiert, die Kinder kamen zu ihrer Großmutter. Weil auch seine Oma regelmäßig betrunken war und es ständig Streit gab, ergriff Josphat schließlich die Flucht, um für

sich selbst zu sorgen – da war er sieben Jahre alt. Von da an lebte er auf den Straßen von Nairobi und verdiente als Schrotthändler genug Geld, um wenigstens seinen Hunger stillen zu können. Bald schloss er sich einer Gang von Straßenkindern an, um nicht allein zu sein und Schutz zu finden. Er schnüffelte Klebstoff, wurde kriminell – und war immer noch ein Kind. Eher zufällig wurde er irgendwann von einem Mitarbeiter des Zentrums angesprochen, bekam ein Zuhause angeboten. Es dauerte lange, bis Josphat sein Misstrauen überwand und sich ins „Kwetu Home of Peace“ wagte. Dort lernte er wieder, Menschen zu vertrauen. Er gewöhnte sich an regelmäßige Abläufe und hatte sich so weit stabilisiert, dass er wieder in die Schule gehen konnte. Jetzt verfolgt er seinen Traum: Er möchte Flugzeugbauer werden. Und trotz aller schlechten Erfahrungen hat er seine Familie nicht vergessen. Wenn er später Geld verdiene, sagt Josphat, wolle er seine Mutter und seine Geschwister unterstützen.

DER TRAUM AFRIKANISCHER ELTERN

Arbeiten müssen Kinder in Afrika nicht nur in der Stadt, sondern erst recht auf dem Land. Mädchen müssen Wasser und Brennholz holen, auf die jüngeren Geschwister aufpassen, beim Kochen helfen. Jungen müssen die Ziegen oder die jungen Rinder hüten, sind ganze Tage im Busch unterwegs. Bei vielen kommen lange Schulwege als Belastung hinzu. Dass es junge Menschen unter solchen Umständen schaffen, überhaupt in die Schule zu gehen und etwas zu lernen, ist beachtlich. Vielen gelingt es sogar, sich binnen einer Generation aus der Armut zu befreien und in die Mittelschicht aufzusteigen. In Kenia ist die Armutsrate nach Angaben der Weltbank und der kenianischen Regierung binnen eines Jahrzehnts um zehn Prozent gesunken: von 46 Prozent 2005/06 auf 36 Prozent 2015/16. Als arm gilt dabei, wer von weniger als einem US-Dollar täglich leben muss.

Bisher ist es vor allem die weitverbreitete Armut, die eine Kindheit in Afrika von einer Kindheit in Europa unterscheidet. Aber in vielen afrikanischen Ländern wächst die Mittelschicht rasant, das Leben von immer mehr Kindern ähnelt dem Leben ihrer europäischen Altersgenossen. Wobei die afrikanischen Kleinen vermutlich immer noch etwas mehr leisten müssen, egal, zu welcher Schicht sie gehören. Trotz solcher Unterschiede wirkt das Leben afrikanischer Mittelschichtskinder aus deutscher Perspektive recht vertraut. Das gilt auch für den Traum vieler afrikanischer Eltern: „Unsere Kinder sollen es mal besser haben als wir.“ Für viele geht dieser Traum in Erfüllung. Afrika entwickelt sich – nicht zuletzt dank seiner Kinder, von denen viele dafür einen hohen persönlichen Preis zahlen. Die aber mit etwas Glück auch die Früchte ihrer Anstrengung ernten.

Der Angst trotzen

Über die bewaffneten Auseinandersetzungen in Zentralafrika und die Bedeutung des islamisch-christlichen Dialogs

DIEUDONNÉ KARDINAL NZAPALAINGA

Geboren 1967 in Mbomou (Zentralafrikanische Republik), 1993 Eintritt in die Ordensgemeinschaft der Spiritaner, seit 2012 Erzbischof von Bangui.

schon Kirche in Zentralafrika, an vorderster Front zu stehen?

Kardinal Nzapalainga: Die Aufgabe der Kirche ist es, an vorderster Front zu stehen. Für uns ist die Fleischwerdung keine Fiktion, sie ist Realität. Sobald wir sagen, dass Christus Mensch wurde, ist es an der Kirche, das Leben der Menschen zu teilen. Sind wir bereit, hinauszugehen, um das Evangelium mit unseren Taten zu verkünden? Wir haben unsere Grenzen, unsere Schwächen gesehen. Viele sind aus unseren Gemeinschaften hinausgegangen, auf

Die im Januar 2020 von den zentralafrikanischen Bischöfen veröffentlichte Botschaft „Gehet hin und lehret alle Völker“ ist ein Verweis auf die Evangelisierung Ihres Landes, eine Botschaft der Hoffnung und des Friedens, aber auch ein Appell, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Ist es die Aufgabe der katholi-

den Boden der Gewalt. Wir haben weiter die Hoffnung, unsere Gesellschaften wandeln zu können. Wir tun dies mit den anderen: den Protestanten, den Muslimen, den Animisten. Gemeinsam schreiten wir auf dem Weg voran, der uns zu Gott führt.

Meinen Sie mit dem gemeinsamen Voranschreiten, dass die Konflikte nicht auf religiösen Ursachen beruhen?

Kardinal Nzapalainga: Unser Konflikt beruht nicht auf religiösen Ursachen. Zehn Tage nach Ausbruch der Rebellion 2012 war von Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen die Rede. Ohne zu zögern, haben Pastor Nicolas Guerekoyame Gbangou, der Präsident der Evangelischen Allianz, Imam Omar Kobine Layamaqui, der Präsident der muslimischen Glaubensgemeinschaft, und ich selbst, Vorsitzender der Bischofskonferenz der Zentralafrikanischen Republik, uns getroffen, um deutlich zu machen, dass das nichts mit unseren tiefen Wurzeln, unseren Werten zu tun hat. Noch nie in der Vergangenheit sind wir im Namen der Religion derart in die Gewalt abgeglitten. Wir haben einen Krieg angeprangert, bei dem es um Interessen geht. Macht- und geldgierige Individuen missbrauchen die Religion, um unsere Brüder und Schwestern zu manipulieren. Wir haben zu Wachsamkeit und Besonnenheit aufgerufen, um nicht in die Falle eines religiösen Konflikts zu geraten. Nie haben wir einen Pastor, einen Imam oder einen Priester an der Spitze einer bewaffneten Bewegung in der Zentralafrikanischen Republik gesehen. Bei uns kämpft man weder um den Koran noch um die Bibel, sondern um Diamanten, Gold oder Ministerposten. Wir haben es mit einer militärisch-politischen Krise

zu tun, die von Politikern gelöst werden muss.

Es gibt radikale Strömungen in allen Religionen. Der Islamismus übt einen starken Druck auf dem afrikanischen Kontinent aus, insbesondere im Sahel. Wie stehen Sie dazu, dass Menschen sagen, sie dürften im Namen Gottes töten?

Kardinal Nzapalainga: Wir brauchen unbedingt Schutzwälle. Wir müssen zusammenarbeiten, für ein harmonisches Zusammenleben, den Respekt, die Wertschätzung, damit wir uns kennen und lieben lernen. Dann fehlt den Provokateuren der Boden für ihre Destabilisierung. Gewalt ruft Gegengewalt hervor. Es ist wichtig, dass Christen und Muslime den islamisch-christlichen Dialog pflegen, um damit den Extremen Einhalt zu gebieten. Wir mahnen die religiösen Anführer zur Vorsicht, weil viele unserer Kinder keine Schule besuchen und leichte Beute sind. Wir müssen darauf achten, dass unsere Gemeinschaften nicht destabilisiert, zersetzt oder gespalten werden. Wir müssen das betonen, was uns eint: unsere Werte.

Am 30. November 2015 hat Papst Franziskus die Große Moschee von Bangui besucht, wo vorher nur wenige eine Geste der Freundschaft gegenüber dem Großen Imam wagten. Sie öffnen regelmäßig die Tür zur Versöhnung. Kann Ihr Ansatz ein Modell für den Dialog sein?

Kardinal Nzapalainga: Ich versuche nicht, mich als Beispiel darzustellen, ich lebe meinen Glauben jeden Tag. Ich bin mit einem katholischen Vater und einer



Foto: © AFP via gettyimages

protestantischen Mutter aufgewachsen. Zu Hause gab es niemals einen Religionskrieg. Wir haben diese Brüderlichkeit, dieses harmonische Miteinander, diese Ökumene immer gelebt. Das hat mich nachhaltig geprägt, und ich wünsche mir, dass diese Offenheit auf die Bürger meines Landes überspringt. Der andere ist nicht nur eine Gefahr, ein Gift oder ein Dämon, sondern vielleicht eine Bereicherung, eine Chance. Wenn ich ihn mit den Augen der Barmherzigkeit empfangen kann, kann ich Güte, Wahrheit und Leben in seinem Inneren wahrnehmen, um ihn aufzufordern, wieder zu sich, zur Vernunft zu kommen.

Als Papst Franziskus aus Bangui abgereist war, habe ich Christen gefragt: Worauf wartet Ihr? Geht hinaus! Kommt mit mir zum „Kilomètre 5“, einem Stadtviertel in Bangui, wo Rebellen und Mitglieder der muslimischen Gemeinde Schutz suchten.

Als wir da waren, sahen wir viele aggressive junge Männer, sie waren bewaffnet, standen unter Drogeneinfluss, aber wir haben uns ihnen entgegengestellt. Wenn wir Angst vor der Gefahr haben, dann wird sie – früher oder später – für uns zur Realität. Ich war bereit, den berüchtigten „Leader Issa“ Kapi Djamouss zu treffen, der sich „Fünfzig/Fünfzig“ nannte. Er empfing mich umgeben von schwerbewaffneten Männern. Meine Begleiter waren zurückgeschreckt. Ich bin eingetreten und sagte zu ihm: „Junger Mann, in Deinem Alter solltest du lächeln!“ Er begann zu lächeln und sagte: „Jetzt sehe ich in Dir Freundlichkeit, Güte.“ Unser Gespräch war von großer Zuneigung geprägt. Er hat mir einfach zugehört, wie ich von Frieden, Zusammenhalt und Einheit sprach. Ohne ein Wort zu sagen, hat er sich an seine Getreuen gewandt, die einen

Mann herbeigebracht haben, den sie am Abend noch hinrichten sollten. Er sagte zu mir: „Sie sind zu uns gekommen, Sie haben zu uns gesprochen. Wir überlassen Ihnen diesen Mann. Sie können ihn mitnehmen.“

Wenn man beschließt, der Angst zu trotzen, rettet man Menschenleben. „Du sollst nicht töten“, das ist nicht verhandelbar! Ich kann es nicht zulassen, dass ein Mitglied meiner Gemeinschaft mir sagt: „Ein Christ wurde getötet, gib uns den Befehl, zu den Waffen zu greifen, die Macheten zu nehmen, um Muslimen den Kopf abzutrennen.“ Da sage ich „Nein“, auch wenn ich mein Leben damit riskiere, und das ist mir nicht nur einmal passiert.

Christen werden zunehmend Opfer von Hinrichtungen und Verfolgung auf dem afrikanischen Kontinent. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Kardinal Nzapalainga: In der Zentralafrikanischen Republik wurden am 1. Mai 2019 Granaten auf betende Christen geworfen, vierzehn Menschen starben. Ich bete für meine Brüder und Schwestern, die uns im Glauben verlassen haben. Ich glaube, sie werden Teil der großen Gemeinschaft der Heiligen. Meine Gedanken sind auch bei den Familien, die einen geliebten Menschen verloren haben. Ich habe dieses Blutbad verurteilt und gesagt, dass ich Böses nicht mit Bösem vergelte. Wenn sich die Probleme meines Landes mit Waffen lösen ließen, dann wäre das schon längst geschehen. Wir müssen auf einen Wandel hoffen. Die Regierungen und die internationale Staatengemeinschaft müssen jeden Menschen schützen. Leider haben wir den Eindruck, dass Glaubensgemeinschaften sich selbst überlassen sind.

Weiterhin kommen Waffen in Ihrem Land an, trotz der Anwesenheit internationaler Streitkräfte. Was erwarten Sie von der internationalen Staatengemeinschaft?

Kardinal Nzapalainga: Die internationale Staatengemeinschaft soll ihre Verantwortung wahrnehmen. Es kann nicht sein, dass ein Land Waffen herstellt und deren Weiterverkauf nicht kontrolliert. Waffen aus demokratischen Staaten tauchen in unseren Ländern auf. Wenn diese Menschen Afrika wirklich helfen wollen, müssen sie dazu beitragen, die Quelle trocken-zulegen. Den Waffenherstellern sage ich, dass das Resultat offensichtlich ist: Wir weinen um unsere Toten, wir haben Krüppel, Behinderte, und niemanden, der sie pflegt. Habt Mitleid mit den Armen!

Wird dieser Appell von den ausländischen staatlichen Hilfsorganisationen nicht gehört?

Kardinal Nzapalainga: Echte internationale Zusammenarbeit würde Partnerschaft bedeuten. Ich mache mir nichts vor: Unsere Regierung ist schwach. Im Landesinneren sagte ein Rebellenführer sogar, dass er mit dem Unterpräfekten Mitleid habe, weil der noch nicht mal ein Fahrrad besitze! Und er, der Rebellenführer, fährt Motorrad und hat noch seine Männer! Wenn man meinem Land so wie vielen anderen auf unserem Kontinent helfen will, dann muss man zu einer effizienteren Strukturierung der staatlichen Verwaltung beitragen. Denn ohne Staat herrscht überall das informelle System. Das besteht aus den Rebellen, Kriegsherren, die über Leben und Tod entscheiden. Wissen die Diplomaten das nicht? Jeden

Tag beschließen diese Leute, Bürger dieses Landes zu töten, zu verbrennen, zu verjagen. Wir wollen eine internationale Zusammenarbeit, die den Staat unterstützt, seine Macht zurückzuerlangen und seinen Pflichten nachkommen zu können. Die internationalen Hilfsorganisationen müssen aus den Hauptstädten ins Land hineingehen. Sie werden feststellen, dass die Menschen dort sich selbst überlassen sind.

Nach der Statistik der katholischen Kirche verzeichnet der afrikanische Kontinent mit rund 26 Prozent weltweit die stärkste Zuwachsrate an Christen. Was erwarten Sie von den Katholiken Afrikas?

Kardinal Nzapalainga: Christen haben eine prophetische Berufung: Wenn es Korruption gibt, müssen sie den Mut haben, diese aufzudecken und auch zu verkünden, dass das Geld anders verteilt werden kann. Sie können zu einer neuen Brüderlichkeit auffordern. Die afrikanischen Christen dürfen nicht wie Salz sein, das auf den Boden fällt und mit Füßen getreten wird. Sie müssen wie das Salz in der Suppe der Gesellschaft Würze verleihen. Wenn die Bischöfe eine Botschaft verfassen, dann sagen wir, was wir denken, um damit zu einem veränderten Handeln aufzufordern, zu einer Bewusstwerdung und einem Aufbruch.

Abschließend noch die Frage, was aus Ihrer Sicht heute die Prioritäten für Afrika sein sollten?

Kardinal Nzapalainga: Jugend und Bildung. Gibt es für die jungen Menschen genügend Schulen, Universitäten, Be-

schäftigungsperspektiven? Unsere Jugend ist eine leichte Beute, sie kann instrumentalisiert werden. An die Regierenden richte ich die Frage, warum unsere Jugend ihre Träume nicht in Afrika verwirklichen kann. Warum überall diese Vetternwirtschaft, diese Korruption, die Weitergabe der Macht innerhalb der eigenen Familie, der Eindruck, dass nur der eigene Clan von Bedeutung ist und dass die anderen ruhig sterben können? Das ist ein Krebsgeschwür für unseren Kontinent. Wenn wir dieses Afrika lieben, brauchen wir einen patriotischen Ruck, um es voranzubringen. Armut und Gerechtigkeit sind weitere Herausforderungen. Wir haben immer den Eindruck, dass das Gesetz im Dienste des Stärkeren steht. Wir sehen ja, wie multinationale Unternehmen die Rohstoffe bei uns ausbeuten: Diamanten, Gold, Holz, Erdöl, und dann verkaufen sie es uns wieder hundertmal teurer! Und wir werden hundertmal ärmer! Die Globalisierung muss auch dazu führen, dass wir offen miteinander reden, um die Art und Weise, wie wir Handel treiben, zu verändern. Wir wollen Chancengleichheit und Gleichbehandlung, um damit den künftigen Generationen Perspektiven zu eröffnen.

Das Gespräch führte Jean-Luc Mootosamy am 11. Februar 2020. Mootosamy, geboren 1973 in Rose Hill (Mauritius), Journalist, leitet die Beratungsfirma „Media Expertise“, die sich auf die Schaffung und Unterstützung von Medien in Afrika spezialisiert hat. Er ist sowohl Staatsbürger von Mauritius als auch der Schweiz.

Übersetzung aus dem Französischen: Ralf Pfleger, Straßburg.

Mehr Kooperation!

Nordafrika als Knotenpunkt der Migration

In der Migrationsdebatte kommt Nordafrika und der Kooperation mit nordafrikanischen Staaten eine zentrale Rolle zu. Tatsächlich hat sich die Migration in den letzten Jahren zu einem dominierenden Politikfeld in der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union (EU) und Nordafrika entwickelt. Wie hat sich die Migrationsthematik auf die Beziehungen mit nordafrikanischen Ländern ausgewirkt und was sind die Elemente einer weitreichenden und nachhaltigen Strategie in der Zusammenarbeit mit Nordafrika bei der Bewältigung der Herausforderungen durch Flucht und Vertreibung?

In den letzten zehn Jahren sind über zwei Millionen Flüchtlinge und Migranten über das Mittelmeer nach Europa gelangt. Der Großteil kam 2015 über die östliche Mittelmeerroute, über die Ägäis. Im Nachgang zum EU-Türkei-Abkommen im März 2016 reduzierten sich diese Bewegungen abrupt, und es fand eine Verschiebung der Migrationsrouten von der östlichen über die zentrale hin zur westlichen Mittelmeerroute statt.

Ebenfalls änderten sich die Herkunftsländer der Migranten. Zunehmend machten sich vornehmlich Menschen aus Subsahara-Afrika aufgrund ökonomischer Missstände auf den Weg, unter anderem nach Europa. Die Ankünfte aus Nordafrika in Europa sind für eine transkontinentale Migrationsroute im Grunde nicht dramatisch hoch, abgesehen von den drei Ausnahmejahren 2015, 2016 und 2017. Seither sind die Ankunfts zahlen in Europa zwar kontinuierlich zurückgegangen – die Route zwischen Nordafrika und Europa ist dennoch seit Jahren die tödlichste Grenze der Welt. Seit 2015 sind im Mittelmeer mindestens 15.500 Menschen ertrunken. Diese humanitäre Dimension führt zu moralischen Dilemmata hinsichtlich des Umgangs Europas mit seiner südlichen Grenze.

Ankünfte in Europa über das Mittelmeer (2015–2019)

- **2019:** 105.425 (1.246 Tote), hauptsächlich Griechenland (66.166), gefolgt von Spanien (24.759) und Italien (14.500)
- **2018:** 111.558 (2.217 Tote), hauptsächlich Spanien (55.000), gefolgt von Griechenland (31.000) und Italien (23.000)
- **2017:** 171.635 (3.116 Tote), hauptsächlich Italien (119.000)
- **2016:** 363.504 (5.143 Tote), hauptsächlich Italien (181.500) und Griechenland (173.500)
- **2015:** 1.007.492 (3.777 Tote), hauptsächlich Griechenland (847.000) und Italien (153.000)

Die nordafrikanischen Staaten stellen in erster Line eine Transitregion für Flüchtlinge und Migranten aus Subsahara-Afrika, aber auch aus dem Nahen und Mittleren Osten dar. Marokko hat mit Unterstützung Spaniens den Übergang nach Europa weitgehend unter Kontrolle. Die zentrale Mittelmeerroute von Libyen nach Italien hingegen ist aufgrund fehlender staatlicher Strukturen und des anhaltenden Bürgerkriegs sehr fragil. Dass die Zahl der Überfahrten seit 2016 um 95 Prozent gesunken ist, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in dem krisengeschüttelten Land mehrere Hunderttausend Migranten aufhalten, die sich bei einer weiteren Eskalation des bewaffneten Konflikts auf den riskanten Weg über das Mittelmeer begeben müssten. Ein Abkommen Italiens mit der international anerkannten Einheitsregierung in Tripolis und den Milizen im Westen des Landes konnte zwar die libysche Route für Überfahrten nach Europa schließen, allerdings ist das Abkommen brüchig: zum einen, weil die Regierung über keine Autorität und Kontrolle über das Land verfügt und gegen die bewaffneten Einheiten von Chalifa Haftar um ihr Überleben kämpft, und zum anderen, weil Milizen keine zuverlässigen Partner sind – zumal sie nicht im Rahmen eines nationalen Versöhnungsplans operieren. Es ist unrealistisch, eine nachhaltige und langfristige Lösung für ein einzelnes Problem zu finden, wenn dies unabhängig

von umfassenderen Bemühungen um die Wiederherstellung stabiler Verhältnisse in Libyen geschieht. Schließlich muss sich Europa im ureigenen Interesse in Libyen engagieren. Vor diesem Hintergrund ist der „Berliner Prozess“ eine bedeutende Initiative der Bundesregierung, die internationale und regionale Akteure zur Beendigung des Konflikts auf der Berliner Libyen-Konferenz im Januar 2020 an einen Tisch zusammengeführt hat.

Nordafrikanische Länder haben sich in den letzten Jahren zunehmend selbst zu einer Herkunftsregion von Migranten entwickelt. Bei den Ankünften in Italien und Spanien bildeten Tunesier, Marokkaner und Algerier zuletzt eine der Hauptgruppen. 2019 waren es bis Oktober 7.800 Marokkaner, 3.500 Tunesier und 5.200 Algerier. In absoluten Zahlen ist ihr Anteil zwar sehr niedrig, das Migrationspotenzial könnte allerdings steigen, vor allem aufgrund der ökonomisch zunehmend bedrückenden Lage und völliger Perspektivlosigkeit, mit der sich insbesondere die junge Generation konfrontiert sieht. Umfragen belegen die hohe Bereitschaft junger Menschen, ihr Land auf der Suche nach einer besseren Perspektive in Richtung Europa zu verlassen.

Schließlich sind die nordafrikanischen Länder im Laufe der letzten Jahre auch zur Zielregion für Migranten aus Ländern südlich der Sahara geworden. Verlässliche Angaben über ihre genaue Anzahl existieren nicht. Schätzungen zufolge halten sich in Tunesien etwa 60.000, in Algerien bis zu 100.000 und in Marokko etwa 70.000 Migranten aus Subsahara-Afrika auf. Für Libyen belaufen sich die Schätzungen auf 800.000 Migranten. Sie haben größtenteils keinen legalen Status, arbeiten für niedrigere Löhne in saisonalen Jobs und warten möglicherweise auf eine Gelegenheit, die gefährliche Reise nach Europa anzutreten. Die Flüchtlingsströme stellen die nordafrikanischen Länder vor soziale, wirtschaftliche, institutionelle und rechtliche Herausforderungen. Abgesehen von fehlendem Rechtsschutz sind Migranten vor allem in Libyen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen konfrontiert.

Heute stehen die Länder Nordafrikas vor ähnlichen Herausforderungen wie Europa: Der Druck auf ihre Land- und Seegrenzen wächst ebenso wie die innenpolitische Auseinandersetzung um Migration. Die EU hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Initiativen ergriffen, Programme initiiert und Migrationsabkommen abgeschlossen. Maßnahmenpakete, die im Brüsseler Alleingang geschnürt werden, sind bislang nicht nachhaltig. Vielmehr sollte die EU nach Kooperationsebenen suchen, die auch im primären Interesse der südlichen Nachbarn sind, gemeinsam Prioritäten definieren und abgestimmte Projekte entwickeln. Vor allem müssen Initiativen vermieden werden, die für die nordafrikanischen Länder nicht akzeptabel sind und daher auch keine realistische Aussicht auf eine Umsetzung haben. Ein Beispiel hierfür war der Vorstoß, Ausschiffungsplattformen in Nordafrika anzusiedeln, der großen diplomatischen Schaden

anrichtete. Der Vorschlag wurde von allen nordafrikanischen Staaten abgelehnt und hat Misstrauen gegenüber Europa geschürt.

Die nordafrikanischen Länder sind insbesondere für eine enge Kooperation im Grenzschutz offen, da diese eine erhebliche Überschneidung mit ihrem Interesse an der effektiven Kontrolle ihrer südlichen Grenzen darstellt. Die meisten Länder Nordafrikas begrüßen den Transfer logistischer und technischer Güter zur Bekämpfung von Schmugglernetzwerken. Beide Seiten sollten jedoch darauf achten, dass sie sich nicht auf reine Sicherheitskonzepte einlassen. Ebenfalls sollte es nicht um eine Integration der südlichen Nachbarn in die EU-Grenzkontrollsysteme gehen, sondern darum, eine gemeinsame Agenda zu entwickeln, die die Eigenverantwortung der nordafrikanischen Länder sicherstellt.

Insbesondere könnte die EU die Unterstützung der Länder bei der Gestaltung ihrer Asyl- und Migrationspolitiken verstärken, um sie nicht mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lasten allein zu lassen. Der politische Wille dazu ist in einigen Ländern bereits vorhanden. Bisher hat lediglich Marokko eine „Nationale Migrations- und Asylstrategie“ initiiert, die die Einführung einer kohärenten und menschenrechtsbasierten Politik vorsieht. Durch eine Legalisierungskampagne erhielten bis 2017 24.000 Migranten Aufenthaltstitel. Ebenfalls hat Marokko Abkommen mit der Elfenbeinküste, Mali und dem Senegal unterzeichnet, um die Zusammenarbeit im Bereich Migration auszubauen. Tunesien hat zwar erste Schritte für eine Asylgesetzgebung eingeleitet und eine Migrationsstrategie angekündigt, kam bisher aber nicht darüber hinaus. Eine kontinuierliche Unterstützung durch Europa in diesen Bereichen ist vielversprechend.

Die Migrationsfrage bleibt auf beiden Seiten des Mittelmeers an oberer Stelle auf der Tagesordnung. Daher sollten sich diplomatische Initiativen darauf konzentrieren, Interessen und Prioritäten der jeweils anderen Seite zu berücksichtigen, wenn sie eine gemeinsame Agenda aufstellen und ihre Zusammenarbeit vertiefen wollen. Wenn sie das nicht tun, könnte die Migrationsfrage zu einer Vertrauenskrise und einer weiteren Instabilität an den Rändern Europas werden.

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf den Angaben der International Organization for Migration (IOM) und des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR).

Canan Atilgan

Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer
der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Tunis



Autobahn und Feldweg

Die widersprüchliche Entwicklung afrikanischer Volkswirtschaften

JONATHAN ROSENTHAL

Geboren 1972 in Johannesburg (Südafrika), Afrika-Redakteur, „The Economist“, London.

Baukräne ragen über purpurn blühende Jacarandas hinweg, während in den reichen Vorstädten von Johannesburg neue Bürotürme in die Höhe wachsen, in deren gläsernen Fassaden

sich Luxuskarossen spiegeln. Dieses Bild einer boomenden Wirtschaft ist leider irreführend. In dem nur wenige Meilen entfernten Township von Alexandra läuft stinkendes Abwasser durch die Gassen zwischen Wellblechhütten, ein realistischeres Abbild einer Volkswirtschaft, die seit einem Jahrzehnt nicht schneller gewachsen ist als die Bevölkerung und der Prophezeit wird, 2020 zum zweiten Mal in drei Jahren in eine Rezession zu geraten. Es scheint

verblüffend, dass zwei derart verschiedene Welten nebeneinander existieren, aber sie zweigen, wie sich viele afrikanische Volkswirtschaften gleichzeitig auf zwei verschiedenen Wegen fortbewegen.

Teile dieser Volkswirtschaft, wie der Bankensektor oder das geschäftige Technologie-Ökosystem, fahren auf einer Autobahn. Als Folge des anhaltenden Booms bei den Finanzdienstleistungen macht der Sektor heute ein Fünftel der Volkswirtschaft aus, zweimal so viel wie 1980. Andere Schlüssel-sektoren wie der Bergbau und die Fertigungsindustrie wiederum holpern auf einem Feldweg voran und mussten zusehen, wie ihr Anteil an der Volkswirtschaft um bis zu fünfzig Prozent schrumpfte.¹ Jedoch folgen nicht nur die Industrien des Landes, sondern auch seine Regionen verschiedenen Wegen. Gauteng, eine der neun Provinzen Südafrikas mit ihrer Hauptstadt Johannesburg, und die von der Opposition verwaltete Western Cape Province sind in Führung gegangen. Andere, wie Eastern Cape, sind so weit zurückgefallen, dass sich das Pro-Kopf-Einkommen dort verdoppeln müsste, um den Wohlstand von Johannesburg einzuholen.²

Ganz Afrika bietet ein ähnliches Bild: einen Kontinent mit zwei Geschwindigkeiten. Das zeigt sich nicht nur in einzelnen Ländern, wie zum Beispiel im wohlhabenden Westlands-Bezirk von Nairobi mit seinen glitzernden Bürogebäuden, lediglich ein paar Kilometer entfernt von Kibera, dem größten Slum auf dem Kontinent, sondern auch in den verschiedenen Volkswirtschaften, von denen einige voranstürmen und andere hinterherhinken. Diese scheinbar offensichtliche Lage haben jedoch viele Beobachter nicht erkannt, die Gewinner und Verlierer in einen Topf werfen und von den vielen Ländern Afrikas als einer Einheit sprechen.

EIN WEITERES VERLORENES JAHRZEHN?

Vor zwei Jahrzehnten bezeichnete die Zeitschrift *The Economist* Afrika als den „hoffnungslosen Kontinent“. Das Timing könnte jedoch nicht schlechter gewesen sein, denn direkt danach trat Afrika in eine seiner längsten Wachstumsperioden seit den 1970er-Jahren ein, worauf sich die Lage umkehrte – ein Jahrzehnt später titelte die Zeitschrift wieder: „In Afrika geht es aufwärts“.

Nicht ohne Grund: Von 2005 bis 2015 wuchsen die Volkswirtschaften südlich der Sahara um durchschnittlich fünf Prozent pro Jahr, und fast die Hälfte der zwanzig am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften lag in dieser Region.³ In derselben Wachstumsperiode verbuchte Afrika auch große Fortschritte bei der Verbesserung der Lebensumstände seiner Bewohner: Der Anteil der sehr armen Menschen verringerte sich von 56 Prozent (1990) auf 41 Prozent (2015).⁴ Im gleichen Zeitraum sank die Kinder- und Säuglingssterblichkeit um mehr als die Hälfte,⁵ während die Zahl der Kinder im Grundschulalter sprunghaft anstieg.

Dieser Boom endete jedoch schlagartig, als die Preise für Öl und andere Exportgüter 2014 nachgaben. 2016 betrug das Wachstum gerade einmal 1,4 Prozent; der niedrigste Wert seit zwei Jahrzehnten. Es hat sich noch nicht vollständig erholt und liegt bei etwa drei Prozent pro Jahr, gerade genug, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten. Sollte sich dieser Trend 2020 fortsetzen, wäre dies das fünfte Jahr in Folge, in dem das Pro-Kopf-Einkommen entweder sinkt oder stagniert.⁶ Es ist daher kaum verwunderlich, dass viele Beobachter an den Aussichten Afrikas verzweifeln und einige bereits von einem weiteren verlorenen Jahrzehnt sprechen,⁷ ähnlich der Mitte der 1980er-Jahre, als es die einzige Region der Welt war, in der die Menschen ärmer wurden.⁸

Wollte man jedoch nur diese allgemeinen Durchschnittswerte in Betracht ziehen, verfehlte man das wirkliche Bild Afrikas: eines Kontinents mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, auf dem manche Länder immer noch auf der „Autobahn“ sind, während andere auf der „Kriechspur“ dahintuckern. Nichts zeigt dies klarer als ein Blick auf das Schicksal der zwei bevölkerungsreichsten Nationen des Kontinents: Nigeria und Äthiopien.

JENSEITS DES ÖLBOOMS

Die Wirtschaft Nigerias ist fast gänzlich vom Öl abhängig, auf das 2014 mehr als neunzig Prozent der Exporterlöse und fast die gesamten Einnahmen der Regierung entfielen. Als die Ölpreise hoch waren, ging es Nigeria blendend. Von 2000 bis 2014 wuchs die nigerianische Wirtschaft fast um das Zehnfache. Zumindest auf dem Papier war jeder Nigerianer fast zehnmal reicher als zuvor,⁹ selbst unter Berücksichtigung des schnellen Bevölkerungswachstums. In Wahrheit jedoch sickerte von diesem Reichtum relativ wenig zur Bevölkerung durch. Ein großer Anteil wurde von einer kleinen Gruppe korrupter Politiker und Firmen abgeschöpft. Laut dem damaligen Gouverneur der Zentralbank, Sanusi Lamido Sanusi, wurde während des Ölbooms zu Spitzenzeiten bis zu eine Milliarde Dollar an Öleinnahmen pro Monat gestohlen.

Der Boom hatte außer der ungleichen Verteilung noch andere Nachteile. Zum einen ermöglichte er der Regierung, einen Großteil ihrer Einnahmen aus Ölexporten und nicht aus der Besteuerung ihrer Bürger zu gewinnen. Dank des Energieschubs durch die Öleinnahmen sah sie sich kaum der Notwendigkeit gegenüber, wie die meisten anderen Regierungen Legitimität aufzubauen und die öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern. Da die meisten Bürger dem Staat kein Geld bezahlten, erwarteten sie auch nichts von ihm.

Eine weitere negative Auswirkung des Booms war zum anderen die sogenannte Holländische Krankheit, bei der die Rohstoffexporte eines Landes den Wert seiner Währung so weit in die Höhe treiben, dass seine Industrie nur mit Mühe konkurrenzfähig bleiben kann. Im Fall Nigerias war es am Ende billiger, fast alles zu importieren, von Reis und Tomaten bis hin zu Zement

und Schubkarren, sodass ganze Industrien zusammenbrachen und die Bauern allmählich verarmten. Während Privatjets die Startbahnen der Flughäfen von Lagos und Abuja verstopften, stieg die Zahl der Armen (arm definiert als ein Einkommen von 1,90 US-Dollar oder weniger pro Tag) steil an. 2018 überholte Nigeria Indien als das Land mit den weltweit meisten armen Menschen.

Als die Ölpreise 2014 einbrachen, endete der Boom abrupt. Darüber hinaus verwandelte eine Reihe politischer Fehler, wie das Einfuhrverbot für verschiedene Güter von Zahnstochern bis hin zum Reis, einen Rohstoffschock in eine tiefe Rezession. Nigeria ist nicht der einzige Nachzügler auf dem Kontinent. Angola, auch eine ölfreiche Volkswirtschaft, wurde durch den sinkenden Rohölpreis ebenfalls schwer getroffen, und Südafrika hält sich gerade noch über Wasser mit seiner durch Korruption geschädigten Wirtschaft, die Stromausfälle und den Zusammenbruch staatlicher Firmen, wie etwa *South African Airways*, hinnehmen musste.

ÜBERHOL- ODER KRIECHSPUR

Wenn wir jedoch den Einfluss von Angola, Südafrika und Nigeria herausrechnen, die zusammen mehr als vierzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Afrika südlich der Sahara erwirtschaften, springt das wirtschaftliche Wachstum der Region auf vier Prozent. An vorderster Front steht dabei Äthiopien, das sein Wirtschaftswachstum mehr als ein Jahrzehnt lang bei mehr als acht Prozent pro Jahr halten konnte, so hoch, dass sich das Bruttoinlandsprodukt alle neun Jahre verdoppelte. Das war möglich, weil sich das Land auf Investitionen in die Infrastruktur konzentrierte. Dazu gehört zum Beispiel der Bau von Straßen in ländliche Gebiete, die es den Landwirten ermöglichen, ihre Produkte zu den Märkten in den Städten zu bringen, was sowohl die Armut auf dem Lande als auch das Risiko von Hungersnöten verringert. Weiterhin hat das Land sein begrenztes Infrastrukturbudget auf die Einrichtung von Gewerbegebieten mit einer zuverlässigen Versorgung mit Energie und reinem Wasser konzentriert, die sich für große Firmen, zum Beispiel aus der Bekleidungsindustrie, als attraktiv erwiesen haben. Staatliche Firmen, wie die nationale Fluglinie, beziehen mittlerweile erhebliche Einnahmen aus dem Ausland. Nur wenige afrikanische Länder konnten bisher so erfolgreich wie Äthiopien Investitionen anziehen, jedoch konnten viele andere afrikanische Staaten mithalten und beeindruckende Wachstumsraten erwirtschaften. Zu den anderen Ländern auf der Überholspur zählen Kenia, die Elfenbeinküste und Senegal, die alle mindestens um sechs Prozent pro Jahr wachsen.

Ob ein Land sich auf der Überhol- oder der Kriechspur bewegt, hängt hauptsächlich davon ab, wie gut es geführt wird, von seinen Institutionen und seinem Humankapital und weniger von seinen natürlichen Ressourcen.

Aber selbst die Länder, denen es gut geht, sehen sich einschüchternden demografischen Fakten gegenüber. Mit einer Bevölkerung von etwa 1,2 Milliarden Menschen und einem Durchschnittsalter von neunzehn Jahren ist Afrika bereits heute mit Abstand der weltweit jüngste Kontinent. Die Vereinten Nationen rechnen damit, dass sich die Bevölkerung bis 2050 auf fast 2,2 Milliarden verdoppelt; dann wird fast jeder vierte Erdenbürger ein Afrikaner sein. Eine weitere Verdopplung wird bis Ende des Jahrhunderts erwartet.

Die Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums sollte genauso wenig unterschätzt werden wie seine Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. In etwa fünfzehn Jahren wird die arbeitsfähige Bevölkerung in Afrika größer sein als in Indien oder China. Manche werten das einerseits als Chance, eine „demografische Dividende“, von der Afrika profitieren werde, während in Europa und anderen hochentwickelten Volkswirtschaften mit einer alternden Bevölkerung Mangel an Arbeitskräften herrscht.

Andererseits belastet das schnelle Bevölkerungswachstum die afrikanische Wirtschaft, anstatt sie zu unterstützen. In Afrika südlich der Sahara beträgt der Abhängigkeitsquotient, der das Verhältnis der wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen (Personen, die noch nicht beziehungsweise nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind) zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen diesen beiden Altersgruppen markiert, 129 zu 100. Das wird sich in nächster Zeit kaum ändern: In Afrika südlich der Sahara soll der Abhängigkeitsquotient bereits 2050 schlechter sein als in Europa.

LANDWIRTSCHAFT UND URBANISIERUNG

Ohne eine „demografische Dividende“ als Stütze werden die Staats- und Wirtschaftslenker Afrikas die Produktivität ihrer Volkswirtschaften steigern müssen. Entscheidend ist dabei die Frage, wohin die knappen Investitionen geleitet werden sollten. Momentan konzentrieren sich viele Regierungen auf die Verbesserung der Produktivität von Kleinbauern, häufig unterstützt von westlichen Geldgebern und Entwicklungsinstitutionen wie etwa der Weltbank. Kurzfristig liegen die Vorteile auf der Hand: In Ländern wie dem Niger sorgt die Subsistenzwirtschaft für den Lebensunterhalt von fast achtzig Prozent der Bevölkerung. Selbst bescheidene Verbesserungen der Ernteerträge oder der Erzeugerpreise können daher enorm zur Linderung der Armut großer Teile der Bevölkerung beitragen.

Auf längere Sicht jedoch besteht ein unbequemer Zielkonflikt bei der Unterstützung von Subsistenzlandwirten, die von Natur aus weniger produktiv arbeiten als größere, mechanisierte Betriebe. Will sich Afrika selbst ernähren und die Kosten seiner Lebensmittelimporte verringern, die laut Vorhersage der *African Development Bank* bis 2025 auf 110 Milliarden US-Dollar pro Jahr

(von etwa 35 Milliarden US-Dollar in 2015) steigen werden, sind mehr mittlere und große Betriebe notwendig. Solche Betriebe können sich in vielen Fällen nur dann entwickeln, wenn erfolgreiche Bauern Land von ihren Nachbarn aufkaufen.

Dadurch wiederum kann sich der Urbanisierungsdruck auf diesem Kontinent steigern, auf dem die Verstädterung bereits schneller abläuft als woanders auf der Welt. Laut Vorhersage der Vereinten Nationen werden innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre die am schnellsten wachsenden Städte auf der Erde sämtlich in Afrika liegen.¹⁰ Bei Urbanisierungswellen anderswo auf der Welt stieg zumeist die Produktivität der Menschen dadurch, dass sie schlecht bezahlte Arbeitsplätze auf dem Land verließen, um sich in der Stadt eine bessere Stelle zu suchen. In Afrika geschieht das jedoch nicht, zum Teil, weil Städte wie Lagos, die größte Stadt Nigerias und bevölkerungsreichste Afrikas, mit möglicherweise bis zu 21 Millionen Einwohnern permanent überbevölkert sind. Für einige Wirtschaftswissenschaftler sind sie zu „Verbrauchsstädten“ geworden, die Menschen aufsaugen, ohne Vermögen zu schaffen.¹¹ Der Grund dafür ist die fehlende Infrastruktur: Die Menschen, die dort leben, müssen hohe Mieten zahlen und stundenlang zur Arbeit pendeln. Dadurch wiederum erhöhen sich die Lohnkosten, und in Fabriken wird nicht investiert. Die dort lebenden Menschen wenden sich schließlich informellen, schlecht bezahlten Jobs zu, wie zum Beispiel dem Verkauf von Gemüse am Straßenrand, und es geht ihnen oft nicht viel besser, als wenn sie in ihren Dörfern geblieben wären.

Der Weg aus dieser Falle besteht darin, mehr in den Straßen- und Wohnungsbau sowie in die übrige städtische Infrastruktur zu investieren. Schneller zu sein als die Urbanisierung, ist eine Herausforderung, der nur wenige Städte gewachsen sind.

Allerdings läuft die Zeit davon. Es ist möglich, dass sich die beiden Trends der Urbanisierung und eines wachsenden Anteils der jugendlichen Bevölkerung verbinden und den Druck auf die Regierungen erhöhen. Erste Anzeichen hierfür zeigen sich bereits in dem wachsenden Stimmenanteil der Oppositionsparteien in den großen Städten von Ländern wie Uganda, Kenia und Südafrika. Zurzeit ist die Unzufriedenheit größtenteils noch auf demokratische Systeme beschränkt. Wenn aber immer mehr junge Leute zu der Ansicht gelangen, ihre Regierung sei unfähig, ihr Leben zu verbessern, könnten sie sich populistischen Parteien oder extremistischen Ideologien zuwenden. Nick Westcott, der Vorsitzende der *Royal African Society*, behauptet: „Die afrikanischen Regierungen haben noch etwa zehn Jahre Zeit, um ein ernstzunehmendes Wirtschaftswachstum zu schaffen. Bleibt es aus, werden sich wahrscheinlich Revolutionen auf dem ganzen Kontinent ausbreiten.“

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Germersheim

- ¹ Statistics South Africa (Stats SA): The fall of mining and manufacturing in South Africa, www.statssa.gov.za/wp-content/uploads/2017/11/pic2.jpg [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ² Stats SA: Eastern Cape has the lowest GDP per capita, www.statssa.gov.za/wp-content/uploads/2019/03/prov3.png [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ³ Michael Hennigan: „Nine of world’s 20 fastest growing economies in Africa“, in: Finfacts Business News Centre, www.finfacts.ie/irishfinancenews/article_1028788.shtml [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ⁴ World Bank Group: Piecing Together the Poverty Puzzle. Poverty and Shares Prosperity 2018, <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/30418/9781464813306.pdf> [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ⁵ Max Roser / Hannah Ritchie / Bernadeta Dadonaite: „Child and Infant Mortality“, in: Our World in Data, 29.11.2013, <https://ourworldindata.org/child-mortality> [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ⁶ International Monetary Fund: GDP per capita, current prices, www.imf.org/external/datamapper/NGDPDPC@WEO/OEMDC/ADVEC/WEO_WORLD/SSQ [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ⁷ Fadekemi Abiru: „Africa’s Lost Decade. Women and the Structural Adjustment Programme“, in: The Republic, 25.09.2018, www.republic.com.ng/augustseptember-2018/africas-lost-decade/ [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ⁸ John Daron: „‘Lost Decade’ Drains African’s Vitality“, in: The New York Times, 19.06.1994, www.nytimes.com/1994/06/19/world/lost-decade-drains-africa-s-vitality.html [letzter Abruf: 27.01.2020].
- ⁹ Feenstra, Robert et al.: Penn World Table 9.1 (2015), www.dropbox.com/s/qjk91a8unqb4i1c/real-gdp-per-capita-PennWT.png?dl=0 [letzter Abruf: 06.02.2020].
- ¹⁰ David Pilling: „African cities surge to top of global growth league“, in: Financial Times, 11.09.2018, www.ft.com/content/9d457d54-b272-11e8-8d14-6f049d06439c [letzter Abruf: 11.03.2020].
- ¹¹ Somik Vinay Lall / J. Vernon Henderson / Anthony J. Venables: Africa’s Cities. Opening Doors to the World, International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank, Washington, D. C. 2017, documents.worldbank.org/curated/en/854221490781543956/pdf/113851-PUB-PUBLIC-PUBDATE-2-9-2017.pdf [letzter Abruf: 27.01.2020].

Eine bedrohte Art

Journalisten in Afrika

CHRISTOPH PLATE

Geboren 1961 in Höxter, Leiter Medienprogramm Subsahara-Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Johannesburg (Südafrika).

Botswana hat für afrikanische Verhältnisse eine freie Medienlandschaft, vergleichbar mit dem Senegal, Nigeria oder Südafrika. Ein Dutzend Zeitungen erscheinen, private Radiostationen senden, in den sozialen Medien wird freimütig

debattiert über den richtigen Weg des riesigen Landes im südlichen Afrika. Vielen Beobachtern in Europa gilt Botswana dank seines Diamantenreichtums und des florierenden Tourismus im Okavangodelta als Musterland.

Doch nicht alles ist gut in dem Land mit seinen zwei Millionen Einwohnern, in dem in der Elite praktisch jeder jeden kennt und nicht selten die Vertreter der Opposition und der Regierung miteinander verwandt sind.

Joel Konopo ist Investigativ-Journalist, einer der besten auf dem Kontinent. Gerade hat er seine Doktorarbeit in den USA abgeschlossen; mit Unterstützung westlicher Geber wie der *Open Society Foundation* betreibt er das Investigativportal *inkjournalism.org*. Er und sein Team können frei arbeiten, „doch der gegenseitige Respekt zwischen Medien und Politik ist dahin“, sagt der hoch aufgeschossene Mann und nimmt einen Schluck Bier aus seiner Flasche „St. Louis“, während wir auf der Dachterrasse eines Hotels im CBD, dem *Central Business District* der Hauptstadt Gaborone, sitzen. Konopo ist besorgt, denn in der Politik Botswanas ist etwas ins Rutschen geraten, seitdem der neue Präsident Mokgweetsi Masisi, der lange Zeit Vizepräsident war, seinen Vorgänger Ian Khama, den Sohn des Staatsgründers, mit Anschuldigungen überhäuft, ihm in seiner Residenz das Internet abstellt oder seine Personenschützer ersatzlos abgezogen hat.

WIE KLEINE PROPAGANDAMINISTER

Das Problem sind weniger die Attacken des Amtsinhabers auf seinen Vorgänger als vielmehr der Umstand, dass die Journalisten in dem Land mit den weltweit größten Elefantenherden sich nicht mehr wie Medienexperten aufführen, die auf der Suche nach der Wahrheit sind, sondern wie kleine Propagandaminister, die für oder gegen den Staatschef, für oder gegen seinen Vorgänger schreiben und senden. „Sie verstehen nicht das Prinzip einer freien Presse, sondern sie werfen mit Schmutz nach dem vermeintlichen politischen Gegner“, sagt Konopo und schaut dabei von der Dachterrasse versonnen hinüber zum Präsidentensitz und zum Parlamentsgebäude.

Wer sich also heute in Botswana informieren will über die Budgetrede des Finanzministers oder über die Vorwürfe gegen den ehemaligen Geheimdienstchef Nkosi, der hat es schwer, sich ein genaues Bild zu machen. In den sozialen Medien und in vielen Zeitungen hagelt es Angriffe, die in ihrer Vagheit und aus Mangel an handfesten Beweisen nicht sehr ernst genommen werden können. Politiker verachten im Gegenzug die Medien – und sie haben durchaus Anlass zum Vorwurf, dass diese Journalisten ihr Handwerk nicht verstünden, voreingenommen seien oder eine geheime Agenda verfolgten. Wenn Joel Konopo Seminare organisiert für botswanische Journalisten über die Notwendigkeit zur genauen Recherche und zur Objektivität, dann fällt es ihm schwer, Medienvertreter zu finden, die diese Prinzipien in der täglichen Arbeit umzusetzen bereit wären.

Diese Entwicklung in Botswana im Verhältnis zwischen Medien und Politik ist kein Einzelfall auf dem Kontinent. Noch vor 25 Jahren blühte die Medienlandschaft in vielen afrikanischen Ländern: Einige der klügsten Köpfe in Kenia oder im Senegal, in Botswana oder in Burundi forderten von den Herrschenden, Rechenschaft abzulegen über ihre politischen Ziele oder

über die Staatsausgaben. Der Ruf nach Demokratie und einem Mehrparteiensystem wurde wesentlich von der gedruckten Presse und von den später gegründeten privaten Radio- und Fernsehsendern vorgetragen. Es schien in vielen Ländern, dass die „vierte Gewalt“, so fragwürdig der Begriff auch sein mag, weil diese Gewalt eben nicht gewählt ist, sondern sich selbst ernennt oder zum kritischen Wächter ausruft, von der Bevölkerung und von der Politik als zwar manchmal ärgerlich, aber eben auch als notwendig und wichtig erachtet wurde.

ZU WENIG LEBENSREALITÄT

Doch nach und nach versuchten immer mehr Politiker, sich die Medien gefügig zu machen. Und immer mehr Journalisten ließen sich das gefallen. In der Demokratischen Republik Kongo oder in der Côte d'Ivoire gründeten Politiker oder Geschäftsleute, wobei diese Berufe oft genug in einer Person vereint waren, Zeitungen oder Radiostationen mit dem alleinigen Ziel, ihre politischen und wirtschaftlichen Absichten geschickt an den Wähler und Konsumenten zu bringen. Der Raum für die Debatte, für das kritische Stück zum Nachdenken über die Zukunft des von den Kolonialherren geerbten Staatswesens, wurde immer enger.

Seit etwa zehn Jahren ist die Krise vollends ausgebrochen: Die gedruckte Auflage vieler Printmedien sinkt, so wie in Europa auch. Während zur Jahrtausendwende noch jede kenianische Zeitung von etwa zehn Personen gelesen wurde, sind es heute nur noch etwa vier bei einer dramatisch sinkenden Auflage. Medienexperten wie der Kenianer Joseph Odindo sehen als Gründe auch die Tatsache, dass zu viele Zeitungen an den Bedürfnissen ihrer potenziellen Leser vorbei produzieren. Während die Redakteure politische Scharmützel im Parlament von Nairobi seitenlang analysieren, finden die Leser viel zu wenig über ihre eigene Lebensrealität, über Versorgungsengpässe bei Benzin oder Maismehl oder auch Geschichten über innovative Unternehmensgründungen, die als Beispiele gelten können, wie findige Köpfe sich ihre Arbeitsplätze schaffen können. Der wirtschaftliche Druck auf die Medienunternehmen etwa in Kenia wird verstärkt durch unverhohlene Drohungen des Staatspräsidenten, seine Ministerien und halbstaatlichen Unternehmen müssten ihre Anzeigen – die eine wichtige Einnahmequelle für die Medienhäuser darstellen – ja gar nicht unbedingt in Zeitungen abdrucken.

Der enorme wirtschaftliche Druck und das Verschwinden leidenschaftlicher Verleger, die sich vor ihre Redaktionen stellen und an ihre Ersparnisse gehen, um Qualität zu sichern, führte zu Demoralisierung und zu einem sich beständig verschlechternden Ausbildungsstand vieler Journalisten. Wenn aber kein Geld für Aus- und Weiterbildung zur Verfügung steht, wenn Journalisten aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht mehr vor die Tür gehen

können, um zu recherchieren, werden Medien langweilig. Und es passieren immer mehr Fehler. Eine Generation von jungen Leuten bevölkert die Newsrooms, die es gar nicht mehr erstrebenswert finden, den Schreibtisch zu verlassen. Fehler und Fälschungen – auch in afrikanischen Newsrooms gibt es Relotius-Skandale – führen zu einer sinkenden Glaubwürdigkeit und öffentlicher Verachtung für die Medien. Ein Professor der Universität Addis Abeba (Äthiopien) berichtet, dass die Mehrheit seiner Journalismus-Studenten kein Interesse an Recherche oder einer genauen Schreibe haben, sondern das Studium als Abkürzung in ein Fernsehstudio sehen, wo sie dank eines hübschen Äußeren schnell berühmt und reich werden wollen. Die Folge ist, dass Politiker meinen, mit diesen jungen Leuten leichtes Spiel zu haben, und das Metier, für das sie stehen, verachten.

DIKTATOR ALS HIMMELSCHEINUNG

Wenn die Journalisten in Botswana oder in Kenia noch Geld verdienen für ihre Arbeit, so ist die Lage ihrer Kollegen in der Demokratischen Republik Kongo mehr als desolat. In Kinshasa oder in Lubumbashi erwarten Journalisten, dass sie von dem Politiker, über den sie schreiben, bezahlt werden. Denn der Medienunternehmer, für den sie berichten, bezahlt sie oftmals nicht. Als das Medienprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa eine Konferenz mit hochrangigen Medienexperten, unter anderem aus Europa, über die Rolle der vierten Gewalt veranstaltete, fragten einige Fernsehsender an, ob ihre Journalisten denn für eine Berichterstattung über die Konferenz bezahlt werden würden. „Nein“, lautete unsere Antwort, sondern sie sollten sich besser geehrt fühlen, dass sie eingeladen seien. Alle Eingeladenen kamen zu der Konferenz, und sie berichteten darüber freiwillig.

Der Kongo ist ein gutes Beispiel für den Umgang der Herrschenden mit staatlichen Rundfunk- und Fernsehsendern, die doch eigentlich, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, zur Information aller dienen sollen, egal, ob sie die Regierung oder die Opposition unterstützen. Der frühere Nationalfunk *La Voix du Zaïre* sendete zu Zeiten des Diktators Mobutu Sese Seko vor den Abendnachrichten das Bild des Potentaten, der aus dem Himmel herabschwebte. Der Sender sollte den Ruhm des Staatschefs mehren, er sollte ein Nationalgefühl schaffen, was ihm gelang. Aber der ehemalige Journalist Mobutu nutzte die staatliche Einrichtung eben vor allem als Propagandainstrument, als Methode zur Züchtigung des unbotmäßigen Volkes.

Der pensionierte Journalist Isidore Kabongo war einer der Männer, die damals Mobutu vom Himmel schweben ließen und der heute selbstkritisch einräumt, dass er sich und sein Handwerk habe missbrauchen lassen. Als er

einer Gruppe junger Journalisten bei einer KAS-Konferenz in Lubumbashi davon berichtete, wurde er fast niedergeschrien – dies aber weniger, weil er für Mobutu gearbeitet hatte, als vielmehr aus Empörung darüber, dass die alten Männer im Staatsrundfunk so lange auf ihren Posten gesessen hätten und es jetzt doch an der Zeit sei, dass die Jüngeren ans Ruder kämen. Ein Konzept dafür, was sie anders machen wollten, hatten die jungen Kongolesen nicht. Isidore Kabongo unterrichtet heute Journalisten des Staatsrundfunks und warnt sie davor, sich von Politikern manipulieren zu lassen.

KAMPF UM GERECHTIGKEIT

Es gibt die überzeugten, seriösen Journalisten, die ihre Aufgabe vor allem darin sehen, aufzudecken, gesellschaftlichen Fragen auf den Grund zu gehen, kritische Beobachter dessen zu sein, was sich in Politik und Gesellschaft ereignet. Haimanot Ashenafi ist die junge Chefredakteurin der äthiopischen Wochenzeitung *Addis Maleda*. Die Juristin ist keine ausgebildete Journalistin, sie habe aber irgendwann bemerkt „dass es Gerechtigkeit nicht nur im Gericht zu verteidigen gilt“. Ashenafi führt als strenge Chefin ein Team von jungen Journalisten, die auch die wachsenden ethnischen Spannungen in Äthiopien beschreiben. Sie warnt sowohl Politiker als auch Bürger vor der Gefahr, dass das Land eine ähnliche Entwicklung wie Jugoslawien nehmen und in kleine ethnische Einheiten zerfallen könnte. Dafür wird die junge Frau angefeindet und bedroht, aber auch bewundert. Nicht zuletzt von Politikern, die versuchen, ihre Arbeit zu fördern.

Eines aber macht auch die Arbeit von mutigen seriösen Journalisten wie Ashenafi oder Joel Konopo in Botswana immer schwieriger: Wenn jeder sich seine eigene Wahrheit in Blogs, auf Facebook und Twitter zusammenstellen und täglich bestätigen lassen kann, leidet die Debatte, das Ringen um den richtigen Weg, die öffentliche Diskussion. Auch viele afrikanische Politiker leben dank der sozialen Medien in Filterblasen, die ihnen tagtäglich bestätigen, dass sie schon auf dem richtigen Weg seien, der Sieg bei der nächsten Wahl ziemlich sicher sei und der politische Gegner kurz vor dem politischen Aus stehe.

Dagegenzuhalten, ist schwer, aber möglich. Es braucht Journalisten und Politiker, die zur Besinnung und zum Nachdenken aufrufen. Das ist umso schwerer, wenn fast alle ihren Klicks und Likes hinterherzuhetzen scheinen, hektisch auf Anschuldigungen oder Diffamierungskampagnen reagieren, anstatt sich auf ihre politischen Qualitäten und ihre journalistischen Ziele zu besinnen. Der leise und nachdenkliche Politiker ist in Afrika eine seltene Spezies. Und der seriöse Journalist wird langsam zur bedrohten Art.

Doch kein Vorzeigestaat

Gambia nach dem friedlichen Regimewechsel

„Gambia is back“, verkündete am 1. Dezember 2016 der zum neuen Staatspräsidenten Gambias gewählte Adama Barrow nach seinem überraschenden Wahlsieg selbstbewusst. Das kleinste Land auf dem afrikanischen Festland, das anglophone und bis auf die Westküste vollends vom frankophonen Senegal umschlossene Gambia, befindet sich seither in einem tiefgreifenden und offenen Transformationsprozess. Die Stabilität des Landes ist mehr als drei Jahre nach dem friedlichen Regimewechsel fragil, und der anhaltende Transitionsprozess enthält zahlreiche Ungewissheiten.

Der Unternehmer Barrow, der 1988 als abgelehnter Asylbewerber aus Deutschland abgeschoben wurde und anschließend in Großbritannien lebte, erhielt 2016 von einer sieben Parteien umfassenden Koalition, darunter seiner *United Democratic Party* (UDP), als Präsidentschaftskandidat Unterstützung. Er löste mit 50.000 Stimmen Vorsprung überraschend den seit 1994 regierenden Machthaber Yaya Jammeh ab. Jammeh, der das Land noch im Dezember 2015 zur Islamischen Republik erklärte und für seine Folteranweisungen und Korruption bekannt war, wurde nach 22 Jahren an der Spitze des kleinen, isolierten Staates abgewählt. Nur widerwillig und auf äußeren Druck der fünfzehn Staaten umfassenden Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (*Economic Community of West African States*, ECOWAS) verließ der Despot am 21. Januar 2017 Gambia und lebt seither im Exil in Äquatorialguinea. Ohne die Androhung einer

militärischen Intervention, um das Wahlergebnis notfalls auch gewaltsam durchzusetzen, wäre Jammeh kaum zur Aufgabe seines Machtanspruchs bereit gewesen.

Die ECOWAS bewies durch ihre entschlossene und abgestimmte Haltung im Januar 2017 die Funktionsfähigkeit dieser Regionalorganisation und offenbarte erstmals auch ihren sicherheitspolitischen Gestaltungsanspruch. Unter der Führung senegalesischer Truppen und unterstützt von nigerianischen und ghanaischen Soldaten, ist die als ECOMIG (*Mission in The Gambia*) bekannte Militäraktion auf Wunsch der neuen gambischen Regierung bis heute im Land, vor allem, um die Sicherheit und Arbeitsfähigkeit der Regierung zu gewährleisten. Barrow, der im Januar 2017 aus Sicherheitsgründen in der Botschaft Gambias im Nachbarstaat Senegal zum neuen Staatspräsidenten vereidigt wurde, kehrte später nach Gambia zurück und verfolgt seither ein ambitioniertes Reformprogramm.

Das Bild von Adama Barrow als drittem Präsidenten Gambias seit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1965 änderte sich binnen dreier Jahre vom Hoffnungsträger zum Spalter der Nation. Angetreten mit dem Versprechen, das Land vom Unrechtsregime Jammehs befreien und demokratisieren zu wollen, verkündete Barrow 2016 gemeinsam mit seiner ihn tragenden Koalition, für lediglich drei Jahre als Übergangspräsident zu fungieren und anschließend Neuwahlen abhalten zu lassen, jedoch ohne selbst anzutreten. Diese für Dezember 2019 angekündigte Neuwahl fand nicht statt, da sich Barrow inzwischen auf die verfassungsmäßig festgelegte fünfjährige Amtszeit beruft. In seiner Neujahrsansprache am 31. Dezember 2019 betonte Präsident Barrow nach heftigen Protesten und Demonstrationen gegen seine Regierung, dass er bei Amtsantritt unter Bezugnahme auf den Koran zweimal schwor, die Verfassung des Landes zu achten. Seine ursprüngliche Ankündigung, nur drei Jahre im Amt zu bleiben, könne er daher aus Verantwortung für das Land nicht berücksichtigen. Um die angestoßenen Reformen fortzusetzen und Stabilität zu gewährleisten, werde er die verfassungsmäßige Amtszeit von fünf Jahren einhalten und erst 2021 Präsidentschaftswahlen abhalten lassen.

Kritiker schenken seinen Verlautbarungen nur wenig Glauben und befürchten, dass der Präsident, der bis zur Wahl 2021 eine neue Verfassung verabschieden möchte, anschließend erneut zweimal kandidieren könne. Der Präsident hat seit Amtsantritt wesentlich an Vertrauen verloren und wurde durch realpolitisch erforderliche Entscheidungen entzaubert. Barrow agiert politisch oft unberechenbar, gilt als kommunikationsschwach und bildete in zwei Jahren dreimal sein Kabinett um. Seit August 2019 sind mit dem früheren Polizeichef und dem früheren Botschafter Gambias in den USA zwei ehemalige Jammeh-Gefolgsleute zu neuen Ministern in Barrows Kabinett ernannt worden. Der Präsident

entließ im Frühjahr 2019 außerdem den UDP-Vorsitzenden und Vizepräsidenten Ousainou Darboe sowie alle weiteren UDP-Minister aus der Regierung – und dies, obwohl er ohne die Unterstützung dieser Partei niemals Präsidentschaftskandidat geworden wäre. Spätestens seit dieser Entscheidung musste allen klar sein, was schließlich Ende Dezember 2019 folgte: Barrow gründete mit der *National People's Party* (NPP) eine neue Partei, deren Vorsitzender er zugleich ist. Mit der *Gambia for All* (GFA) und der *Citizens' Alliance* (CA) wurden zwei weitere neue Parteien etabliert, die bereits mit dem Vorwahlkampf begonnen haben.

Seit dem Amtsantritt Barrows sind eine außenpolitische Öffnung des Landes und ein innenpolitischer Reformeifer nicht zu verkennen. Dennoch steigt die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Das Land ist seit 2018 erneut Mitglied des *Commonwealth of Nations*. Im Dezember 2019 machte es international auf sich aufmerksam, da es Myanmar vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag des Völkermords an den Rohingya bezichtigte. Innenpolitisch prägen die Kommission zur Aufarbeitung der Taten während des Jammeh-Regimes, die Erstellung einer neuen Verfassung sowie eine Sicherheitssektorreform und die Umsetzung des 2018 verabschiedeten und bis 2021 ausgelegten Entwicklungsplans die Agenda. Die Umsetzung erfolgt nur zögerlich und wird von der Europäischen Union (EU) bemängelt. Mehr als sechzig Prozent der circa zwei Millionen Gambier sind unter 25 Jahre, die Arbeitslosigkeit beträgt mehr als fünfzig Prozent, und die von Tourismus und Landwirtschaft geprägte Ökonomie ist wenig diversifiziert und importabhängig. Auf dem *Human Development Index* der Vereinten Nationen nimmt das Land Platz 174 von 189 aufgeführten Ländern ein und benötigt dringend (private) Investitionen, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich. Allein 2020 werden vermutlich achtzig Prozent des Staatshaushalts in die Schuldentilgung fließen.

Zu den größten Herausforderungen der Regierung Barrows zählen die Schaffung von Arbeitsplätzen für die junge Generation, die Stärkung der schwachen Institutionen im Land und die Befriedung der Gesellschaft durch die Aufarbeitung der Jammeh-Ära. Die derzeitige politische Fragmentierung und die teils unbeholfen wirkende Regierungsführung Barrows lassen die Bewältigung dieser vielfältigen Politikfelder ungewiss werden. Die Bevölkerung, nach zwei Jahrzehnten autoritärer Herrschaft zunehmend ungeduldig, erwartet spürbare wirtschaftspolitische Verbesserungen. Die derzeit öffentlich diskutierte Möglichkeit einer Rückkehr Jammehs aus dem Exil scheint bis 2021 noch Überraschendes möglich werden zu lassen.

Thomas Volk

Auslandsbüro Senegal der Konrad-Adenauer-Stiftung

Partnerschaft konkret

Die Europäische Union und Afrika

MICHAEL GAHLER

Geboren 1960 in Frankfurt am Main, Vizepräsident der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (Afrika-Karibik-Pazifik), Außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Mit dem Start des neu gewählten Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission unter Leitung von Präsidentin Ursula von der Leyen besteht die Chance, die Zusammenarbeit mit Afrika zu vertiefen. Die neue Kommissionspräsidentin hat einen überzeugenden Nachweis ihres Engagements für diese

Partnerschaft erbracht, als sie ihre erste Reise außerhalb der Europäischen Union (EU) nach Afrika und zur Afrikanischen Union (AU) im Dezember 2019 unternahm. Das zehnte Treffen von EU- und AU-Kommission fand am 26./27. Februar 2020 in Addis Abeba mit einer Rekordzahl von zwanzig teilnehmenden EU-Kommissionsmitgliedern statt.

Die wirtschaftliche Einschätzung Subsahara-Afrikas durch die Weltbank trifft zu: Riesige Chancen treffen auf fortdauernde Problemlagen. Ein

enormes Potenzial erwächst aus dem Umstand, dass im Prinzip 1,2 Milliarden Menschen in einer kontinentalen Freihandelszone leben. Die Errichtung der Afrikanischen Freihandelszone im Mai 2019 zeugt von dem politischen Willen, diesen Schatz nun auch zu heben. Doch müssen einige Steine aus dem Weg geräumt werden, darunter die Fragen der wirtschafts- und zollrechtlichen Ursprungsregeln oder das Verhältnis zu den existierenden sub-regionalen Wirtschaftsgemeinschaften.

Leider wird das afrikanische Entwicklungspotenzial nicht durch überragende Wachstumsraten getragen. Vielmehr stagnieren diese Raten bei 2,5 Prozent für 2018 beziehungsweise bei 2,6 Prozent 2019. Jedoch liegen vier der zehn weltweit am schnellsten wachsenden Nationalökonomien auf dem südlichen Kontinent: Äthiopien, Ghana, Ruanda und die Elfenbeinküste.

In einzelnen afrikanischen Ländern kann festgestellt werden, dass das Bevölkerungswachstum zurückgeht, wenn der Lebensstandard steigt. Augenscheinlich wird dieser Zusammenhang, wenn man sich die verbesserte Bildung für junge Mädchen und Frauen vor Augen führt. Angesichts des rasanten afrikanischen Bevölkerungswachstums und der Prognosen, die eine Verdoppelung der Bevölkerung bis 2050 voraussagen, sind diese Ansätze vielversprechend.

Chancen für Subsahara-Afrika erwachsen auch aus der zunehmenden Befriedung des Kontinents. Es ist erfreulich, dass 2018 die Anzahl der Kriege in dieser Weltregion zurückgeführt wurde. Dank der Intervention der Vereinten Nationen konnten die gewaltsamen Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo deeskaliert werden.

Zu den andauernden Problemlagen Sub-Sahara-Afrikas gehört die seit den 1970er-Jahren rückläufige Einbindung in den weltweiten Handel. Diese Herausforderung wird dadurch verschärft, dass das Wirtschaftswachstum zu gering bleibt, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten. Aktuell treten jährlich zwischen zehn und zwölf Millionen Jugendliche in den Arbeitsmarkt ein. Dieses Arbeitskräftepotenzial trifft jedoch auf nur 3,1 Millionen neue Arbeitsplätze.

Eine weitere soziale Herausforderung erwächst aus dem Umstand, dass im internationalen Vergleich schlecht ausgebildete Jugendliche in den eingeschränkten Arbeitsmarkt drängen. Bei der afrikanischen Bevölkerung beträgt der Anteil der Jugendlichen mit Qualifikationsdefiziten 28,9 Prozent. Im Vergleich dazu liegt der Anteil in anderen sich entwickelnden Regionen bei dreizehn Prozent.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Afrikanische Entwicklungsbank, dass 2025 263 Millionen junge Menschen nicht in der Lage sein werden, am wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Damit diese gefährliche Situation abgewendet werden kann, muss sich die EU stärker auf dem afrikanischen Kontinent einbringen.

Die Beziehungen zwischen Subsahara-Afrika und der EU gestalten sich im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern

Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP). In diesem Rahmen ist das primäre Finanzierungsinstrument bisher der Europäische Entwicklungsfonds (EEF), der nach gegenwärtiger Planung ab 2021 zusammen mit dem Instrument für die Nachbarschaftspolitik in einem neuen gemeinsamen Instrument aufgehen soll, das im Gegensatz zum EEF Teil des EU-Haushalts sein wird. Gegenüber der Afrikanischen Union wird die EU-Politik im Rahmen der EU-Afrika-Strategie als Panafrikanisches Programm (PANAF) durchgeführt.

RÜCKBLICK AUF DIE AFRIKA-EU-BEZIEHUNGEN

Außerhalb des EU-Haushalts war bisher der EEF das Hauptprogramm zur Förderung der Demokratie. Er wurde 1959 ins Leben gerufen und soll Entwicklungshilfe für Länder in Afrika, im karibischen Raum und am Pazifischen Ozean leisten. Der EEF wird durch direkte freiwillige Beiträge der EU-Mitgliedstaaten finanziert. Am 23. Juni 2000 unterzeichneten die 77 AKP-Staaten in Cotonou (Benin) mit der EU ein gemeinsames Abkommen, das seit dem 1. April 2003 in Kraft war und eine Laufzeit bis Februar 2020 hatte. Es diente primär dem Ziel, sich der Bekämpfung und Beseitigung der Armut anzunehmen. Im Rahmen des Abkommens wurden die politische Zusammenarbeit innerhalb eines institutionalisierten Dialogs zur Gestaltung guter Regierungsführung sowie die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit geregelt.

Die Finanzmittel für den Zeitraum 2014 bis 2020 belaufen sich auf 30,5 Milliarden Euro. Ein erheblicher Teil (Schätzungen zufolge ein Drittel) der EEF-Mittel fließt in die Unterstützung verschiedener Aspekte der guten Regierungsführung. Die Prioritäten werden zusammen mit den Regierungen der Partnerländer durch nationale Richtprogramme festgelegt.

Die AU ging im Juli 2002 aus der Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) mit dem Ziel hervor, eine neue Qualität der kontinentalen Kooperation zwischen den aktuell 55 Mitgliedstaaten zu erreichen. Das Panafrikanische Programm der EU wurde 2013 mit der Absicht etabliert, erstmalig direkt die Afrika-EU-Partnerschaft und Projekte auf dem gesamten Kontinent zu finanzieren. Im ersten Laufzeitraum wurden 6,8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Dabei wurden besonders die regionale Wirtschaftsintegration, der politische Dialog des Kontinents und die panafrikanische Struktur der Afrikanischen Union (AU) gefördert.

Auf dem Afrika-EU-Gipfel in Abidjan (Elfenbeinküste) 2017 strafften die Staats- und Regierungschefs und die Europäische Kommission die gemeinsame Afrika-EU-Strategie. Darin wurden nur noch vier Prioritäten identifiziert: wirtschaftliche Chancen für junge Menschen, Frieden und Sicherheit, Mobilität und Migration sowie Zusammenarbeit im Bereich der guten Regierungsführung.

Als Reaktion auf die Flüchtlingskrise etablierte die EU 2018 einen neuen „Afrika-Europa-Pakt für nachhaltiges Wachstum und Jobs“. Geplant ist, ab 2021 bis 2027 vierzig Milliarden Euro für Afrika zur Verfügung zu stellen. Der Pakt setzt darauf, private Investoren für Afrika mit besseren Risikogarantien zu motivieren. Um eine Antwort auf die drängende Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu formulieren, bietet die EU an, in den nächsten fünf Jahren zehn Millionen Menschen in die Berufstätigkeit zu bringen, für 24 Millionen Menschen die Transportinfrastruktur zu verbessern sowie 750.000 Menschen eine duale Ausbildung und 105.000 Studierenden sowie Lehrenden Austauschprogramme zu ermöglichen.

ABBAU VON MIGRATIONSDRUCK

Darüber hinaus hat die EU den sogenannten *EU Emergency Trust Fund for Africa* auf den Weg gebracht. Dieses Finanzierungsinstrument dient dazu, Migrationsdruck durch Zusammenarbeit und Hilfe vor Ort abzubauen. Für die Staaten Afrikas wurden 4,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Programmbeispiele, die unter anderem von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umgesetzt werden, sind Libyen – Schutz und Hilfe für Flüchtlinge – und Ägypten – Stärkung der ägyptischen Strukturen, um Flüchtlinge im Land zu betreuen.

In den letzten Jahren hat die EU die Zusammenarbeit besonders mit den Sahel-Ländern in Migrationsfragen erheblich intensiviert. Im Rahmen des *Emergency Trust Fund* für Stabilität und die Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und Vertriebener in Afrika haben die G5-Sahel-Länder (Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad) Anspruch auf zusätzliche Mittel. Die EU unterhält mit jedem der fünf Sahelländer eine enge und umfassende Zusammenarbeit. Die Kooperation erfolgt im Rahmen nationaler und regionaler Programme, von humanitärer Hilfe, von dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit sowie von dem Instrument für Stabilität und Frieden. Die für die fünf Sahel-Länder von der EU und ihren Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2014 bis 2020 zur Verfügung gestellten und zugesagten Mittel belaufen sich auf rund acht Milliarden Euro.

Ferner hat die EU 2018 den externen Investmentplan aufgelegt, der auch im südlichen Nachbarschaftsraum eingesetzt wird. Der Plan besteht aus drei Säulen: der Finanzsäule mit ihrem Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung in Höhe von 4,1 Milliarden Euro, der technischen Hilfe zur Unterstützung der Begünstigten bei der Entwicklung finanziell attraktiver und tragfähiger Projekte sowie aus einem politischen Dialog zur Verbesserung des Investitionsklimas und des Geschäftsumfelds in unseren Partnerländern.

Eines der neuen Projekte wird beispielsweise Menschen zugutekommen, die derzeit Schwierigkeiten haben, Geld zu erschwinglichen Konditionen zu leihen, wie Binnenvertriebene, Flüchtlinge oder Rückkehrer. Ein weiteres Projekt ermöglicht mehr als 25.000 kleinen Unternehmen den Zugang zu mobilen Konten und langfristigen Krediten, um die finanzielle Inklusion von Diaspora, Migrantenfamilien und Rückkehrern zu unterstützen.

EINE VORAUSSCHAU

In den laufenden Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU, der ab Januar 2021 startet, setzt sich das Europäische Parlament dafür ein, die Finanzinstrumente für den afrikanischen Kontinent innerhalb und außerhalb des EU-Haushalts kohärenter auszurichten. Das Europäische Parlament fordert schließlich mehr Mittel für den EU-Investmentplan für Afrika.

Das Europäische Parlament unterstützt die Europäische Kommission darin, faire Handelsabkommen mit den Partnern in Afrika abzuschließen. In Westafrika gelang es 2019, die wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen mit der Elfenbeinküste und Ghana vorläufig in Kraft zu setzen. Bislang bleibt in Westafrika nur Nigeria, das noch kein Partnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet hat. In Zentralafrika hat nur Kamerun das wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Zentralafrika unterzeichnet. Die Verhandlungen dauern an, um das Abkommen zu vertiefen. Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Ländern Ost- und Südafrikas entwickeln sich sehr gut. Im Januar 2019 wurde vereinbart, ein umfassendes Abkommen anzustreben. Das regionale Handelsabkommen zwischen der Ostafrikanischen Gemeinschaft und der EU wird vertieft. Beim regionalen Handelsabkommen zwischen der EU und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (*Southern African Development Community, SADC*) wurde das bestehende Abkommen verstärkt. Im Februar 2019 gelang die Etablierung eines institutionellen Rahmens zur Streitbeilegung.

Das Europäische Parlament tritt für die laufenden Verhandlungen zwischen den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks mit der EU ein, um ab 2020 eine neue Partnerschaft zwischen dieser Staatengruppe und der EU zu erreichen. Am 3. Mai 2019 traf sich Neven Mimica, damaliger EU-Verhandlungsführer und Kommissar für die europäische Entwicklungszusammenarbeit, mit afrikanischen Ministern. Ziel war es, die spezifischen Bedürfnisse und Prioritäten der Regionen Afrikas zu erörtern und gleichzeitig zu untersuchen, wie sie im künftigen AKP-EU-Abkommen am besten angegangen werden können. Es wird erwartet, dass die Diskussion von Mai 2019 die maßgeschneiderte afrikanische Säule bereichern wird, die im Rahmen des künftigen AKP-EU-Abkommens, auch bekannt als Post-Cotonou-Abkommen, geschaffen werden soll.

„Raus aus dem Gleichklang der Hörigkeit“

Die Künstlerin und Schriftstellerin Gabriele Stötzer im Gespräch mit Axel Reitel

GABRIELE STÖTZER

Geboren 1953 in Emleben (Thüringen), schrieb mit ihrer Prosa „Erfurter Roulette“ (1994) eine singuläre feministische Erzählsprache, über die Autorinnen wie Ines Geipel den Mut fassten, selbst zu schreiben. Auch ihr Thema sammelt sich um die Erfahrung Gefängnis. Wegen der Kritik am ML-Seminar (Marxismus-Leninismus) und der Solidarität mit einem Mitkommilitonen wurden sie und eine Studierendengruppe 1976 von der Pädagogischen Hochschule (PH) Erfurt exmatrikuliert. In dieser Zeit hatte sie Kontakt zum Oppositionskreis um

Jürgen Fuchs an der Universität Jena und der Technischen Universität in Ilmenau. Im gleichen Jahr verhaftete sie die Stasi aufgrund ihres Engagements gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns. 1977 folgte die Verurteilung wegen „Staatsverleumdung“ zu einem Jahr Haft. Stötzer blieb bewusst in der DDR, um sich im dystopischen Gelände zur „Künstlerin“ zu entwickeln. Als diese schuf sie richtungsweisende Ausstellungs- und Vermittlungsprojekte um Geschlecht und Staat, die anhaltend kommentiert und kommuniziert werden.

Dieses Interview ist der vierte Teil einer Serie, in der der einstige DDR-Oppositionelle Axel Reitel seine Gesprächspartner – wie er ebenfalls politische Häftlinge – zu ihren Haft Erfahrungen und den daraus erwachsenden Konsequenzen befragt. Reitel, geboren 1961 in Plauen (Vogtland), wurde 1982 von der Bundesrepublik Deutschland „freigekauft“. Heute arbeitet er als Journalist und Schriftsteller.

Liebe Gabriele, 23-jährig wurdest Du verhaftet und später zu einem Jahr wegen „Staatsverleumdung“ verurteilt. Was hattest Du „verbrochen“?

Gabriele Stötzer: Meine „Schuld“ war, dass ich Unterschriften gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR gesammelt hatte – so wie ich Jahre zuvor gegen die Inhaftierung von Mikis Theodorakis durch die griechische Militärdiktatur Unterschriften gesammelt hatte. Die Solidarität mit kritischen Sängern war in der DDR bis dahin immer groß gewesen, und plötzlich hatten wir selbst einen, der Solidarität brauchte. Für mich war es eine Katastrophe, dass „unser“ Sänger weggehen musste.

Du kamst ins Frauengefängnis Hoheneck in Stollberg (Sachsen), den „dunklen Ort“, wie es hieß. Was waren prägende Eindrücke?

Gabriele Stötzer: Hoheneck war das härteste Frauengefängnis der DDR. Dort gab es neben politischen Gefangenen auch Schwerstverbrecherinnen, etwa Mörderinnen und Bankräuberinnen. Mich hat damals umgehauen, wie viel zerstörerische

Kraft in Frauen liegen kann. Über die Zeit wurde daraus auch die Erkenntnis, wie viel kreatives Potenzial es in Frauen gibt, welche starken Leidenschaften sie entwickeln können. Frauen liebten sich da drinnen. Vorher gab es in der DDR für mich keinen Begriff davon, was lesbisch oder schwul bedeutet. Darüber munkelte man nur, aber in Hoheneck habe ich es miterlebt. Und das war wahrscheinlich schon ein bewusstseinsweiternder Faktor. Meist aber war die Erfahrung deprimierend: Ich habe im Drei-Schicht-System Strumpfhosen genäht und musste oft auch noch an den Wochenenden arbeiten. Dann gab es zwar Sonderrationen, aber es war ein wahnsinniger Arbeitsstress.

Kriminell oder politisch – wie waren die Unterschiede?

Gabriele Stötzer: Die Politischen haben sich im Knast verweigert, wo es nur möglich war. Für die meisten von ihnen war der Knast ein Übergang in den Westen – dort lag für sie der eigentliche Sinn. Die Kriminellen haben im Knast gelebt, hatten eine andere Beziehung zu Frauen und haben weit mehr „grenzüberschreitende Ideen“ entwickelt. Die Politischen hätten beispielsweise nie ein Wort verloren über die Frisur einer „Wachtel“, wie wir die Aufseherinnen nannten. Uns war sehr bewusst, dass sie den Staat verkörperten, der uns unterdrückte. Das konnte auch kein schönes Gesicht retuschieren. Die Kriminellen haben dagegen auch zum Wochenendfunk mal getanzt und sich auch mal schön gemacht.

Viele politische Häftlinge sind von dort in den Westen gegangen. Warum wolltest Du das nicht?



Foto: © Ralf Gerlach

Gabriele Stötzer: Einerseits hatte ich mir die Idee von Wolf Biermann und Robert Havemann angeeignet, dass der Sozialismus reformiert werden muss. Andererseits sind mir im Knast alle Illusionen über die DDR verlorengegangen. Dazu gehörte auch, dass sie Gefangene in den Westen verkaufte. Von da an wusste ich, dass es ein totales Pleitesystem war, und zwar nicht nur ideell, sondern auch vom Herzen her. So einfach in den „goldenen Westen“ wollte ich nicht gehen. Ich woll-

te ja eigentlich, dass Biermann zurückkommt. Vor allem aber wollte ich im Osten mit dem totalen Einbruch aller äußeren Möglichkeiten ein wirklich eigenes Leben suchen.

Und wie funktionierte das konkret?

Gabriele Stötzer: Ab 1980 hatte ich die private „Galerie im Flur“ in Erfurt, die Künstler ausstellte, die nicht den offiziellen sozialistischen Realismus darstellten und meist autodidaktisch eigene Formen suchten. Gleichzeitig veranstalteten wir im Hof eines verlassenen Forsthauses im Eichsfeld Pleinairs. Die Galerie wurde im Frühjahr 1981 verboten, und im Sommer das Pleinair. Woraufhin wir weitere Pleinairs organisierten, um wieder und wieder verboten zu werden. Wir haben mit der Stasi gegen alle diese Verbote gelebt. Hätte man gewusst, wen man als „IM“ antrifft, wenn man einmal in seine Stasi-Akte blickt, man wäre an Ort und Stelle zusammengebrochen. Aber man wusste es damals nicht und machte im vollen Vertrauen zueinander weiter.

IM ist nicht gleich IM, heißt der aktuelle Konsens ...

Gabriele Stötzer: Im Liquidierungsprozess der „Galerie im Flur“ wurden die Männer zum Grundwehrdienst oder zur Reserve eingezogen. Einem sagte die Stasi: „Sie haben doch so einen netten kleinen Jungen. Können Sie ihn denn überhaupt sozialistisch erziehen oder müssen wir ihnen den Jungen wegnehmen?“ Da hat er unterschrieben. Ein anderer hat gesagt: „Nein, ich gehe gar nicht zur Reserve“, und musste dafür ein halbes Jahr in den Knast.

Wie kam es zu der Entscheidung, Künstlerin und Schriftstellerin zu werden?

Gabriele Stötzer: Das war im Knast, genauer im Knastkrankenhaus, wo man mich wegen einer Fehldiagnose zwangsoperiert hatte. Da sagte ich mir: „So, jetzt hast Du alles verloren, jetzt kannst du auch Künstlerin werden.“ In meiner Kindheit war dieser Gedanke schon einmal da gewesen, aber ich hatte ihn verdrängt, weil ich auch schulischen Erfolg hatte, das Abitur in der Abendschule machte und an der Pädagogischen Hochschule Erfurt mit einem Leistungsstipendium studierte. Aber diese früheren Perspektiven sind im Knast implodiert.

Früher, als Studentin, standest Du bereits dem Jenaer Kreis um Jürgen Fuchs nahe ...

Gabriele Stötzer: Fast alle waren von dem Stoff an der Pädagogischen Hochschule unterfordert. Unser Kommilitone Wilfried Linke schrieb an die Hochschulzeitung einen Artikel gegen die Ideologisierung des Studiums. Er machte mich auch mit Jürgen Fuchs bekannt, der damals noch in die Partei wollte, um auf den Sozialismus von oben Einfluss zu nehmen. Wir in Erfurt haben die FDJ-Leitung in unserer Seminargruppe übernommen und dann versucht, mit der Hochschulleitung über neue Inhalte zu diskutieren. Dabei wurde natürlich klar, dass das „Gruppenbildung“ war, wovon die oberen Reihen am meisten Angst hatten. Als „Staatsfeinde“ haben sie erst Wilfried und dann drei Studentinnen von uns mit einem generellen Hochschulverbot an allen Hochschulen der DDR exmatriculiert. Wir mussten zur „herrschenden

den Klasse“, der Arbeiterklasse, arbeiten gehen.

Nach der Entlassung aus dem Gefängnis wurdest Du zum Spielball der Stasi?

Gabriele Stötzer: Nach dem Gefängnis musste ich zur Bewährung in die Produktion. Nach drei Jahren kündigte ich, weil ich mein Versprechen aus dem Knast, Kunst zu machen, endlich leben wollte. Ich führte dann in Erfurt eine Privatgalerie weiter, als ihr Gründer, der Künstler Peter Peinzger, nach Berlin zurückging. In der Galerie haben sich erneut Leute versammelt – ich brauchte immer Leute, die mitmachten und die mich süchtig machten, an Ideen zu arbeiten. Die Stasi war darauf aus, uns zu verunsichern und zu isolieren. Umso mehr brauchten wir als Künstlerinnen und Künstler andere, um an uns zu glauben.

Es war ein spezielles Künstler-Biotop ...

Gabriele Stötzer: Ich habe umgemünzt, was ich dachte. Und als Erstes dachte ich: „Jetzt bist du arm und brotlos!“ Darin sah ich die Voraussetzung meiner Kunst. Tatsächlich war es sehr produktiv, weil wir im Osten alles selbst machen mussten: die Untergrundzeitung bis hin zur Untergrundaussstellung. Ich spreche von „Untergrund“, weil es vom Gefühl her so war und auch von der Stasi so definiert wurde.

In Stasi-Sprache: „PUT“ oder „Politische Untergrundtätigkeit“ ...

Gabriele Stötzer: Mit dieser Kategorisierung gab es keine Chance, in einen Künstler- oder Schriftstellerverband zu kommen,

was uns geschützt hätte. Wir waren immer mit einem Bein im Gefängnis. Damit musste man leben lernen, neben dem ganzen Elan, Künstlerin zu sein. Alles an Furcht habe ich in den Wind geschlagen, selbst die Angst meiner Eltern. Auch ihnen oder meinen Geschwistern zuliebe habe ich nichts unterlassen oder mich erpressen lassen.

Was waren das für Untergrundzeitschriften?

Gabriele Stötzer: Wir haben Zeitschriften gemacht wie „Mikado“ oder „Ariadnefaden“, in Dresden die Zeitschrift „Und“. Sie wurde in einer Auflage von fünfzehn Stück hergestellt, um unter dem Limit einer genehmigungsbedürftigen Auflage zu bleiben – und nicht kriminalisiert zu werden. Beispielsweise wurden mit Schreibmaschine fünfzehnmal Manuskripte mit Durchschlagpapier getippt und zu fünfzehn Heften zusammengebunden. Andere schickten fünfzehn Durchschläge von ihren Gedichten oder fünfzehn Zeichnungen.

Drucken konnte man eventuell bei der Kirche. Da gingen auch Verbandskünstler hin, um unsere Lesungen zu hören. Danach sagten sie: „So eine tolle Literatur! Gebt uns mal ein Gedicht!“ So fanden wir uns immer einmal in einer öffentlichen Ausgabe wieder. Jan Faktor, Uwe Kolbe und Bernd Wagner, die selbst nur gerade noch in den Verband gekommen waren, haben das für uns gemacht.

Das klingt kollegial ...

Gabriele Stötzer: Absolut, sie haben uns immer wieder einbezogen, weil wir ein Denken jenseits des sozialistischen Realis-

mus mitbrachten. Der Dramatiker Volker Braun sagte, die DDR sei das langweiligste Land der Welt. Und wir waren interessante „Köpfe“, die außerhalb der staatlichen Begrenzungen schrieben – nur das, was wir wollten, und dies vielleicht auch innerlich mussten.

Als Künstlerinnen und Künstler bewegten wir uns außerhalb des Offiziellen, ohne Auftraggeber und Auftrag, völlig autonom. Im „Untergrund“ waren wir befreit von Grenzen und wollten neue Grenzen austesten: Was ist unsere eigene Kraft? Was geht über die Spießigkeit der DDR und die Reduktion auf die Ideologie hinaus?

Als Schriftstellerin gehörtest Du welcher literarischen Richtung an?

Gabriele Stötzer: Zu den Experimentellen. Die deutsche Sprache in der DDR lief für mich im politischen Gleichklang mit, und ich machte echte Spracharbeit, um sie aus diesem Gleichklang der Hörigkeit herauszuholen. „Wenn meine Lieder nicht mehr stimmen“, heißt es in einem Songtext von Bettina Wegner. Es war sehr schwer, den eigenen Inhalt, der einem so schwer und unerklärlich war, in Worte zu fassen, die dann auch noch „stimmen“ sollten. Um dahin zu kommen, was ich ausdrücken wollte, musste ich diese Sprache bis hin zu den Punkt-Komma-Gesetzen erst einmal auflösen.

Das hat Abwehr hervorgerufen ...

Gabriele Stötzer: Viele haben vollkommen hysterisch reagiert. Wenn ich in der Kirche gelesen habe, standen die Älteren auf und riefen: „Furchtbar, was ist das denn für eine Sprache?“ Die Jüngeren hielten



Gabriele Stötzer, „Gedankensplitter“, Detail, 1984. © Gabriele Stötzer

dagegen: „Das stimmt so! Genauso ist es!“ Bei den Super-8-Filmen lief es ähnlich.

Die diesjährige Berlinale zeigt aus Deiner Super-8-Reihe den Film „Veitstanz/Feixtanz“, in dem vor allem Frauen sich wild und ungebündelt bewegen.

Gabriele Stötzer: 1988 gab es um die DDR eine Grenze, an der geschossen wurde. Die meisten wollten nur noch weg. Die hierbleiben wollten, mussten sich hier ihren Raum nehmen und leben. Ich habe in dem Film das „Jetzt“ um zwei Zeitebenen erweitert – einmal um das Mittelalter, als man sich auch in Erfurt auf öffentlichen Plätzen versammelte und den Veitstanz, also bis zur Ekstase, tanzte. Dann auch bis ins alte Ägypten, wo die Göttin Isis ihren zerstückelten Geliebten Osiris suchte und dabei die Sonne verlosch und alles Leben stehenblieb. An einem Brunnen stellt sich ihr die Göttin Bauba entgegen: Sie hebt ihren Rock und macht einen Bauchtanz, der Isis zum Lachen bringt und die Sonne wieder scheinen lässt. So habe ich meine Freundinnen und Freunde gefragt, sich in Erfurt einen Platz zu suchen, wo sie aus sich heraus bis zur Ekstase tanzen, und gleichzeitig einen Bauch gesucht, der lachen kann und Grübchen hat. Tanzen und Lachen als Widerstand gegen eine Diktatur.

Erst jetzt werden die Filme als Kunst anerkannt, nachdem sie lange bekämpft worden sind. Was außerhalb der Gesellschaft steht, wird als beängstigend empfunden. Vielleicht bricht das jetzt zusammen. Erst jetzt – dreißig Jahre nach der „Wende“ – merkt man, dass sich die Härtegrade, die die Kunst vorgezeigt hat, nicht ausgrenzen lassen und sie nah heranrücken.

Das Frauenbild in der DDR spielt eine wichtige Rolle in Deinem Werk. Manche idealisieren es heute.

Gabriele Stötzer: Frauen arbeiteten, verdienten eigenes Geld, hatten sexuelle Selbstbestimmung. Es gab die Pille, Abtreibung und die Scheidung. Aber abgesehen von Margot Honecker kamen Frauen nicht in hohe Machtpositionen. Was also hat die DDR den Frauen gebracht? Die Suche nach sich selbst war kein Thema in der DDR. Man war ja selbst nichts wert, nur der Kommunismus zählte. Man musste zum höheren Ziel alles aufgeben. Und oben saßen wieder nur Parteibonzen.

Die künstlerische Selbstbestimmung der Frau begann 1984 in Erfurt mit der Künstlerinnengruppe, die ich mit initiierte, und die politische wurde erst mit den Frauen um Bärbel Bohley interessant, aber das war in den späten 1980er-Jahren. Sie haben wirklich politische Statements geschrieben und sich neben die Männer gestellt.

Vor ihrer eigenen Realität hatten die Frauen in der DDR keine allzu große Achtung. In der Literatur hat Maxie Wander, eine in der DDR lebende Österreicherin, in den 1970er-Jahren Interviews mit Frauen über ihren Alltag gemacht: „Guten Morgen, du Schöne“ hieß das Buch. Die ist eigentlich dokumentarisch ganz nah an einzelne Frauen herangetreten, hat ihnen gleichzeitig den Spiegel vorgehalten: was sie an Kraft, Dampf und Mut haben und was sie gesellschaftlich einbringen.

War genau das nicht auch ein Thema der „Galerie im Flur“?

Gabriele Stötzer: Ja, und zwar im Verständnis von Kunst als einem offenen

Begriff, in den viele hineinpassen. Je einfacher eine Idee war, desto mehr Frauen sind zusammengekommen. Bei Modeobjekt-Shows, wo wir sagten: „Näht ein Traumkleid und führt es uns vor!“, waren es zwanzig Frauen. Wenn es eine engere Idee war, waren wir nur sieben. Das war unser Spannungsbogen – von knallharten Sachen, bei denen wir Frauen uns öffentlich ausgepeitscht und geschrien haben, bis hin zu humorvollen Aktionen, bei denen wir als Engel an der Decke befestigt waren und immer hoch- und runtergeschnippt sind.

Es gab bei uns immer Frauen aus anderen Erfurter Frauengruppen, die zeitweise mitgearbeitet haben. Dies wurde später auch für die politische Formierung wichtig, als wir 1989 „Frauen für Veränderung“ gegründet haben: die einzige politische Frauengruppe als ein selbstständiger Verein – neben dem Demokratischer Aufbruch und dem Neuen Forum. So haben wir uns politisch organisiert, sind auf den Demos aufgetreten und haben eben auch die Zentrale der Staatssicherheit in Erfurt besetzt. Aber das hatte Voraussetzungen.

Ich werde oft gefragt: War es „Untergrund“ oder „Feminismus“? Das Wichtigste war, dass ich Freundschaft und die

Gruppe um mich brauchte. Leute wie uns wollte die Staatssicherheit vereinsamen und zur Selbstaufgabe zwingen, manche sogar in den Selbstmord treiben. Überall gab es diese hemmungs-, mitleidslosen Aktionen. Und um zu bestehen, brauchte ich Leute um mich herum, um zu sagen: „Das bin ich.“ Und wenn mir jemand sagte: „Du bist Feministin“, dann dachte ich, dann ist es eben Feminismus. Dabei war mir erst einmal wichtig, überhaupt eine Art von Existenz zu haben.

Das Gespräch führte Axel Reitel am 16. Januar 2020 in Berlin-Mitte.

Bewußtes Unvermögen – Das Archiv Gabriele Stötzer war ein Ausstellungs-, Forschungs- und Vermittlungsprojekt in drei Teilen der Galerie für Zeitgenössische Kunst Leipzig. Das begehbbare Archiv stellte die künstlerische Praxis Gabriele Stötzers im Kontext der DDR in den 1980er-Jahren vor und lud zu einer aktiven Auseinandersetzung ein. Der dritte Teil stellte Formen der Zusammenarbeit heraus. Beleuchtet wurden kooperative und kollektive Arbeitspraktiken, das Agieren in Netzwerken sowie die Bedeutung von Freundschaft für die künstlerische Praxis in der jüngeren Vergangenheit wie auch heute. Die Künstlerin Paula Gehrmann entwickelte für die Ausstellung die Rauminstallation.

Die auf Seite 107 abgebildeten „Gedankensplitter“ waren Teil des Projekts. Weitere Informationen unter www.gfzk.de.

Vermächtnis eines Hauptstadt- professors

Hans-Peter Schwarz und die deutsche Außenpolitik

RAINER A. BLASIUS

Geboren 1952 in Langenfeld (Rheinland),
Zeithistoriker, München. Honorar-
professor an der Rheinischen Friedrich-
Wilhelms-Universität Bonn.

Dominik Geppert / Hans Jörg Hennecke
(Hrsg.): *Interessen, Werte, Verantwor-
tung. Deutsche Außenpolitik zwischen
Nationalstaat, Europa und dem Westen.*
Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz,
Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn
2019, 224 Seiten, 24,90 Euro.

Eine „Denkveranstaltung“, keine Gedenk-
veranstaltung, sollte an den am 13. Mai
1934 geborenen und am 14. Juni 2017 ver-
storbenen Politikwissenschaftler und
Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz erin-
nern. Zentralen Themen seines wissen-
schaftlichen und publizistischen Wirkens
war eine von Dominik Geppert (Potsdam)
und Hans Jörg Hennecke (Rostock) orga-
nisierte Tagung der Stiftung Bundeskanz-
ler-Adenauer-Haus zum ersten Todestag
gewidmet. „Inwieweit war die deutsche

Außenpolitik im europäischen und atlan-
tischen Kontext eher idealistisch oder
eher interessengeleitet angelegt? Und wel-
che Ansprüche stellen sich an eine verant-
wortungsbewusste Außenpolitik für die
Zentralmacht Europas – sowohl im histo-
rischen Längsschnitt als auch im aktuel-
len politischen Kontext?“ So lautet die
Aufgabenstellung in der Einführung eines
Aufsatzbandes mit teils erweiterten
Vorträgen des Symposiums.

Fünf Historiker befassen sich mit
dem Verhältnis von Interessen, Werten
und Verantwortung in der deutschen Au-
ßenpolitik seit 1949. Horst Möller (Mün-
chen) hebt hervor, dass Bundeskanzler
Helmut Kohl, über den Schwarz 2012 eine
voluminöse Biographie vorlegte, 1989/90
„in einer meisterhaften Verbindung von
West- und Ostpolitik mit ausschlaggeben-
der Unterstützung des amerikanischen
Präsidenten George H. W. Bush optimal
reagierte“. Die meisten Nachbarstaaten be-
trachteten die Wiedervereinigung „zu-
mindest mit Misstrauen“. Damals griffen
Deutschland-, Außen- und Europapolitik
ineinander: „Doch musste Kohl dazu nicht
von Mitterrand gedrängt werden, weil bei-
de die fortschreitende europäische Inte-
gration wollten. Auch ist der Euro nicht
der französische Preis für die Wiederverei-
nigung gewesen, wie häufig zu lesen ist:
Vorbereitet schon Ende der 1970er Jahre
mit der ‚Kunstwährung‘ Ecu, wurde be-
reits 1988 der Weg zur gemeinsamen
Währung beschlossen.“

Michael Gehler (Hildesheim) stellt
heraus, dass das Thema Wiedervereini-
gung Hans-Peter Schwarz lange Zeit nicht
mehr aktuell erschienen sei. Bei der Zu-
stimmung zu einer europäischen Ein-
heitswährung sieht er Kohl dann als „zu
vertrauensvoll“. Dazu merkt Gehler an:

„Die politische Dimension des Euro hatte
für Kohl stets absolute Priorität, was
Schwarz richtig erkannte, aber entspre-
chend kritisierte.“ Demnach „stießen Kohl
und Mitterrand ab 1989/90 nicht nur ei-
ne Europäisierung Deutschlands durch
Selbsteinbindung, sondern auch der Ge-
meinschaften durch Währungs-etablie-
rung und einen innereuropäischen Wäh-
rungsfrieden an, aber auch eine wäh-
rungspolitische Emanzipation vom US-
Dollar im Sinne einer Selbstbehauptung
Europas. Im eigentlichen und tieferen Ver-
ständnis ging es auch um die Neutralisie-
rung, Überwindung und Verabschiedung
des vom System der D-Mark dominierten
Europas, wie das Bundesbankpräsident
Hans Tietmeyer (1993–1999) einmal ge-
nannt hat.“ Dass „Adenauers Konstrukt
der Bonner Republik Ende der 1990er-Jah-
re nicht mehr zu halten war und zwangs-
läufig in der neuen Berliner Republik auf-
gehen musste“, habe Schwarz nachdenk-
lich gestimmt. Im „Krisen-Jahrzehnt der
EU bis zum ‚Brexit‘-Chaos“ sah er sich in
seiner kritischen Zeitdiagnose bestätigt.

Im Lichte des drohenden „Brexit“
schrieb er einem Londoner Korrespon-
dentem im Juni 2016 einen „resignativ zur
Europäischen Integration“ klingenden
Brief, aus dem Gehler zitiert: „Momentan
fürchte ich, dass die britischen Buch-
macher und all jene recht haben, die darauf
hinweisen, dass die Wähler schon oft Nein
gesagt haben, wenn sie die Möglichkeit
hatten, über die EU zu befinden. Das Pro-
jekt Europa ist von der Politik, den Juristen
und der Wirtschaft hoffnungslos überstei-
gert worden – Modell babylonischer Turm.
Doch die an und für sich fällige partielle
Abwicklung würde ein Chaos produzie-
ren, denn die Eliten, die heute dran sind,
ermangeln der Härte und der historischen

Erfahrung“. Gehler findet es erstaunlich, dass der Adenauer- und Kohl-Biograph wenig Zutrauen in den Bestand der EU hatte und „fast wie ein Untergangsprophet dazu neigte, quasi als letzte Rettung die Renationalisierung („partielle Abwicklung“) der Union anzusprechen“, ohne an jene Fakten und Kräfte „zu denken, die für ihren Zusammenhalt sprachen und sprechen“.

Andreas Rödder (Mainz), assistiert von Bastian Knautz, nennt Deutschland im Anschluss an Hans Kundnani einen „geo-ökonomischen Hegemon“, der wirtschaftliche Dominanz zeige, jedoch „in erster Linie seine eigenen nationalen Interessen verfolge und durch geopolitische Schwäche gekennzeichnet sei“. Rödder arbeitet mit Rückblicken bis in das Kaiserreich von 1871 heraus, wie sich deutsche Selbstbilder immer klar von den Fremdbildern unterschieden: „Dabei zeigen sich zwei Muster: Die Deutschen nahmen sich stets als friedfertiger und ungefährlicher wahr, als sie von den europäischen Nachbarn wahrgenommen wurden. Und: Was die Deutschen als ihr gutes Recht und als Streben nach Gleichberechtigung sahen, interpretierten die Partner als deutsches Vormachtstreben.“ Daher müsse Deutschland „verstehen lernen, dass die politischen Öffentlichkeiten anderer Staaten Deutschland für stärker halten, als die Deutschen dies selbst tun“; moralisierendes Überlegenheitsgefühl sei fehl am Platz. Darüber hinaus solle Deutschland sein „Investment in Europa“ stärken, das sowohl in einem größeren Beitrag zu Gemeinschaftsaufgaben innerhalb der EU als auch „in bi- oder multilateralen Unterstützungen“ liegen könne. Rödder rät der Bundesrepublik, als „kooperative Führungsmacht“ zu agieren und „einen anderen Ton

zu wählen, als dies in der Euro- und Flüchtlingskrise oftmals getan wurde“.

Ob Deutschland im Westen liege, fragt Peter Hoeres (Würzburg). Seine Antwort lautet: „Deutschland lag als Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, als Deutscher Bund und als Kaiserreich lange Zeit in der Mitte des Abendlandes und Europas, ja der Welt zwischen West und Ost, es verortete sich nach 1945 dann zuerst hälftig, dann als Ganzes im Westen, und dort liegt es trotz aller idealisierten, teils (früher nationalistisch, heute postkolonial) perhorreszierten westlichen Wertegemeinschaft – einstweilen.“ Im Anschluss daran erklärt Herausgeber Dominik Geppert, warum sich Briten und Deutsche nicht verstehen. Während die Deutschen Europa „bis heute unauflöslich mit dem Wirtschaftswunder der 1950er und dem wachsenden Wohlstand der 1960er Jahre“ verbinden würden, habe sich in Großbritannien seit dem Eintritt in die Gemeinschaft am 1. Januar 1973 der Eindruck festgesetzt, „die europäische Integration sei eine Veranstaltung, von der die europäischen Partner mehr profitieren als Großbritannien“.

„TRANSATLANTISCHER LADEN“

Den Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und Instrumenten deutscher Außen- und Europapolitik widmen sich sechs Politikwissenschaftlicher und ein ehemaliger Diplomat. Joachim Krause (Kiel) nimmt die für das Kaiserreich von 1871 typische und eigentlich schon unter Bismarck und unter Wilhelm II. vollkommen gescheiterte „Schaukelpolitik zwischen Ost und West“ ins Visier: „Heute feiert diese Politik besonders bei AfD, Linkspartei sowie

in großen Teilen der SPD – und leider auch in Teilen der CSU – fröhliche Urständ.“ Die im 19. Jahrhundert aufgekommene Vorstellung, wonach es „eine besondere deutsche Sendung zur Heilung der Menschheit“ gebe, sei zurückgekehrt. Dieser „Weltverbesserungssinn“ entfalte sich zusammen mit Anti-Amerikanismus und mit Schaukelpolitik; außerdem wirke sich die planlose Verkleinerung der Bundeswehr aus. Angesagt sei jetzt eine „Politik des Multilateralismus, die die Nato und die EU, insbesondere die Eurozone, in den Mittelpunkt stellt“.

Auch für Botschafter a. D. Hans-Dieter Heumann (Bonn) haben die Euro- und Flüchtlingskrise gezeigt, „dass ein Führungsanspruch Deutschlands Gegenkräfte auf den Plan“ rufe. Trotz des Aufstiegs Chinas und trotz aller Kritik an Präsident Trumps Politik des „America First“ liege das „oberste nationale Interesse in der Verankerung Deutschlands in einem multilateralen System“, das von westlichen Werten getragen sei.

Für Stefan Fröhlich (Erlangen) scheint Trumps „Amerika eher Risiko als Sicherheitsgarant zu sein“. Dennoch müsse Deutschland aufpassen, nicht zwischen die Fronten zu geraten. Fröhlich sieht in einer „wie immer gearteten, europäischen Verteidigungsunion“ tatsächlich „so etwas wie ein neues Narrativ für Europa“. Auch Carlo Masala (München) übt Kritik daran, dass die Bundesregierung der Großen Koalition ihre strategischen Interessen nicht der eigenen Bevölkerung kommuniziere. Die Bundesrepublik fröne weiter einer „Ernstfallvergessenheit“, die Schwarz schon 1985 diagnostiziert habe, und sie trage „durch eine schlingernde und inkonsistente Außenpolitik ein Stück weit zur Unordnung der Welt bei“.

Laut Johannes Varwick (Halle-Wittenberg) sind die Vereinigten Staaten „unentbehrlich“ für Europa, wenn auch ein – von Schwarz gern zitiertes – Diktum von Adenauer zum deutsch-amerikanischen Verhältnis zutreffend bleibe: „Wer sich versichern lassen will, muss eine Prämie zahlen. Wer da glaubt, Europa sei bei Amerika prämienfrei versichert, befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum.“ Europa müsse trotz Trump den „transatlantischen Laden“ zusammenhalten, zumal es in Amerika hohe innenpolitische „Selbstheilungskräfte“ gebe: „Nicht Abkoppelung, schon gar nicht Gegenmachtbildung, sondern Investition ist das Gebot der Stunde.“

„SANFTER DEMOKRATISCHER HEGEMON“

Daniel Eisermann (Berlin) analysiert die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn. Beispielsweise sei die Türkei – seit 1996 mit der EU durch eine Zollunion, die Industriegüter und verarbeitete landwirtschaftliche Waren umfasst, verbunden – „unverkennbar benachteiligt“. Eine Reform dieser Zollunion wäre geboten, wenn für die Türkei keine Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft bestehe; sie bleibe „jedenfalls an der Südostflanke der EU ein relevanter Handelspartner und ein wichtiges Nato-Mitglied. Das kooperative Element überwiegt auch bei der Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik.“

Auch im Verhältnis zu den postsowjetischen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland nehme die EU die Rolle der „wohlwollenden Hegemonialmacht“ ein,

die mit Russland um Einfluss konkurriere. Eisermanns Resümee lautet: „Zugespitzt könnte man sagen, dass die EU eigentlich alle europäischen Nachbarn wie Länder mit Kandidatenstatus behandelt.“ Der Autor wünscht sich eine EU, die als „sanfter demokratischer Hegemon“ in Europa wirke.

Ob die europäische Integration noch im europäischen Interesse liege, untersucht Herausgeber Hans Jörg Hennecke. In der Bundesrepublik neige man von jeher zu einer moralischen Überhöhung der Integration. „Eine breite Phalanx von Christdemokraten in der Nachfolge Helmut Kohls bis hin zu weichgespülten Postnationalisten Frankfurter und Bielefelder Provenienz beschwört Europa in gerade zivilreligiöser Weise als immerwährend richtige Antwort auf nahezu alle Fragen des politischen Lebens.“ Dabei hätten die Europäer es „weder vermocht, die Destabilisierung vieler afrikanischer Staaten zu verhindern, noch waren sie in der Lage, die lange vorher absehbare Migration zu ihren Südgrenzen hin durch eine nachhaltige Ursachenbekämpfung einzudämmen. Die ‚Völkerwanderung‘, von der Hans-Peter Schwarz in seinem letzten Buch sprach, hat gravierende Interessenkonflikte zwischen den Europäern heraufbeschworen.“ Wenn es nicht gelinge, die Grenzen zu sichern, die Zuwanderung zu kontrollieren und die Nachbarregionen zu stabilisieren, sei es nur eine Frage der Zeit, bis sich einzelne Staaten dauernd aus „Schengen“ verabschiedeten. Die Vorstellung von der ökonomischen Integration als Vehikel der politischen Integration war bis 1999 tragfähig. Dann sei eine gemeinsame Währung geschaffen worden ohne vorherige Verständigung auf eine gemeinsame wirtschaftspolitische Philosophie. Diese kam auch in der Folge-

zeit nicht zustande, weil die Herangehensweisen an dieses Projekt, gegenüber dem Schwarz „immer skeptisch blieb“, zu unterschiedlich waren.

„LETZTES WISSENSCHAFTLICHES ERBE“

Zwei umfangreichere Beiträge des Sammelbandes befassen sich ausschließlich mit Hans-Peter Schwarz. Das in mehreren Vorträgen während der Tagung bereits angesprochene Buch *Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten* vom Frühjahr 2017 erhebt Ludger Kühnhardt (Bonn) zu einem „Vermächtnis zur Neujustierung von Interessen und Idealen“. Eingangs zitiert der Autor aus einem Schreiben von Schwarz an ihn wenige Tage nach dem Ableben des Bonner Zeitnehmers Karl Dietrich Bracher im September 2016: „So begeben mich auf die alten Tage nochmals ins Schlachtgetümmel, wünschend, ich wäre ein Vierteljahrhundert jünger. Aber jemand muss doch die heißen Eisen anpacken. Auf seine Weise war schließlich auch Bracher der Meinung, dass Professoren der Politikwissenschaft – hochgestochen formuliert – so etwas wie ein öffentliches Wächteramt haben. Die Turmwächter sind zwar seit dem frühen 19. Jahrhundert funktionslos geworden. Man kann unser Tätigkeitsprofil eher mit dem der Stadtreinigung vergleichen, die auf den öffentlichen Plätzen den schlimmsten Unrat beseitigt oder das doch sollte.“

Aus dem Buch, das „durchaus kein nur geneigt-wohlwollendes Publikum“ gefunden habe, destilliert Kühnhardt

Mahnungen als „letztes wissenschaftliches Erbe von Schwarz“, darunter der Ratsschlag, europäische Zusammenhänge frühzeitig wahrzunehmen: Die nationale Betrachtung von Problemen hat laut Kühnhardt in Deutschland „viel zu lange die Gesamtaufgabe vernebelt, die sich seit eh und je der EU insgesamt gestellt hat – und diese Attitüde erklärt zugleich, warum die Deutschen auf wenig Begeisterung bei anderen Europäern stießen, als sie angesichts der über eine Million Asylbewerber 2015 plötzlich Solidarität erbat, die sie anderen vorher ziemlich nonchalant versagt haben“. Zudem nütze konzeptionelle Selbstzufriedenheit nichts: „Schengenland ohne verlässliche Grenzsicherungen“, so zitiert Kühnhardt aus dem Schwarz-Buch, konnte niemals gut gehen, „solange die Welt so ist, wie sie ist“. Daneben sei eine Auslagerung von Problemen – wie beispielsweise der Einsatz des türkischen Staatschefs Erdoğan als „Deichgraf der EU-Außengrenzen“ – zu vermeiden. Ebenfalls sei Ehrlichkeit gegenüber der Funktion nationaler Fähigkeiten vonnöten, auch bei nur „eingeschränkter Wirkung“. Dies schloss für Schwarz „die Richtigkeit von Grenzzäunen ein. Was zur Niederschrift des Buches noch ein Tabubruch war, hat sich unterdessen entlang der Balkanroute als gängige Absicherung mit Erfolg etabliert. Am meisten profitiert davon das Land, das weiterhin am stärksten so tut, als seien Grenzen und nationale Maßnahmen Teufelswerk: Deutschland“, stellt Kühnhardt leicht süffisant fest. Schließlich forderte Schwarz Redlichkeit gegenüber den Grenzen kultureller Möglichkeiten ein, zumal sich die europäischen „Einwanderungsgesellschaften“ bisher „überfordert und eher hilflos gegen die terroristischen Exzesse des militanten

Dschihadismus“ zeigten, schreibt Kühnhardt. Die Schwarz-Studie zur „neuen Völkerwanderung“ verdeutliche, „wie sehr der Blick der Wissenschaft sich auf die Welt außerhalb Deutschlands, Europas und des Westens einlassen muss, um zu verstehen, was Deutschlands und Europas Schicksal künftig in erheblicher Weise bestimmen wird“.

KEIN LEIDENSCHAFTLICHER FÖDERALIST

„In der Werkstatt des Kanzler-Biographen“ sind schließlich Beobachtungen von Holger Löttel überschrieben, der als Archivar und Editor bei der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf tätig ist. Hier geht es um die Erschließung des Adenauer-Nachlasses und um die Edition der *Rhöndorfer Ausgabe*, die Schwarz von Beginn an mitverantwortete. Löttel lobt die 1986 und 1991 erschienenen Bände der Adenauer-Biographie von Schwarz, dessen Deutungen der Adenauer'schen Europapolitik durchaus übereinstimmten mit der eigenen, betont nüchtern akzentuierten Sicht „auf die Integration, die sich später, im Zeichen des Maastrichter Vertrags und der Währungsunion, in seiner Kritik am ‚europäischen Hyperaktivismus‘ Helmut Kohls niederschlagen sollte“. Ein „leidenschaftlicher Föderalist“ sei er nie gewesen, bekannte Schwarz in seinen posthum erschienenen Lebenserinnerungen *Von Kohl zu Merkel*. Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung hatte ihn nie umgetrieben, sodass der Umbruch von 1989/90 auch für ihn überraschend kam. Erst im Frühjahr 1990 trat er für einen raschen Beitritt der DDR zur

Bundesrepublik ein. Den Vollzug der Einheit am 3. Oktober 1990 betrachtete er – so Löttel – als historische Bestätigung der „Magnettheorie“ Adenauers. Nach der Jahrtausendwende beurteilte der nimmermüde und sein Publikationstempo noch einmal kräftig steigernde Emeritus und Euro-Skeptiker die Perspektiven der internationalen Politik deutlich pessimistischer als unmittelbar nach der Wiedervereinigung. Auf welche Tradition der Politik Adenauers man sich nun „berufen konnte, auf die atlantische Phase der frühen und mittleren Kanzlerjahre oder die gaullistische Spätzeit, war für Schwarz aber nicht zu entscheiden. Ebenso wenig gab ihm Adenauer eine Orientierung hinsichtlich der europapolitischen Zukunftsfragen“, konstatiert Löttel. Denn Adenauer habe „als Föderalist begonnen und als Konföderalist“ geendet.

IN „HALBDISTANZ“ ZU DEN MÄCHTIGEN

Ganz allgemein könnten Abkehr von nationaler Großmannssucht, Praktizierung eines kooperativ-multilateralen Ansatzes, klare Ausrichtung der Politik gepaart mit undogmatischer Herangehensweise an die Probleme und ein nüchterner Realismus unter Verzicht auf utopische Entwürfe „vielleicht das außenpolitische Erbe Adenauers“ beinhalten, so formulierte Schwarz vorsichtig vor nunmehr zwanzig Jahren in der Zeitschrift *Die Politische Meinung*. Er nahm damit manche Einsichten für und Forderungen an die deutsche Außenpolitik, die 2018 auf dem Symposium zu sei-

nem ersten Todestag artikuliert wurden, in gewisser Weise vorweg. Für Löttel steht fest: „Die Erschließung des intellektuellen Erbes, das Hans-Peter Schwarz der Bundesrepublik hinterlassen hat, stellt eine Aufgabe dar, die gerade erst begonnen hat.“

In diesem Zusammenhang wäre übrigens ebenfalls gründlich auszuloten, welchen Einfluss das CDU-Mitglied Schwarz auf die zeitgeschichtliche Beirats-, Herausgeber-, Geschichtsmuseums- und Stiftungsszene hatte, die er über mehr als ein Vierteljahrhundert so umfassend wie vor und nach ihm wohl niemand mehr beherrschte und aus der er sich nach der Jahrtausendwende – nicht ganz freiwillig – allmählich zurückzog.

Schwarz war ohne Zweifel der Meistererzähler der Ära Adenauer und der Chefzeithistoriker der Ära Kohl. Der leidenschaftliche Bonn-Befürworter und Berlin-Gegner wurde ausgerechnet im Jahr der Verlegung des Regierungssitzes vom Rhein an die Spree emeritiert, was den „Hauptstadtprofessor“ der Bonner Republik (so die eigene, durchaus nicht ironisch gemeinte Selbst-Charakterisierung), der immer „Halbdistanz“ zu den Mächtigen hielt und sich weder kaufen noch vereinnahmen ließ, zur Flucht nach vorn in den Süden vor die Tore Münchens trieb, um dort meinungsstark gegenüber der Berliner Republik zu bleiben und zu wirken – zu einer Zeit, als viele jüngere Kollegen, ob in der Politikwissenschaft oder in der Zeitgeschichte, immer mainstreamförmiger und opportunistischer zu werden drohten. Dass Schwarz auch als Vorbild (nach)wirkt, zeigt nicht zuletzt dieser rundum gelungene Aufsatzband zur Erinnerung an ihn.

Tag der Befreiung

Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa

MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974, Stellvertretender Leiter Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Leiter Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

War der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung? Ja, natürlich. In der deutschen Geschichtswissenschaft und Politik herrscht weitgehend Konsens darüber, dass an die-

sem Tag nicht nur ganz Europa, sondern gerade auch die Deutschen befreit wurden – befreit von der Tyrannei des Nationalsozialismus, die Krieg und Vernichtung über ganz Europa gebracht hatte. Manche Beobachter halten das freilich für eine zu westliche Sichtweise. Für die Völker Ostmitteleuropas, auch für die Deutschen in der Sowjetischen Besatzungszone begann bald nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Joch eine neue Form der Knechtschaft, die eine der befreienden

Mächte, die Sowjetunion, im Marschgepäck hatte. Das lässt sich nicht leugnen. Spielt man aber nicht den Vertretern der Neuen Rechten, die die liberale Demokratie ablehnen, in die Hände, wenn man den befreienden Charakter des Tages in Abrede stellt, an dem die Wehrmacht bedingungslos kapitulierte? Muss man es deshalb nicht hinnehmen, wenn am linken extremen Ende des politischen Spektrums der 8. Mai als Tag des Sieges über den „Hitler-Faschismus“ gefeiert wird? Muss man nicht.

Im Sinne der Gerechtigkeit dürfen Historiker mitunter mit zweierlei Maß messen. „Duo cum faciunt idem, non est idem“, „Wenn zwei das Gleiche tun, so ist es nicht dasselbe“, sagt ein auf den Dichter Publius Terentius Afer zurückgehendes Sprichwort. Wer es zitiert, will damit zumeist auf die Ungerechtigkeit eines doppelten Standards hinweisen. Dem einen Kind lassen die Eltern alles durchgehen, dem anderen nichts. Das ist eine berechtigte Klage des schlechter gestellten Kindes. Ebenso richtig ist es, sich gegen die Behauptung zu wehren, politische Gewalt sei milder zu bewerten, wenn sie von Linksextremisten komme. Warum sollte der Historiker dann von dieser Regel abweichen dürfen? Weil es bei der Beurteilung vergangener Handlungen und Entwicklungen, wie der Befreiung Europas von Nationalsozialismus, um den größeren Zusammenhang geht, in dem sich die Motive und der Geist, in dem etwas getan wurde, mit den Zielen und tatsächlichen Ergebnissen zu einem Ganzen fügt, das einer differenzierten Betrachtung bedarf.

Zu Recht spricht man von der Singularität des Holocausts. Aber dies ist nicht auf Zahlen gestützt, denn bekanntlich hat Stalin nicht weniger Menschenleben auf dem Gewissen als Hitler. Die Ungeheuer-

lichkeit des Völkermords an den europäischen Juden liegt in seinem Ursprung, in der von einer wahnhaften Ideologie getriebenen Intention, eine imaginierte „Rasse“ vollständig zu vernichten, und in der systematischen, bürokratischen und industriellen Vorgehensweise. Absicht, Motive und Umsetzung machen in diesem Fall eine menschenverachtende Tat noch schlimmer, als die bloßen Zahlen sie schon erkennen lassen.

VERSUCHE DER RELATIVIERUNG

Umgekehrt können diese Faktoren beziehungsweise der größere Kontext aber auch dazu herangezogen werden, um eine begangene Grausamkeit zwar nicht zu rechtfertigen, aber doch zu erklären. Das tun seriöse Historiker, wenn sie die britischen und amerikanischen Flächenbombardements deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg beurteilen. Sie waren nicht weniger grausam als die Bombardierung britischer Städte durch Hermann Görings Luftwaffe, aber sie folgten der Rationalität einer schnelleren Beendigung des Krieges und waren zudem ein Ergebnis des von Hitler entfesselten und ins Totale gesteigerten Krieges. Diese Sichtweise stellt heute in der deutschen Geschichtswissenschaft und Politik kaum jemand in Frage. Wer es dennoch tut, verfolgt dabei in der Regel weitergehende Absichten.

So steht hinter der These, die Bombardements der Westalliierten seien Kriegsverbrechen gewesen, die den Verbrechen Hitler-Deutschlands wenigstens geähnelt hätten, der durchsichtige Versuch, die Entwicklung des Krieges von seinem Ursprung zu lösen. Wenn der Krieg nicht

durch Hitler entfesselt wurde, sondern Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels der Politik der Großmächte war, dann relativiert das die deutsche Verantwortung und Schuld für alles, was in der Folge passierte. Dieser Relativierung der Rolle Hitler-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, die innerhalb der Neuen Rechten und der Alternative für Deutschland (AfD) gepflegt wird, entspricht eine Interpretation des Kriegsendes, die nicht das Ende des nationalsozialistischen Regimes in den Vordergrund stellt, sondern die Kapitulation des Deutschen Reichs. Der 8. Mai 1945 ist in dieser Perspektive kein Tag der Befreiung, sondern zuallererst ein Tag der Niederlage.

Wer den 8. Mai 1945 als einen Tag der Befreiung verstehen will, kann über den Einwand, mit diesem Tag habe im Osten Deutschlands und in Osteuropa eine neue Tyrannei begonnen, nicht hinweggehen. Man kann das Problem aber auch nicht dadurch lösen, dass man erklärt, es habe sich eben nur im Westen um eine Befreiung gehandelt. Denn die Häftlinge des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz wurden am 27. Januar 1945 nicht weniger befreit, weil diejenigen, die sie erlösten, sowjetische Soldaten waren. Um das ganze Bild zu erfassen, muss man genau hinschauen und differenzieren.

Das fängt man am besten damit an, dass man sich Klarheit über den Charakter der Regime verschafft, die sich gegenüberüberstanden. Tatsächlich hatten sich die liberalen Demokratien mit der kommunistischen Tyrannei Stalins verbünden müssen, um die als schlimmer erachtete und bereits zum Krieg schreitende Tyrannei Hitlers zu besiegen. Es ist richtig, dass einige amerikanische Liberale während des Zweiten Weltkriegs den wahren Charakter des sowjetischen Totalitarismus

nicht sehen wollten. Das war einerseits teilweise strategisch bedingt, andererseits stand dahinter aber auch der Glaube, dass die Sowjetunion nur eine andere Form der Demokratie sei, die sich dem Westen nach dem Sieg über Nationalsozialismus und Faschismus annähern werde.

ANTITOTALITÄRER KONSENS

Als eine Rücksichtnahme auf die Sowjetunion nicht mehr nötig war beziehungsweise sich aufgrund der aggressiven Umwandlung der ostmitteleuropäischen Staaten in „Volksdemokratien“ durch Moskau verbot, wurde auch denjenigen, die in den Vereinigten Staaten Hoffnungen in die Sowjetunion gesetzt hatten, klar, dass es während des Kriegs nicht zwei gute und eine böse Seite gegeben hatte, sondern nur eine gute. Man kann also durchaus feststellen, dass die Sowjetunion an der Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Tyrannei beteiligt war, ohne sie politisch-moralisch mit den Amerikanern, Briten und Franzosen, die Befreier zur Freiheit waren, gleichzusetzen. Wenn zwei das Gleiche tun, ist es nicht dasselbe. Natürlich hatte auch die Sowjetunion Hitler-Deutschland besiegt, und sie hat die meisten Opfer unter den Siegermächten gebracht. Aber es kommt auch entscheidend darauf an, welche Ideologie der militärische Befreier im Tornister hatte. Die Westalliierten brachten den Liberalismus, die Sowjetunion einen neuen Totalitarismus.

Wer das nicht besonders hervorhebt, tappt in die Falle derjenigen, die vom Sieg über den „Hitler-Faschismus“ reden, sich in Wirklichkeit aber über den Sieg des Stalinismus freuen. Gerade heute, in einer

Zeit, in der von linker Seite versucht wird, die bürgerlichen Parteien in eine „antifaschistische“ Front gegen die AfD zu drängen, ist es wichtig, an zwei Dinge zu erinnern: zum einen daran, dass Stalin zwar dazu beigetragen hat, die europäischen Völker von Hitler zu befreien, dass er aber bewusst nicht die Freiheit bringen wollte, sondern eine neue Knechtschaft; zum anderen daran, dass die Grundlage der alten Bundesrepublik und damit auch der Berliner Republik ein antitotalitärer Konsens ist und nicht ein kruder „Antifaschismus“, der in Wirklichkeit aus der Mottenkiste des Marxismus-Leninismus stammt.

Als Tag, an dem der Zweite Weltkrieg vor 75 Jahren auf dem europäischen Kriegsschauplatz endete, ist der 8. Mai also gleichzeitig eindeutig und ambivalent. Er war eindeutig ein Tag der Befreiung, zugleich aber brachte er nicht überall in Europa die Freiheit. In der deutschen Politik hat die Komplexität dieses Tages bis heute niemand besser dargestellt als Richard von Weizsäcker in seiner Rede anlässlich der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa am 8. Mai 1985.¹ Weizsäcker ließ es nicht an Eindeutigkeit fehlen: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Gleichzeitig machte er – aus außenpolitischer Verantwortung relativ vorsichtig – darauf aufmerksam, dass dieser Akt der Befreiung nicht für alle Völker Europas dasselbe bedeutete: „Es folgte die von den Siegermächten verabredete Aufteilung Deutschlands in verschiedene Zonen. Inzwischen war die Sowjetunion in alle Staaten Ost- und Südosteuropas, die während des Krieges von Deutschland besetzt wor-

den waren, einmarschiert. Mit Ausnahme Griechenlands wurden alle diese Staaten sozialistische Staaten.“

Mehr sagte er dazu nicht, wies aber darauf hin, dass Stalin mit dem Abschluss des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakts „den Krieg anderer Völker in Kauf“ genommen habe, „um sich am Ertrag zu beteiligen“. Damit relativierte Weizsäcker nichts. Vielmehr ließ er keinen Zweifel daran, dass Hitler den Krieg willentlich und planmäßig entfesselt hatte. Auch das Leid, das Stalins Sowjetunion nach dem 8. Mai 1945 über Ostmitteleuropa brachte, war somit ein Ergebnis der Politik Hitlers. Aber Weizsäcker machte auch deutlich, dass mit dem 8. Mai als Tag der Befreiung nur in Westeuropa ein Sieg der Freiheit verbunden war. Insofern ist der 8. Mai, wenn es um die Freiheit ganz Europas geht, als Anfang eines Prozesses zu verstehen, der in den 9. November 1989 mündete. Auf die Festigung oder Restauration der liberalen Demokratien Westeuropas folgte der Wettbewerb der Systeme im Kalten Krieg, in dem sich der Liberalismus als stärker erwies. Der Umbruch von 1989 brachte den Völkern Ostmitteleuropas die Freiheit, die die Menschen im Westen schon seit Jahrzehnten hatten genießen können. Auch deshalb sollte dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa vor 75 Jahren und der Wiedervereinigung des Kontinents vor dreißig Jahren gemeinsam gedacht werden.

¹ Rede Richard von Weizsäckers bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1985, in: Der Bundespräsident. Richard von Weizsäcker. Reden, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [letzter Abruf: 11.03.2020].

Bismarck und Frankreich

Seine Frankreichpolitik und sein Frankreichbild in einer fundierten Gesamtschau

REINER MARCOWITZ

Geboren 1960 in Rheydt, Historiker, Professor für Deutschlandstudien, Universität Lothringen („Université de Lorraine“) in Metz.

Ulrich Lappenküper: *Bismarck und Frankreich 1815 bis 1898. Chancen zur Bildung einer „ganz unwiderstehlichen Macht“?*, Ferdinand Schöningh, Stuttgart 2019, 677 Seiten, 68,00 Euro.

Dem 19. Jahrhundert kommt für die deutsch-französischen Beziehungen eine besondere Bedeutung zu, denn damals

wechselten gegenseitige Anziehung und Ablehnung in besonders schneller Folge: Beide Völker bewunderten einander, doch beide fürchteten, ja hassten sich auch, wobei die konfliktuellen Phasen auf deutscher Seite mit keinem anderen Politiker der Zeit so sehr verbunden sind wie mit Otto von Bismarck. Insofern ist es erstaunlich, dass Bismarcks Frankreichpolitik und sein Frankreichbild bisher noch nicht systematisch untersucht worden sind. Hier liegt die Bedeutung der Studie von Ulrich Lappenküper. Auf der Basis einer systematischen Auswertung der deutschen und

französischen Quellen sowie der relevanten Fachliteratur zeichnet er Bismarcks Einstellung zu Frankreich in allen ihren Entwicklungen – und Ambivalenzen – nach und liefert nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bismarckforschung, sondern auch zur Untersuchung der deutsch-französischen Beziehungen im 19. Jahrhundert und des internationalen Systems der Zeit.

Für die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bedeutet dies, dass sich Lappenküper mit einem allgemeinen Abriss der damaligen Beziehungen zwischen den „Deutschländern“ und deren Nachbarn jenseits des Rheins bescheiden muss, denn Bismarck selbst spielte damals noch keine politische Rolle. Immerhin wird so vor allem eine entscheidende historische Hypothek deutlich, die später auch die deutsch-französischen Beziehungen in der Bismarckzeit belasten sollte: In den „Befreiungskriegen“ von 1813 bis 1814 trat neben die traditionelle machtpolitische Rivalität und den hergebrachten territorialen Streit vergangener Jahrhunderte auf beiden Seiten erstmals eine antagonistische nationale Identität als neue Konfliktursache. In diesem Kontext markierte, wie Lappenküper herausarbeitet, die Berufung Otto von Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten im September 1862 aufgrund der nun beginnenden Reichseinigungspolitik „von oben“ eine entscheidende Zäsur. Anders als die ihm bis dahin politisch nahestehenden preußischen Hochkonservativen ging Bismarck dabei nicht von einer grundsätzlichen Gegnerschaft zum revolutionären Frankreich und einer ebenso selbstverständlichen Interessenidentität mit dem restaurativen Österreich aus, sondern forderte, ein Zusammengehen mit dem Frankreich Napoleons III. nicht grundsätzlich auszu-

schließen. Hierbei spielten allerdings weniger frankophile Neigungen eine Rolle, wenngleich Bismarck sie ungeachtet früher familiärer frankophober Prägungen zumindest zeitweise durchaus hegte, sondern ein rein „realpolitisches“ Kosten-Nutzen-Kalkül. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen maß er dem Zusammengehen mit Frankreich, so Lappenküper, bereits Ende der 1850er-Jahre eine „kardinale Bedeutung“ bei, da der Nachbar im Westen an einer Aufwertung Preußens in Deutschland interessiert war, während sein traditioneller Verbündeter Österreich Preußen selbst im Deutschen Bund keine Gleichberechtigung zugestand.

„ZWEI ANTAGONISTISCHE NATIONALISMEN“

Tatsächlich stimmte der französische Kaiser einem preußischen Machtzuwachs in Deutschland zu, sofern dieser auch seinem Land territoriale Gewinne und damit weiteren politischen Einfluss einbrachte. Der unerwartet schnelle Sieg über Österreich im Deutschen Krieg von 1866, der Preußen die Möglichkeit zur kleindeutschen Reichseinigung bot, stellte dieses Kalkül indes infrage. Der etwaige Gewinn der nun von französischer Seite offenen geforderten Territorien – Belgien und Luxemburg – musste entscheiden, ob der grundsätzlich friedenswillige Kaiser oder seine kriegerische Entourage die Oberhand behielt. Doch selbst nachdem sich die entsprechenden Hoffnungen zerschlagen hatten, arbeitete noch keine der beiden Regierungen zielstrebig auf einen Krieg hin. Als dieser dann aber im Zuge der Juli-Krise 1870 rund um die etwaige

spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen drohte, war auch keine Seite bereit, ihm auszuweichen. Indes war dies eben kein Ergebnis zielgerichteter Politik, sondern, wie Lappenküpers minutiöse Analyse bestätigt, die Folge „zweier antagonistischer Nationalismen“, aber auch unerwarteter Entwicklungen einschließlich eines verfehlten französischen Krisenmanagements.

Immerhin schien auch dieser Krieg, wie bereits jener von 1866, wieder durch eine Entscheidungsschlacht, den deutschen Sieg in Sedan am 2. September 1870, rasch beendet werden zu können. Doch schon in einer frühen Phase der Auseinandersetzung war auf deutscher Seite die Forderung nach einer Annexion von Elsass und Lothringen erhoben worden. Dem glaubte Bismarck aus nationalpolitischen wie militärstrategischen Gründen nicht widersprechen zu dürfen. Folglich eskalierte der Deutsch-Französische Krieg: Hatten sich ursprünglich die Deutschen als Opfer einer französischen Aggression gefühlt, so glaubten nun die Franzosen, sich gegen preußisch-deutschen Expansionismus verteidigen zu müssen. Erst am 26. Januar 1871 unterzeichneten die beiden Kriegsparteien einen Waffenstillstand. Bereits am 18. Januar 1871 war Wilhelm I. in Versailles zum „Deutschen Kaiser“ ausgerufen worden. Dies war mehr als nur eine zufällige Koinzidenz, sondern machte den Gegensatz zu Frankreich zur außenpolitischen Prämisse des Deutschen Reiches, ja zu einem identitätsstiftenden Kitt der jungen Nation. Natürlich war diese vermeintliche „Erbfeindschaft“ primär ein ideologisches Konstrukt, doch die Bestimmungen des Frankfurter Friedensvertrags vom Mai 1871, insbesondere die hier stipulierte Angliederung von Elsass

und Lothringen an das neue Deutsche Reich, trugen das Ihre dazu bei.

Letztlich erwiesen sich die französischen Gebietsverluste als eine schwere außenpolitische Hypothek für die deutsche Frankreichpolitik der restlichen Bismarckzeit, zumal das Reich Elsass und Lothringen nicht für sich gewinnen konnte und auch Bismarck, wie Lappenküper darlegt, nichts dafür tat, ihnen den Status von Staatsbürgern zweiter Klasse zu nehmen. Dem Reichskanzler schien eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten deshalb unmöglich, eine etwaige neue Auseinandersetzung hingegen wahrscheinlich und damit entsprechende Vorsorge notwendig. Dabei arbeitet Lappenküper interessanterweise heraus, wie sich hier realpolitische Überlegungen mit traditionellen antifranzösischen Ressentiments paarten. Vor diesem Hintergrund sah Bismarck 1875 noch einmal die Möglichkeit, Frankreich durch eine massive Kriegsdrohung einzuschüchtern, scheiterte indes an der Solidarisierung der übrigen europäischen Großmächte mit dem bedrohten Land.

BETONTE PRESTIGEPOLITIK

Deutschlands „halbhegemoniale Stellung“ (Ludwig Dehio) barg offensichtlich die Versuchung in sich, das eigene Potenzial gegen die anderen Großmächte auszuspielen, wie dies einst Napoleon I. versucht hatte, oder aber im Zuge einer betonten Prestigepolitik eine Sonderrolle innerhalb der europäischen Pentarchie anzustreben. Lappenküpers entsprechende Analyse belegt, dass der Reichskanzler letztlich gegen beide Gefahren gefeit war;

sein Bemühen, die französischen Revanchegelüste einzudämmen, verlagerte sich fortan auf die rein diplomatische Ebene mit dem Ziel, wie er 1877 im berühmten Kissinger Diktat darlegte, eine „politische Gesamtsituation“ herbeizuführen, „in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“.

„DIE BLAUEN KÄMME DER VOGESEN“

Eine solche optimale Konstellation erwies sich seit der russischen Verstimmung über Deutschland auf dem „Berliner Kongress“ 1878 zwar als illusorisch, doch sollte Frankreich auch fortan wo immer möglich ausgegrenzt werden, zumindest aber dauerhaft ein Keil zwischen dem deutschen Nachbarn im Westen und dem im Osten geschoben werden, sodass dem Reich auf jeden Fall ein Zweifrontenkrieg erspart blieb. Für einige Jahre – zwischen 1880 und 1885 – schien allerdings sogar ein Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich mittels einer engen kolonialen Zusammenarbeit möglich: Da Bismarck Deutschland als „saturiert“ betrachtete, war er bereit, territoriale Aspirationen der französischen Regierung in Übersee nach Kräften zu fördern – in der Hoffnung, dass eine solche Kompensation die Franzosen „die blauen Kämmen der Vogesen“ vergessen ließe. Überdies musste eine forcierte französische Kolonialpolitik Frank-

reich und Großbritannien einander entzweien und damit Deutschlands außenpolitische Lage weiter verbessern. Doch diese Kooperation blieb Episode, denn am Ende wurde der hierfür aufgeschlossene französische Ministerpräsident Jules Ferry wieder gestürzt, auch weil seine prodeutsche Außenpolitik in Frankreich äußerst unpopulär gewesen war.

Fortan betrachtete Bismarck Frankreich wieder vorrangig als einen unveröhnlichen Gegner und überließ daher auch hier seinen Erben lediglich ein „System der Aushilfen“ (Lothar Gall). Der „Neue Kurs“ der deutschen Außenpolitik schuf dann allerdings nach Bismarcks Entlassung 1890 zusätzlichen Konfliktstoff sowohl im deutsch-englischen als auch im deutsch-russischen Verhältnis, sodass sich Frankreich vollends aus jener europäischen Isolierung zu lösen vermochte, die der erste Reichskanzler einst als zentrales außenpolitisches Ziel vorgegeben hatte. Es bedurfte der Erfahrung zweier Weltkriege, um die deutsch-französischen Beziehungen auf eine völlig neue Grundlage zu stellen und damit eine dauerhafte Verständigung der beiden Völker zu ermöglichen, die deutlich mit den Prämissen der Bismarckzeit brach: War Frankreich für den ersten Reichskanzler letztlich doch vor allem ein außenpolitischer „Negativfaktor“, wie Lapenküper resümiert, so wurden die Beziehungen zum Nachbarn jenseits des Rheins nach 1949 zunächst zum entscheidenden Orientierungspunkt westdeutscher und seit 1990 auch gesamtdeutscher Außenpolitik.

Bei ihrem Antrittsbesuch als Europäische Generalstaatsanwältin in Deutschland erörterte Laura Kövesi am 15. Januar 2020 in einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Deutsch-Rumänischen Forum mit dem Stiftungsvorsitzenden Norbert Lammert und dem Vorsitzenden des Europaausschusses Gunther Krichbaum MdB die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit für die Europäische Union und die *Rolle der neu geschaffenen Europäischen Generalstaatsanwaltschaft*.

Am 24. Januar startete die diesjährige Ausgabe des bundesweiten Jugendwettbewerbs *denkt@g* im Rahmen eines Jugendpolitiktages zum Thema Antisemitismus an Schulen und im Internet, an dem Schülerinnen und Schüler von sechs Berliner Gymnasien teilnahmen.

Am 28. Januar 2020 lud die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Veranstaltung *Veränderung als Chance – Chance der Veränderung: 30 Jahre Friedliche Revolution und Neugründung des Freistaats Sachsen* in die Dresdner Frauenkirche ein.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde Ministerpräsident a. D. Kurt Biedenkopf anlässlich seines 90. Geburtstags gewürdigt. Zu den Rednerinnen und Rednern zählten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Michael Kretschmer.

Am 28. Januar 2020 wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung *Perspektiven bürgerlicher Politik* fortgesetzt. Vor rund 120 Gästen diskutierten Linda Teuteberg MdB und Paul Ziemiak MdB zum Thema „Freiheit und Demokratie“.

Im Nachgang zu einer Studie zu kinderreichen Familien aus dem Jahr 2019 fand am 29. Januar 2020 die Veranstaltung *Drei Kinder und mehr – Familien aus der Mitte der Gesellschaft* statt. Hauptrednerin war die CDU-Vorsitzende und Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. An der Diskussion nahmen außerdem Markus Kerber, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, und Hermann Gröhe MdB teil.

Das neue *Büro der Stiftung in Stockholm* wurde am 5. Februar 2020 eröffnet. Neben dem Stiftungsvorsitzenden sprach auch Alf Svensson, langjähriger Vorsitzender der schwedischen Christdemokraten.

Am 7. Februar 2020 veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung die Studie *Regionale Vielfalt 30 Jahre nach der Wiedervereinigung*. Die repräsentative Befragung untersucht politische Einstellungen in den einzelnen Regionen Ost- und Westdeutschlands.

Der Präsident der Knesset, Yuli-Yoel Edelstein, besuchte am 11. Februar 2020 die Stiftung und diskutierte in einer Veranstaltung mit mehr als 200 Gästen über die *Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen*.

In Kooperation mit dem Deutschen Hochschulverband führte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 12. Februar 2020 das Symposium *Freiheit der Wissenschaft? Anspruch und Wirklichkeit* durch, in dessen Rahmen die Gefährdungen dieses Grundrechts thematisiert wurden. An der Veranstaltung wirkten unter anderem Bundesministerin Anja Karliczek MdB und Ministerin Karin Prien mit. Erste Ergebnisse einer bei Allensbach dazu in Auftrag gegebenen Umfrage wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls veröffentlicht.

Im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz organisierte die Stiftung am 15. Februar 2020 zwei hochrangig besetzte Side-Events zum Thema *China's Engagement in Multilateral Organizations: Implications for Germany and Europe*, an denen unter anderem Norbert Röttgen MdB, Botschafter Christoph Heusgen, Johann Wadephul MdB, Michael Gahler MdEP, Andreas Nick MdB, Elisabeth Motschmann MdB und der Stiftungsvorsitzende Norbert Lammert teilnahmen.

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nahm vom 17. bis 22. Februar 2020 eine Gruppe von aus Nordkorea geflüchteten Schülerinnen und Schülern der Yeomyung-Schule Seoul an einem Dialogprogramm in Dresden und Berlin teil.

PERSONALIA

Am 1. Januar 2020 übernahm Markus Rosenberger die Stelle als Leiter Personal; Stefan Reith leitet seitdem das Länderprojekt Kolumbien; Matthias Oppermann hat zusätzlich zur Leitung der Abteilung Zeitgeschichte auch die stellvertretende Leitung Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-Demokratische Politik übernommen; Leiter der Auslandsinformationen und Kommunikation ist seitdem Benjamin Gaul.

Seit dem 1. Februar 2020 ist Brigitta Triebel Leiterin des Büros in der Ostukraine mit Sitz in Charkiw; Sebastian Grundberger hat die Leitung des Regionalprogramms Parteienförderung und Demokratie in Lateinamerika und das Länderprojekt in Uruguay übernommen.

AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2020
zum Thema

Respekt!

Wertschätzung als gesellschaftlicher Faktor

Mit Beiträgen unter anderen von
Christian Bermes, Kerstin Pahl, Niels Penke und Juliane Stückrad.

IMPRESSUM

Nr. 561, März/April 2020, 65. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 81
E.Cilker@fromm-os.de

Herstellung
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





FÜSSE WASCHEN UND SCHUHE PUTZEN

Nicht mit den üblichen Tüchern, sondern mit einem großen Stapel Holzkisten wurde in der Karwoche 2014 der Altar der St.-Matthäus-Kirche in Berlin „verhüllt“. Die stark abgenutzten Kisten gehörten vorher äthiopischen Jugendlichen, die sich mit der gesellschaftlich verachteten Tätigkeit des Schuhputzens eine bessere Zukunft zu erarbeiten versuchen – etwa, indem sie mit dem mühsam erworbenen Verdienst die Kosten für den Schulbesuch bestreiten.

Am Gründonnerstag wusch Jesus seinen Aposteln die Füße – eine Handlung, die damals eigentlich Sklaven zufiel und die heute dem Schuhputzen vielleicht besonders verwandt ist. Die Fußwaschung dreht um, was und wer als würdig und nachahmenswert gilt. So betrachtet, sind die von Armut geprägten jungen Schuhputzer aus Äthiopien wirkliche Vorbilder. Wer genauer hinsieht, erkennt ihre Kraft, Sehnsucht und Zuversicht. Mehr Ostern geht kaum.

Der Berliner Verein „Listros“ steht hinter dieser Kunst im kirchlichen Raum. Er setzt sich dafür ein, Jugendlichen in Äthiopien Zugang zu Ausbildung zu ermöglichen. (www.listros.de)

Foto oben: © Britta Winzheimer, Foto rechts: Installation Dawit Shanko, © Pablo Ruiz



WE ARE A

Continent

NOT A

Country